

Stenographisches Protokoll

22. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XVI. Gesetzgebungsperiode

Mittwoch, 30. November 1983

Tagesordnung

Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1984

Beratungsgruppe I: Oberste Organe

Beratungsgruppe II: Bundeskanzleramt

Inhalt

Personalien

Krankmeldungen (S. 1775)

Entschuldigungen (S. 1775)

Geschäftsbehandlung

Mitteilung des Präsidenten, wonach die Abstimmung über den Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Kohlmaier und Genossen betreffend die Initiative „Arbeit schaffen“ der Österreichischen Volkspartei nach der dritten Lesung des Bundesfinanzgesetzes erfolgt (S. 1848)

Ausschüsse

Zuweisungen (S. 1775)

Verhandlungen

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (70 und Zu 70 d.B.): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1984 samt Anlagen (160 d.B.)

Generalberichterstatter: Tirnthal (S. 1775)

Spezialdebatte

Gemeinsame Beratung über

Beratungsgruppe I: Kapitel 01: Präsidentenschaftskanzlei, Kapitel 02: Bundesgesetzgebung, Kapitel 03: Verfassungsgerichtshof, Kapitel 04: Verwaltungsgerichtshof, Kapitel 05: Volksanwaltschaft, Kapitel 06: Rechnungshof

Spezialberichterstatter Dr. Rieder (S. 1778)

Beratungsgruppe II: Kapitel 10: Bundeskanzleramt mit Dienststellen

Spezialberichterstatter Dr. Lenzi (S. 1779)

Redner:

Dr. Kohlmaier (S. 1780),
Wille (S. 1786),
Grabher-Meyer (S. 1792),

Dkfm. Löffler (S. 1797),
Dr. Jolanda Offenbeck (S. 1803),
Dipl.-Ing. Flicker (S. 1806),
Bundeskanzler Dr. Sinowatz (S. 1809),
Rechberger (S. 1813),
Dr. Taus (S. 1816),
Mag. Kabas (S. 1825),
Wimmersberger (S. 1830),
Strache (S. 1834),
Resch (S. 1837),
Ing. Tychtl (S. 1840),
Gossi (S. 1842) und
Bergmann (S. 1845)

Entschließungsantrag der Abgeordneten Dkfm. Löffler und Genossen betreffend Maßnahmen zur Lösung regionaler Arbeitsplatzprobleme (S. 1802) — Ablehnung (S. 1848)

Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Kohlmaier und Genossen betreffend die Initiative „Arbeit schaffen“ der Österreichischen Volkspartei (S. 1784) — Abstimmung siehe bitte 30. Sitzung

Annahme der Beratungsgruppen I und II (S. 1848)

Eingebracht wurden

Regierungsvorlagen

149: Bundesgesetz, mit dem das Gehaltsgesetz 1956 (41. Gehaltsgesetz-Novelle), das Nebengebührengesetz (5. Nebengebührengesetz-Novelle) und das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz geändert werden (S. 1775)

150: Bundesgesetz, mit dem das Vertragsbedienstetengesetz 1948 (34. Vertragsbedienstetengesetz-Novelle), die Bundesforste-Dienstordnung und das Land- und Forstarbeiter-Dienstrechtsgesetz geändert werden

161: Bundesgesetz, mit dem das Nachtschicht-Schwerarbeitsgesetz geändert wird (Novelle zum Nachtschicht-Schwerarbeitsgesetz) (S. 1775)

Anträge der Abgeordneten

Dr. Schwimmer und Genossen betreffend ein Bundesgesetz über die Gewährung von Heizkostenzuschüssen (Heizkostenzuschußgesetz) (69/A)

Dr. Graff und Genossen betreffend ein Bundesgesetz über das Dienst- und Organisationsrecht der Staatsanwälte (Staatsanwaltschaftsgesetz) (70/A)

1774

Nationalrat XVI. GP — 22. Sitzung — 30. November 1983

Anfragen der Abgeordneten

Dr. Reinhart, Egg, Weinberger, Wanda Brunner, Dr. Lenzi, Dipl.-Vw. Tieber und Genossen an den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung betreffend Rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität Innsbruck (320/J)

Dr. Reinhart, Egg, Weinberger, Wanda Brunner, Dr. Lenzi, Dipl.-Vw. Tieber und Genossen an den Bundesminister für Unterricht und Kunst betreffend berufsbildendes Schulwesen (321/J)

Anfragebeantwortungen

des Bundesministers für soziale Verwaltung auf die Anfrage der Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Leitner und Genossen (246/AB zu 225/J)

des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft auf die Anfrage der Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Leitner und Genossen (247/AB zu 224/J)

des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft auf die Anfrage der Abgeordneten Strache und Genossen (248/AB zu 285/J)

Beginn der Sitzung: 9 Uhr

Vorsitzende: Präsident **Benya**, Zweiter Präsident Mag. **Minkowitsch**, Dritter Präsident Dr. **Stix**.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Helga Wieser, Dr. Mock und Kottek.

Entschuldigt haben sich die Abgeordneten Dr. Steiner, Ingrid Tichy-Schreder und Teschl.

Einlauf und Zuweisungen

Präsident: Ich gebe bekannt, daß die Anfragebeantwortungen 246/AB bis 248/AB eingelangt sind.

Die in der letzten Sitzung eingebrachten Anträge weise ich zu wie folgt:

Dem Justizausschuß:

Antrag 66/A der Abgeordneten Mag. Kabas, Dr. Gradischnik und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Strafgesetzbuch geändert wird.

Dem Unterrichtsausschuß:

Antrag 67/A der Abgeordneten Gabrielle Traxler, Dr. Schwimmer, Mag. Kabas und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Gesetz betreffend die Regelung der äußeren Rechtsverhältnisse der israelitischen Religionsgesellschaft geändert wird.

Dem Handelsausschuß:

Antrag 68/A der Abgeordneten Ing. Sallinger, Mühlbacher, Dr. Steger und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Handelskammergesetz geändert wird (7. Handelskammergesetz-Novelle).

Ich gebe bekannt, daß folgende Regierungsvorlagen eingelangt sind:

Bundesgesetz, mit dem das Gehaltsgesetz 1956 (41. Gehaltsgesetz-Novelle), das Nebengebührengesetz (5. Nebengebührengesetz-Novelle) und das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz geändert werden (149 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das Vertragsbedienstetengesetz 1948 (34. Vertragsbediensteten-

gesetz-Novelle), die Bundesforste-Dienstordnung und das Land- und Forstarbeiter-Dienstrechtsgesetz geändert werden (150 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das Nachtschicht-Schwerarbeitsgesetz geändert wird (Novelle zum Nachtschicht-Schwerarbeitsgesetz) (161 der Beilagen).

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (70 und Zu 70 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1984 samt Anlagen (160 der Beilagen)

Beratungsgruppe I

Kapitel 01: Präsidentschaftskanzlei

Kapitel 02: Bundesgesetzgebung

Kapitel 03: Verfassungsgerichtshof

Kapitel 04: Verwaltungsgerichtshof

Kapitel 05: Volksanwaltschaft

Kapitel 06: Rechnungshof

Beratungsgruppe II

Kapitel 10: Bundeskanzleramt mit Dienststellen

Präsident: Wir gehen in die Tagesordnung ein.

Gegenstand ist der Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (70 und Zu 70 der Beilagen): Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1984 samt Anlagen (160 der Beilagen).

Generalberichterstatte ist der Herr Abgeordnete Tirnthal. Ich bitte ihn um seinen Bericht.

Generalberichterstatte **Tirnthal:** Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Als Generalberichterstatte obliegt es mir, die Beratungen über das Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1984 samt Anlagen einzuleiten.

Die Bundesregierung hat am 13. Oktober 1983 den Entwurf des Bundesfinanzgesetzes für das Jahr 1984 dem Nationalrat vorgelegt. In der 13. Sitzung des Nationalrates am 19. Oktober 1983 gab Bundesminister für Finanzen Dr. Salcher die einbegleitende

Tirnthal

Erklärung zu dieser Regierungsvorlage ab. In der 17. Sitzung am 9. November 1983 wurde die Vorlage in erste Lesung genommen und sodann dem Finanz- und Budgetausschuß zur Vorberatung zugewiesen.

Die Regierungsvorlage besteht aus dem eigentlichen Bundesfinanzgesetz sowie den einen Bestandteil desselben bildenden Anlagen; es sind dies: der Bundesvoranschlag (Anlage I) samt den Gesamtübersichten (Anlagen Ia bis Ic), der Konjunkturausgleich-Voranschlag (Anlage II) samt dessen summarischer Aufgliederung (Anlage II a) sowie der Stellenplan (Anlage III); Anlagen zum Bundesvoranschlag in gesonderten Hefen bilden der Systemisierungsplan der Kraft-, Luft- und Wasserfahrzeuge des Bundes sowie der Systemisierungsplan der Datenverarbeitungsanlagen des Bundes.

In 160 der Beilagen steht unter anderem:

Der von der Bundesregierung vorgelegte Text des Bundesfinanzgesetzes für das Jahr 1984 stimmt mit dem Text des in Geltung stehenden Bundesfinanzgesetzes weitgehend überein. Im besonderen wird zu den einzelnen Bestimmungen des Bundesfinanzgesetzes bzw. zu Änderungen gegenüber dessen Wortlaut im Jahre 1983 folgendes bemerkt:

Art. I Abs. 1 spricht die Bewilligung des Bundesvoranschlages im Sinne des Art. 42 Abs. 5 B-VG aus. Abs. 2 enthält die Vorschriften für die Bedeckung des (Gesamtgebarungs-)Abganges. Diese Bestimmungen sind inhaltlich unverändert.

Art. II Abs. 1 verpflichtet den Bundesminister für Finanzen, Ausgabenrückstellungen zu verfügen, um die Bedeckung von unabweisbaren Personalausgaben und Sachausgaben auf Grund gesetzlicher Verpflichtungen sicherzustellen, die während des Finanzjahres zusätzlich anfallen; die Art und Weise, in der solche Rückstellungen durchzuführen sind, wird im Abs. 2 festgelegt. Auch dieser Artikel ist gegenüber dem Bundesfinanzgesetz des Vorjahres unverändert.

Im Art. III Abs. 1 wird der Bundesminister für Finanzen ermächtigt, unter den dort normierten Voraussetzungen der österreichischen Volkswirtschaft zusätzliche Bundesmittel bis zu dem im Konjunkturausgleich-Voranschlag (Anlage II) ausgewiesenen Gesamtbetrag von rund 6,0 Milliarden Schilling zuzuführen, um dadurch erforderlichenfalls auf die Konjunktorentwicklung stabilisierend oder belebend einzuwirken. Abs. 2 betrifft zusätzliche Kreditoperationen, Abs. 3 defi-

niert das Kriterium des „Konjunkturrückganges“; im Abs. 4 wird festgehalten, daß sich der im Art. I Abs. 1 ausgewiesene Gesamtgebarungs-)Abgang in jenem Ausmaße erhöht, in dem von den Ermächtigungen gemäß Abs. 1 und 2 und Art. VIII a Gebrauch gemacht wird. Diese Bestimmungen enthalten inhaltliche Änderungen gegenüber dem Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1983 nur insofern, als dem Abs. 3 eine nominelle Wachstumsrate von nunmehr 5,5 vH zugrunde gelegt wurde.

Art. IV enthält alle Überschreitungsermächtigungen, bei denen die Bedeckung in Mehreinnahmen zu finden ist.

Das Auslaufen der „zweckgewidmeten Gebarung“ mit dem Finanzjahr 1983 erfordert die Aufnahme einer Alternativregelung für Verrechnungsvorgänge, die zwar nicht als „zweckgebundene Gebarung“ zu betrachten sind, auf die aber wegen des unmittelbaren Zusammenhanges zwischen Mehreinnahmen und Mehrausgaben auch die im Art. V zusammengefaßten Überschreitungsermächtigungen nicht als adäquate Regelung betrachtet werden können. Diesem Bedürfnis wird durch den neuen Abs. 4 entsprochen.

In Art. V sind jene Überschreitungsermächtigungen enthalten, bei denen die Bedeckung vorwiegend in Ausgabenrückstellungen bzw. Pauschalvorsorgen zu finden ist.

Art. VI enthält alle Bestimmungen, welche zwischen bestimmten Ansatzbeträgen die gegenseitige Deckungsfähigkeit vorsehen. Er enthält keine wesentlichen Änderungen gegenüber dem BFG 1983.

Art. VII faßt die Form- und Verfahrensvorschriften zusammen; sein Wortlaut ist gegenüber dem geltenden Bundesfinanzgesetz unverändert.

Auf Grund der Bestimmung des Art. VIII werden entsprechend dem Grundsatz der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung (Art. 18 Abs. 1 B-VG) die Voraussetzungen, Art und Umfang der Ermächtigungen des Bundesministers für Finanzen zur Durchführung von Kreditoperationen festgelegt, die der Sicherstellung der Bedeckung des (Gesamtgebarungs-)Abganges dienen sollen. Die Einfügung im Abs. 4 dient lediglich der Klarstellung; im übrigen wurden die Bestimmungen des Vorjahres unverändert übernommen.

Hinsichtlich der Artikel VIII a bis XVII verweise ich auf die ausführlichen Erläuterungen in 160 der Beilagen.

Tirnthal

Die Aufgliederung des Bundesvoranschlages 1984 hinsichtlich der Gebarung gibt unter Berücksichtigung der im Ausschuß beschlossenen Änderungen folgendes Bild: Ausgaben 436 550 Millionen Schilling, Einnahmen 341 842 Millionen Schilling, Brutto-Gebarungsabgang 94 708 Millionen Schilling Schulden. Ab Finanzschuldtilgungen 32 519 Millionen Schilling, verbleibt ein Netto-Gebarungsabgang von 62 189 Millionen Schilling. Der Netto-Gebarungsabgang in Prozent gemessen am Brutto-Inlandsprodukt beträgt 4,9 Prozent gegenüber 6,1 Prozent 1983.

In Anbetracht der von großen Unsicherheitsmomenten überschatteten wirtschaftlichen Entwicklung hatte die Bundesregierung das Budgetdefizit zu verringern, um das Budget auch in Zukunft als Instrument der Konjunktur- und Beschäftigungspolitik einsetzen zu können.

Zur Verwirklichung dieser Zielsetzungen wurden als Ausgangsposition für die Erstellung des Budgetentwurfes für das Jahr 1984 folgende Grundsätze festgelegt: Ausgaben für Gesetzliche Verpflichtungen waren zu überprüfen, ob sie dem Grunde und der Höhe nach noch sachlich zu rechtfertigen sind; Ermessensausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen waren zu überprüfen, ob die seinerzeitige Zweckbindung dem Grunde nach noch gerechtfertigt ist. Bei den Ermessensausgaben „Aufwendungen“ waren die Ausgaben für Energie und für freiwillige Sozialleistungen jeweils in Höhe der um 5 Prozent, die Ausgaben für Repräsentation in Höhe der um 10 Prozent verminderten Beträge des Bundesvoranschlages 1983 zu veranschlagen; „Anlagen“ und „Investitionsförderungen“ in Höhe der um 5 Prozent verminderten Beträge des Bundesvoranschlages 1983; sonstige „Förderungsausgaben“ waren gegenüber dem Bundesvoranschlag 1983 um 15 Prozent geringer zu veranschlagen; für die Mitgliedschaft bei internationalen und nationalen Einrichtungen, Aktionen, Projekten und dergleichen war im Ressortantrag keine budgetäre Vorsorge zu treffen. Über derartige Ausgaben wurde erst auf Ministerebene entschieden.

Bei den Vorarbeiten zum Budget 1984 trat immer klarer zutage, daß, um den Budgetabgang auf eine finanzierbare Größe zu reduzieren, neben diesen generellen Sparmaßnahmen weitere diskretionäre Maßnahmen erforderlich sein werden.

Das Bruttodefizit hätte nämlich bei Berück-

sichtigung aller Ressortanträge 127,2 Milliarden Schilling betragen.

Da es auch in Hinkunft erforderlich sein wird, durch Einsatz des Budgets wirtschaftsbelebende und beschäftigungswirksame Impulse zu setzen, müssen alle Anstrengungen unternommen werden, um den budgetpolitischen Spielraum dafür zu sichern. Insbesondere gilt es — wie bereits in den letzten Jahren des vergangenen Jahrzehntes und bis 1981 durchgeführt — den Anteil der durch Kreditoperationen finanzierten Ausgaben am Gesamtrahmen des Budgets sowie in bezug auf das jeweilige Bruttoinlandsprodukt schrittweise zu verringern.

Von den Ressortanträgen wurden bei den Ministerverhandlungen 7,1 Milliarden Schilling abgestrichen. Durch weitere Einsparungen in der öffentlichen Verwaltung und durch Einsparungen bei Transferleistungen und im Sozialbereich, durch Entlastung des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen, durch Umschichtung von Mitteln der Krankenversicherung, der Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt und des Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger an den Ausgleichsfonds der Pensionsversicherungsträger und sonstige budgetentlastende Maßnahmen wurde das erwähnte Defizit um weitere 10,1 Milliarden Schilling verringert. Durch Abgaben-, Beitrags- und Tarifierhöhungen wurde eine Verbesserung um 17,5 Milliarden Schilling erreicht.

Andererseits mußten für wirtschaftsbelebende Maßnahmen und Sozialleistungen, die nicht in den Ressortanträgen enthalten waren, 2,1 Milliarden Schilling mehr vorgesehen werden.

Vergleicht man realistischerweise nicht den Voranschlag 1983, sondern die voraussichtlichen Budgetausgaben des Jahres 1983 mit den Ausgaben des Bundesvoranschlages 1984, ergibt sich eine Steigerung von 4,9 Prozent. Diese Steigerung liegt beträchtlich unter der nominellen Wachstumsrate des Sozialproduktes, die mit 5,5 Prozent angenommen wird.

Die Zuwachsrate der für 1984 geschätzten Einnahmen gegenüber den voraussichtlichen Budgeteinnahmen des Jahres 1983 in Höhe von 7,9 Prozent liegt infolge von Mindereinnahmen im Jahre 1983 und erwarteter Mehreinnahmen aus den Maßnahmen zur Steigerung der Einnahmen über der Sozialproduktzuwachsrate.

Da nicht auszuschließen ist, daß im Jahre

1778

Nationalrat XVI. GP — 22. Sitzung — 30. November 1983

Tirnthal

1984 die wirtschaftliche Lage entsprechende Konjunkturbelebungsmaßnahmen erfordert, ist auch im Bundesfinanzgesetz für 1984 ein entsprechendes Instrumentarium vorgesehen.

Der Konjunkturausgleich-Voranschlag enthält eine Stabilisierungs- und eine Konjunkturbelebungsquote in der Größenordnung von 6 Milliarden Schilling.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat den von der Bundesregierung vorgelegten Entwurf des Bundesfinanzgesetzes für das Jahr 1984 samt dessen Anlagen in der Zeit vom 15. November bis 25. November 1983 in Verhandlung gezogen. Im Laufe der Sitzungen des Ausschusses wurden Anträge gestellt. Zur Vorbehandlung dieser Anträge wurde ein Unterausschuß eingesetzt, dem die Abgeordneten Dr. Heindl, Mühlbacher, Dr. Nowotny, Teschl, Dr. Veselsky, Dkfm. Dr. Keimel, Koppensteiner, Dr. Schüssel und Dipl.-Ing. Dr. Zittmayr sowie Grabher-Meyer angehörten.

Der Finanz- und Budgetausschuß benötigte zur Beratung des Budgets 1984 insgesamt 65 Stunden. 266mal meldeten sich Abgeordnete zu Wort. Von diesen Wortmeldungen entfielen auf die SPÖ 100, auf die ÖVP 136 und auf die FPÖ 30. Seitens der Bundesminister und Staatssekretäre erfolgten 45 Wortmeldungen.

Weitere Daten werde ich mir erlauben im Rahmen meines Schlußwortes vorzubringen.

Die Abstimmungen über sämtliche Teile der Spezialdebatte erfolgten in der Ausschusssitzung am 25. November 1983.

Das Ergebnis der Ausschußberatungen ist den Berichten der Spezialberichterstatter zu entnehmen.

Namens des Finanz- und Budgetausschusses stelle ich somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem von der Bundesregierung vorgelegten Entwurf des Bundesfinanzgesetzes für das Jahr 1984 wird im Sinne des schriftlichen Ausschußberichtes (160 der Beilagen), Seiten 8 und 9, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Herr Präsident! Für den Fall, daß Wortmeldungen vorliegen, bitte ich, in die Debatte einzugehen.

Präsident: General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Gemäß § 73 Abs. 2 der Geschäftsordnung werden die Debatte und Abstimmung über die Vorlage in Teilen — entsprechend der allen Abgeordneten vor Beginn der Vorberatung durch den Finanz- und Budgetausschuß zugegangenen Übersicht — durchgeführt.

Im Einvernehmen mit den Parteien wird die Debatte über die Beratungsgruppen I Oberste Organe und II Bundeskanzleramt mit Dienststellen des Bundesvoranschlags zusammengefaßt.

Wir gelangen daher zur Verhandlung über die Beratungsgruppen I und II.

Spezialberichterstatter über die Beratungsgruppe I ist der Herr Abgeordnete Dr. Rieder. Ich ersuche ihn um seinen Bericht.

Spezialberichterstatter **Dr. Rieder:** Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bringe den Spezialbericht zu Beratungsgruppe I. Sie umfaßt die Kapitel 01: Präsidentschaftskanzlei, Kapitel 02: Bundesgesetzgebung, Kapitel 03: Verfassungsgerichtshof, Kapitel 04: Verwaltungsgerichtshof, Kapitel 05: Volksanwaltschaft, Kapitel 06: Rechnungshof.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat die in der Beratungsgruppe I zusammengefaßten finanzgesetzlichen Ansätze des Bundesvoranschlags für das Jahr 1984 in seiner Sitzung vom 15. November 1983 einer Vorberatung unterzogen.

Im Bundesvoranschlag 1984 sind bei den gegenständlichen Budgetkapiteln Gesamtausgaben von 915,012 Millionen Schilling veranschlagt. Hievon entfallen 266,013 Millionen Schilling auf laufende persönliche und 582,994 Millionen Schilling auf laufende sachliche Ausgaben sowie 66,005 Millionen Schilling auf die Vermögensgebarung. Gegenüber dem laufenden Jahr ergibt sich eine Gesamterhöhung von 54,887 Millionen Schilling. An Gesamteinnahmen werden bei dieser Beratungsgruppe 27,769 Millionen Schilling, das sind um 10,171 Millionen Schilling mehr als 1983 vorgesehen ist, erwartet.

Zu den Einzelheiten der Kapitel 01 bis 06 darf ich auf den schriftlichen Spezialbericht (160 der Beilagen) verweisen.

Bei der Abstimmung am 25. November 1983 wurden die in der Beratungsgruppe I zusam-

Dr. Rieder

mengefaßten finanzgesetzlichen Ansätze unter Berücksichtigung eines gemeinsamen Abänderungsantrages der Abgeordneten Dr. Neisser, Dr. Schranz und Grabher-Meyer mit Stimmeneinhelligkeit angenommen.

Dieser Abänderungsantrag betrifft die im Ansatz 1/02108 enthaltene Post 7298/001 „Verwaltungsaufwendungen im Bereiche der parlamentarischen Klubs“.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 01: Präsidentschaftskanzlei,
dem Kapitel 02: Bundesgesetzgebung,
dem Kapitel 03: Verfassungsgerichtshof,
dem Kapitel 04: Verwaltungsgerichtshof,
dem Kapitel 05: Volksanwaltschaft und
dem Kapitel 06: Rechnungshof

des Bundesvoranschlages für das Jahr 1984 (70 der Beilagen) mit den dem Spezialbericht (160 der Beilagen) angeschlossenen Abänderungen wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Für den Fall, daß Wortmeldungen vorliegen, darf ich den Herrn Präsidenten bitten, die Debatte zu eröffnen.

Präsident: Spezialberichterstatter über die Beratungsgruppe II ist der Herr Abgeordnete Dr. Lenzi. Ich ersuche ihn um seinen Bericht.

Spezialberichterstatter Dr. **Lenzi:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich erstatte den Spezialbericht zu Beratungsgruppe II Kapitel 10: Bundeskanzleramt mit Dienststellen.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat das in der Beratungsgruppe II enthaltene Kapitel 10 „Bundeskanzleramt mit Dienststellen“ des Bundesvoranschlages für das Jahr 1984 am 18. November 1983 in Verhandlung gezogen.

Im Bundesvoranschlag für Kapitel 10 „Bundeskanzleramt mit Dienststellen“ ist für das Budgetjahr 1984 ein Ausgabenbetrag von 1 875 927 000 S vorgesehen.

Von diesen Ausgaben entfallen 572 564 000 S auf den Personalaufwand, der somit gegenüber dem Vorjahr um 23 501 000 S erhöht ist.

Zur Bestreitung des Sachaufwandes sind

1 303 363 000 S veranschlagt; das sind um 61 930 000 S weniger als im Vorjahr.

Die Ausgaben des Bundeskanzleramtes — Zentralleitung — und die der Ständigen Vertretung Österreichs bei der OECD werden im kommenden Jahr 684 764 000 S betragen.

Der Personalaufwand von 198 851 000 S liegt infolge Planstellenvermehrung und allgemeiner Bezugserhöhungen um 16 939 000 S über dem des Vorjahres.

Bei den Anlagenkrediten der Zentralleitung ist für Sicherheitseinrichtungen vorgesorgt worden, weshalb die Kreditmittel um 1 112 000 S auf 28 880 000 S erhöht wurden.

Für Förderungsausgaben, die als Ermessenskredite veranschlagt sind, werden 17 339 000 S, also um 486 000 S weniger als im Vorjahr, veranschlagt.

Sie beinhalten im wesentlichen Zuwendungen für die Volksgruppenförderung im Betrage von 4 250 000 S, eine Vorsorge für Sondermaßnahmen der Bundesregierung aus Anlaß von Katastrophenfällen im Betrage von 3 400 000 S und einen Beitrag zum Rundfunk-Sonderprogramm für internationale Organisationen im Betrage von 4 500 000 S.

Ausgaben aus gesetzlichen Verpflichtungen sind unter diesem Paragraphen in der Höhe von 175 968 000 S zu erwarten; das sind um 9 293 000 S mehr als im Vorjahr.

Die sonstigen Aufwendungen betragen 258 708 000 S; hierin ist der Sachkredit des Bundespressedienstes mit 26 370 000 S und für elektronische Datenverarbeitung mit 24 600 000 S enthalten.

Der Bedarf der Verwaltungsakademie ist mit 29 975 000 S veranschlagt. Der Personalaufwand wird 10 293 000 S, und die sachlichen Ausgaben werden 19 682 000 S betragen.

Die Kosten des Druckes und Vertriebes des Bundesgesetzblattes und der „Amtlichen Sammlung wiederverlautbarter österreichischer Rechtsvorschriften“ sind unter Ansatz 1/10038 wie im Vorjahr mit 14 862 000 S veranschlagt. Diesem Ausgabenbetrag stehen bei Ansatz 2/10034 gleichhohe Einnahmen gegenüber.

Die unter Paragraph 1004 für regional- und strukturpolitische Maßnahmen veranschlagten Förderungsausgaben von 108 075 000 S bleiben gegenüber dem Vorjahr unverändert.

1780

Nationalrat XVI. GP — 22. Sitzung — 30. November 1983

Dr. Lenzi

Für Darlehen sind 12 000 000 S und für Zuschüsse 96 075 000 S vorgesehen. Auf Art. V Abs. 1 Z 7 des Bundesfinanzgesetzes wird in diesem Zusammenhang verwiesen.

Die Aufwendungen für das Staatsarchiv und Archivamt sind unter Titel 101 mit insgesamt 39 682 000 S veranschlagt; hievon entfallen auf den Personalaufwand 33 400 000 S und auf den Sachaufwand 6 282 000 S.

Die Kredite des Statistischen Zentralamtes sind unter Titel 102 mit insgesamt 431 050 000 S veranschlagt und wurden gegenüber dem Vorjahr um 54 305 000 S vermindert.

Von den Ausgaben betreffen 293 341 000 S den Personalaufwand, 16 868 000 S die Anlagen, 20 245 000 S die Aufwendungen aus gesetzlichen Verpflichtungen und 100 596 000 S die übrigen Aufwendungen.

Unter Titel 103 sind die Bezüge der aktiven Bediensteten des Amtes der Wiener Zeitung und des Amtes der Österreichischen Staatsdruckerei im Ausmaß von insgesamt 36 930 000 S veranschlagt.

Die Kredite für die Förderung der Publizistik, der Presse, der staatsbürgerlichen Bildungsarbeit der politischen Parteien und für die Zuwendungen an politische Parteien sind unter Titel 104 mit insgesamt 174 938 000 S veranschlagt, und zwar 30 000 000 S als gesetzliche Verpflichtung und 144 938 000 S als Ermessensausgabe.

An Einnahmen werden bei Kapitel 10 „Bundeskanzleramt mit Dienststellen“ im kommenden Jahr 217 178 000 S erwartet. Dies bedeutet eine Erhöhung gegenüber dem Jahre 1983 um 16 623 000 S, insbesondere wegen Berücksichtigung der Änderung des Dollarkurses bei den Rückzahlungsraten von Entwicklungshilfedarlehen.

Die Abgeordneten Mag. Kabas, Dr. Kapaun und Steinbauer brachten einen gemeinsamen Abänderungsantrag ein.

Die aufgeworfenen Fragen wurden durch Bundeskanzler Dr. Sinowatz, Staatssekretär Johanna Dohnal und Staatssekretär Dr. Löschnak beantwortet.

Bei der Abstimmung am 25. November 1983 wurden die finanzgesetzlichen Ansätze der Beratungsgruppe II unter Berücksichtigung des erwähnten Abänderungsantrages teils mit Stimmenmehrheit, teils einstimmig angenommen.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Dem Kapitel 10: Bundeskanzleramt mit Dienststellen

des Bundesvoranschlages für das Jahr 1984 (70 der Beilagen) mit den dem Ausschußbericht angeschlossenen Abänderungen wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Soweit mein Spezialbericht.

Ich ersuche den Herrn Präsidenten, die Debatte zu eröffnen.

Präsident: Ich danke den Berichterstattern für ihre Berichte.

Zum Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Kohlmaier.

9.24

Abgeordneter Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Am 31. Mai 1983 hat der Bundeskanzler in diesem Haus die Regierungserklärung der sozialistischen Koalitionsregierung abgegeben, deren ersten Bundesvoranschlag wir in den nächsten Tagen einer umfassenden Diskussion zu unterziehen haben. Wir werden dies auch deshalb tun, weil das Budget die in Zahlen gegossene Politik oder Nicht-Politik ist. Und wir werden die Realität dieses Budgets mit jenem Anspruch zu vergleichen haben, mit dem die sozialistische Koalitionsregierung vor einem halben Jahr angetreten ist.

Damals hat der Herr Bundeskanzler gesagt, daß „die Regierungsbildung rascher und frictionsfreier vor sich gegangen ist als bei der Bildung irgendeiner anderen Koalitionsregierung, die seit 1945 an der Arbeit war.“ Er betrachte dies „als guten Auftakt und als ein ermutigendes Zeichen für die vor der Bundesregierung liegende Arbeit“.

Meine Damen und Herren! Es mag schon sein, daß die sozialistische Koalitionsregierung rascher gebildet wurde als die eine oder andere Regierung in früheren Zeiten. Aber nicht alles, was rasch beginnt, muß deshalb auch schon gut enden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und so gibt es in der Geschichte der Zweiten Republik wohl kaum eine Regierung, die sich selbst so rasch ins Gerede gebracht hat wie diese sozialistische Koalitionsregierung. Es gibt Mitglieder dieser Bundesregierung,

Dr. Kohlmaier

von denen man beinahe den Eindruck hat, daß sie alles daran setzen, sich in Rekordzeit um Kopf und Kragen zu reden.

Es ist kein Wunder, daß der Bundeskanzler, der letztlich die Verantwortung für die Tätigkeit der ganzen Regierung zu tragen hat, hauptsächlich damit beschäftigt ist, sich als oberster Beschwichtiger dieser Bundesregierung zu betätigen. Bei jeder sich bietenden Gelegenheit betonen Sie, Herr Bundeskanzler;

„daß Sie für die Koalition voll und ganz einstehen“ — „Kronen-Zeitung“ vom 19. Oktober 1983.

„daß diese Regierung steht“ — „Presse“ vom 19. Oktober 1983.

Wenn Sie mir die Bemerkung gestatten, so möchte ich auf den Doppelsinn Ihrer Feststellung hinweisen: Ich habe tatsächlich den Eindruck, daß die sozialistische Koalition auf der Stelle stillsteht, während ihr die Probleme davonlaufen.

„Den Weiterbestand der Koalition sieht Sinowatz nicht gefährdet“ — „Arbeiterzeitung“ vom 31. Oktober 1983.

„Die Koalitionsregierung funktioniert“ — „Arbeiterzeitung“ von 4. November 1983.

Und Sie haben hinzugefügt, Herr Bundeskanzler, daß „noch unter keiner Regierung so viel unter den ersten fünf Arbeitsmonaten geschehen ist wie unter dieser.“

Ich habe den Eindruck, Herr Bundeskanzler, daß noch keiner Regierung in den ersten fünf Arbeitsmonaten so viel passiert ist wie dieser Bundesregierung. (Beifall bei der ÖVP.) Und ich sage das ohne jede Schadenfreude, weil wir alle die Folgen zu tragen haben werden.

„Die Koalition funktioniert“ — „Krone“ vom 20. November 1983.

„Die Arbeit in der Regierung geht weiter“ — „Kurier“ vom 23. November 1983.

Herr Bundeskanzler, ich frage mich, warum Sie ununterbrochen in der Öffentlichkeit über Dinge reden, die eigentlich selbstverständlich sein sollten. Denn Sie selbst, Herr Bundeskanzler, müssen am besten spüren, daß in Ihrer Regierung nichts weitergeht, daß diese Regierung in allen Fugen ächzt und kracht. (Beifall bei der ÖVP.)

Was empfinden Sie, Herr Bundeskanzler, wenn sich der Herr Vizekanzler als „Anti-Dallinger“ bezeichnet? Heißt das, Herr Bundeskanzler, daß in Ihrer Koalitionsregierung die Minister einander offen bekämpfen? Oder wollte Ihr Vizekanzler durch diese Bemerkung nur davon ablenken, daß er die sozialistische Belastungspolitik und das „brutal“ — ich zitiere wiederum ein Mitglied Ihres Kabinetts — erweiterte Mallorca-Paket mitträgt?

Und wie halten Sie das, Herr Bundeskanzler? Sind Sie ein „Pro-Dallinger“, unterstützen Sie, der Sie in Ihrer Regierungserklärung „die Pensionen garantiert“ haben, die Kürzungspläne von Sozialminister Dallinger?

Und gibt es, Herr Bundeskanzler, in Ihrer sozialistischen Koalitionsregierung vielleicht auch einen „Anti-Steger“ oder gibt es diese „Anti-Steger“ nur in der freiheitlichen Partei?

Faktum ist, Herr Bundeskanzler, daß angesichts all dieser Vorgänge die öffentliche Meinung in diesem Land die Handlungsunfähigkeit Ihrer Regierung bezweifelt, darum besorgt ist.

Ich weiß, Herr Dr. Sinowatz, Sie fühlen sich unterschätzt und man pflegt das Image einer äußerst klugen Zurückhaltung, die in aller Stille Entscheidendes vorbereitet, um in dem geeigneten Augenblick dann alle Welt mit gewaltigen Aktionen zu überraschen. Wohlwollende Kommentatoren stellen daher auch immer wieder Spekulationen darüber an, wann Sie nun wirklich zuschlagen werden, Herr Bundeskanzler. Wir warten mit Spannung und — wie Sie wohl verstehen werden — auch mit Ungeduld. Die Ihnen zugemessene Zeit verrinnt.

In der Zwischenzeit können wir nicht umhin, Ihnen einige Fragen zu stellen, an deren Beantwortung wohl die ganze Öffentlichkeit interessiert ist.

Wie steht es denn um die großen Probleme dieses Landes, deren Lösung Sie in Angriff nehmen wollten?

Wie steht es um die Arbeitslosigkeit, insbesondere um die Jugendarbeitslosigkeit? Sie wollten ein möglichst hohes Beschäftigungsniveau erhalten. Sie wollten ein investitionsfreundliches Klima schaffen und durch die Stärkung der Massenkaukraft den Absatz sichern. Sie haben sich zum Wirtschaftswachstum bekannt und wollten alle Tendenzen eines internationalen wirtschaftlichen

Dr. Kohlmaier

Aufschwunges verstärken. Und was haben Sie getan?

Sie haben ein Budget vorgelegt, dessen Belastungsmaßnahmen das Wirtschaftswachstum um einen Prozentpunkt reduzieren, dessen Belastungsmaßnahmen 20 000 Arbeitsplätze vernichten, dessen Belastungsmaßnahmen die Inflation um mindestens 1,5 Prozentpunkte anheizen werden. In der Bundesrepublik rechnet man heute mit einem Wirtschaftswachstum von 2 bis 3 Prozent und einer Inflation von etwa 3 Prozent. Wir haben auf Grund Ihrer Maßnahmen ein Wachstum von 0,5 Prozent und eine Inflation von rund 5,5 Prozent zu erwarten. Das ist der Beitrag Ihrer Wirtschaftspolitik zur Erhaltung eines möglichst hohen Beschäftigungsniveaus! Das paßt doch nicht zusammen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Mit diesem Budget, Herr Bundeskanzler haben Sie eine weitere Chance vertan, das Ruder herumzureißen und einen neuen Anfang zu setzen. Und bezahlen müssen dafür, wie schon in den letzten 13 Jahren, die Österreicherinnen und Österreicher, die jungen Menschen, die alten Menschen, die Familien und besonders die sozial Schwachen.

Und Sie wollten, Herr Bundeskanzler, bei diesem Budget bereits nach dem Prinzip der „Nullbudgetierung“ vorgehen. Das ist aner kennenswert. Präsident Graf vertritt diesen Gedanken schon jahrelang — im Sinne des Ausbrechens aus erstarrten Gewohnheiten und der Überprüfung jeder Ausgabenpost nach Sinn und Zweckmäßigkeit. Sie wollten die expansive Budgetpolitik zur Sicherung eines hohen Beschäftigungsniveaus fortsetzen. Und was haben Sie getan? Sie haben in Ihrem Budget bei den Investitionen gespart und die großen Verschwendungsbrocken unangetastet gelassen. *(Beifall bei der ÖVP.)* Sie haben die Ministerbüros weiter aufgebläht, Sie haben ein Familienministerium gegründet, das bisher nur durch den Ankauf einer neuen Tintenbug Schlagzeilen gemacht hat *(Abg. Dr. Hilde Hawlicek: Das stimmt ja nicht! Das haben wir ja schon fünfmal richtiggestellt!)*, während die Finanzierungs-krise der Familienförderung nach wie vor ungelöst ist.

Und Sie haben das Problem der Finanzierung der Sozialversicherung als eines jener heißen Eisen bezeichnet, die die Bundesregierung entschlossen ist, anzufassen. Wenn ich mir die Ankündigungen Ihres Sozialministers anhöre, Herr Bundeskanzler, dann habe ich nicht den Eindruck, daß er wirklich entschlos-

sen ist, ein heißes Eisen anzufassen, sondern daß er sich anschickt, seine Finger tief in die Taschen der Rentner und Pensionisten zu stecken.

Sie wollten dafür sorgen, daß der Lebensstandard der Pensionisten auch weiterhin in Übereinstimmung mit der allgemeinen Entwicklung steigen wird. Und was tut Ihr Sozialminister?

Es sieht heute so aus, als ob er aus dem Gebäude der Sozialpolitik ausgerechnet das herausbrechen wollte, was man einmal mit Recht als den „Schlußstein“ bezeichnet hat, nämlich die Pensionsdynamik, welche nicht nur die Kaufkraft der Sozialleistungen, sondern im Sinne des Generationenvertrages die gleiche Entwicklung des Lebensstandards sichern soll. Man hat das wirklich einmal als den „Schlußstein“ bezeichnet. Und heute liest man in der Zeitung, jetzt wird das alles geändert, jetzt wird die Arbeitslosigkeit eingebaut, damit dieser Prozentsatz nicht mehr erreicht wird, den wir einmal gemeinsam festgelegt haben.

Und Sie wollten, Herr Bundeskanzler, eine längerfristige zukunftsorientierte Strategie für jeden einzelnen Unternehmensbereich in den verstaatlichten Unternehmen entwickeln. Und was haben Sie getan?

Bis heute wissen wir nicht, ob Sie sich als Eigentümervertreter mit dem Konzept identifizieren, das die ÖIAG erstellt hat. Sie sagen also nicht nur nicht, wie Ihre „Strategie“ aussieht, Sie sagen auch nicht einmal, was Sie von den Plänen der Holding halten. Sie erklären einer zunehmend verwunderten Öffentlichkeit nur zum x-ten Mal, wie schwierig und groß die Probleme sind. Das wissen wir ja inzwischen. Dazu brauchen wir keine Erklärung des Bundeskanzlers. Unsere dringende Forderung, die Finanzhilfe an die verstaatlichte Industrie — die auch wir als notwendig ansehen — mit entsprechenden Konzepten zu versehen, haben aber Sie abgelehnt, Herr Bundeskanzler.

Leider nicht nur das, Hohes Haus. Sie haben, Herr Bundeskanzler, wörtlich von einem „ÖVP-Nein“ gesprochen, das „nur zum Zusperrern der Betriebe führen könnte“. Eine solche bewußte Verdrehung der Tatsachen ist eines Bundeskanzlers unwürdig *(Beifall bei der ÖVP)*, und es würde sehr für Sie sprechen, wenn Sie die Dinge heute wieder zurechtrücken würden, wenn Sie in Ihren Aussagen der Wahrheit die Ehre geben könnten.

Dr. Kohlmaier

Und ein letztes Beispiel möchte ich Ihnen vor Augen halten. Sie wollten die Attraktivität des öffentlichen Verkehrs erhöhen und die Organisationsstruktur der Österreichischen Bundesbahnen verbessern. Was haben Sie bisher dazu getan?

Glauben Sie wirklich, daß Sie durch Ihre Tariflawine die Attraktivität des öffentlichen Verkehrs erhöhen können? Und welche organisatorischen Maßnahmen haben Sie zur Senkung des Bundesbahndefizits eingeleitet, was haben Sie getan, um der Kritik des Rechnungshofes Rechnung zu tragen?

Ich könnte, meine Damen und Herren, Hohes Haus, Ihnen noch an vielen Beispielen nachweisen, wie sehr sich die Politik dieser sozialistischen Koalition von ihren Ankündigungen unterscheidet. Sie haben die größte Belastungslawine losgetreten, die über dieses Land jemals hereingebrochen ist. Sie haben ein Budget vorgelegt, das Steuern erhöht, bei den Investitionen spart, das Wirtschaftswachstum behindert und die Inflation anheizt. Sie belasten die Schwachen, die Pensionisten, die kinderreichen Familien, die Arbeitslosen. Und Sie machen weiter mit der Verschwendung. Sie errichten gegen jede ökonomische Vernunft, gegen das größte Volksbegehren der Zweiten Republik, gegen den Willen der österreichischen Bevölkerung einen Konferenzpalast, von dem zwar nicht klar ist, wer ihn eines Tages benützen wird, von dem aber heute schon klar ist, daß seine Errichtung und sein Betrieb von den Österreichern bezahlt werden müssen.

Meine Damen und Herren! Das sind die Leistungen dieser sozialistischen Koalition, von der Sie mehrmals wöchentlich betonen, daß sie „reibungslos“ funktioniert. Wenn diese Bundesregierung aber so gar nicht reibungslos weiter tut wie bisher, dann wird sie als „Kabinett der Kämpfe und Krämpfe“ in die Geschichte der Zweiten Republik eingehen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Österreichische Volkspartei wird jedenfalls nicht davon ablassen, von dieser Regierung — solange sie im Amt ist — einen politischen Kurswechsel zu verlangen. Wir werden nicht davon ablassen, für eine andere Art von Politik zu werben. Wir werden nicht davon ablassen, Sie im Parlament mit unseren Vorschlägen zu konfrontieren, und wir werden nicht davon ablassen, den Bürgern dieses Landes zu sagen, daß Sie gegen Maßnahmen zur Förderung der Klein- und Mittelbetriebe, zur Förderung der Landwirtschaft, zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, zur

Sanierung der Verstaatlichten gestimmt haben, nur weil diese Maßnahmen von der Österreichischen Volkspartei vorgeschlagen worden sind.

Und weil Sie uns so gerne „populistische Politik“ vorwerfen. Was immer Sie damit meinen: wir werden den Bürgern dieses Landes stets sagen, was wir unter „Volkspolitik“ verstehen. Daß wir eine Politik machen wollen, die sich nicht an der Erhaltung von Machtstrukturen, sondern an den Bedürfnissen der Menschen orientiert; daß wir eine Politik machen wollen, die das Wort des Bürgers ernst nimmt und die mit seinem Geld sorgsam umgeht; daß wir eine Politik machen wollen, die den Schwachen hilft, die den Menschen wieder Hoffnung und Optimismus gibt.

Wenn Sie das als „Populismus“ bezeichnen, dann bekennen wir gerne: daß wir nicht über die Bürger herrschen *(Zwischenruf des Abg. Wille)*, sondern unsere Politik am Willen des Bürgers orientieren wollen, Herr Klubobmann Wille. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir wissen vor allem ... *(Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Wille.)* Pardon. *(Abg. Wille: Das ist nicht „Populismus“! Sie wissen das recht gut!)*

Herr Kollege Wille! Wir suchen, seit dieses Wort von Ihnen erfunden worden ist, in allen Lexika und in allen politischen Nachschlagewerken — überall — die authentische Erklärung des Begriffes „Populismus“. Da wir wissen — und da brauchen wir nicht nachzuschlagen —, daß „populus“ das Volk ist, hat das offenbar damit zu tun, daß man so handelt, wie es das Volk will.

Herr Klubobmann Wille! Ich kann es nicht ändern: Wir alle sind in dieses Haus mit dem Willen und der festen Absicht eingezogen, das Volk zu vertreten und seinen Willen zu erfüllen. Vielleicht unterscheidet Sie das von uns. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Sollten Sie aber der Meinung sein, „populistisch“ ist „popularitätshaschend“, dann könnte ich Sie an einige Parolen erinnern, die nicht unsere waren. Etwa: Die teuerste Regierung, die es je gab. — Das war aber nicht unsere, Herr Klubobmann Wille. — Oder: Sechs Monate sind genug. Oder: Die Regierung kann nichts anderes, als Schulden im Ausland aufnehmen. Oder: Budgetdefizite von 6 und 7 Milliarden Schilling sind ein Wahnsinn. — Das könnte man als populistische Erklärungen bezeichnen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

1784

Nationalrat XVI. GP — 22. Sitzung — 30. November 1983

Dr. Kohlmaier

Meine Damen und Herren! Wir wissen vor allem, daß die Menschen heute nichts mehr brauchen als eine Politik, die mit Ernst und Tüchtigkeit wieder Vollbeschäftigung herstellt. Wir sind vor allem davon überzeugt, daß der richtige Weg nicht die andere Umverteilung der knapper gewordenen Arbeit und der spärlicher gewordenen Einkommen ist, sondern Arbeit zu schaffen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir wollen das am Beginn der Budgetdebatte sehr betonen und in aller Form dokumentieren.

Ich bringe daher zu Kapitel 10 des Bundesfinanzgesetzes folgenden

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr. Kohlmaier, Graf, Dr. Taus und Genossen ein.

Der Nationalrat wolle beschließen:

I. Die Bundesregierung wird aufgefordert, durch folgende Maßnahmen ein umfassendes Programm „Arbeit schaffen“ zu verwirklichen, um so die Rückeroberung der Vollbeschäftigung einzuleiten:

1. Sofortmaßnahmen zur Bekämpfung der hohen Jugendarbeitslosigkeit vor allem durch steuerliche Anreize für jene Betriebe, die zusätzlich Jugendliche beschäftigen.

2. Einleitung einer Mittelstandsoffensive zur Schaffung neuer Arbeitsplätze in den Klein- und Mittelbetrieben.

3. Investitionsanreize vor allem für jene Regionen, in denen eine besonders hohe Arbeitslosigkeit verzeichnet wird.

4. Vorlage und Verwirklichung eines konkreten Umweltschutzzinvestitionsprogramms für die Jahre 1984 bis 1987.

5. Forcierung der Wohnbautätigkeit mit jenen Geldern, die durch die Übertragung öffentlicher Wohnungen in das persönliche Eigentum den Gemeinden zufließen.

6. Umschichtung von Mitteln des nicht so arbeitsplatzintensiven Straßenbaues zum Aufgabenbereich Stadterneuerung durch rationelle Bauweise.

7. Investitionsanreize für die Landwirtschaft und Förderung neuer Produktions-

möglichkeiten wie Ölsaatenprojekt und Biosprit.

8. Einleitung einer Industrieoffensive zur Schaffung zukunftssicherer Arbeitsplätze und zur Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft.

II. Zur Finanzierung dieses Programms, zur Schaffung neuer Arbeitsplätze und zur Stärkung der österreichischen Wirtschaft, wird die Bundesregierung aufgefordert, die im Bundeshaushalt für 1984 enthaltenen Verschwendungsmilliarden freizumachen und für produktive Zwecke sinnvoll einzusetzen. Insbesondere sind folgende Maßnahmen zu treffen:

1. Begrenzung der Bundeszuschüsse für die ÖBB und Verwirklichung eines Reformkonzeptes mit dem Ziel, die Zuführung von Steuergeldern zu verringern.

2. Verzicht auf die Personalausweitung im öffentlichen Dienst und Reduzierung des Personalaufwandes durch sparsame Nachbesetzung frei werdender Dienstposten.

3. Generelle Überprüfung der in allen Kapiteln des Budgets vorgesehenen Ansätze für den Sachaufwand mit dem Ziel eines rigorosen Verschwendungsstopps.

4. Überprüfung, welche Bundesaufgaben kostengünstiger von Privaten erfüllt werden können.

5. Ausgaben für Schulbauten sind an die neuen demographischen Verhältnisse anzupassen und die Mehrzwecknutzung ist zu erleichtern.

6. Auf die Durchführung der budgetbelastenden ersten Etappe der Urlaubsverlängerung ist zu verzichten.

7. Überprüfung und Aufhebung überholter Zweckbindungen mit dem Ziel, Mittel in neue arbeitsschaffende Verwendungszwecke überzuführen.

8. Verzicht auf ein neues Ministerium und auf das sprunghafte Anwachsen der Kosten der Ministerbüros, der Repräsentations- und Propagandaausgaben.

9. Reorganisation des Gesundheits- und Spitalswesens mit dem Ziel der Kostensenkung insbesondere durch konsequente Ver-

Dr. Kohlmaier

wirklichung eines Sparkonzepts beim AKH in Wien.

10. Forcierung steuerlicher Entlastungen anstelle von Direktförderungen und Subventionen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich abschließend noch zu einer anderen Frage einige sehr ernste Worte sagen.

Der Herr Bundeskanzler hat am 31. Mai dieses Jahres in seiner Regierungserklärung gesagt: Je mehr Gerechtigkeit es gibt und je besser die Justiz funktioniert, desto glaubwürdiger ist die Demokratie.

Und gerade deshalb kann ich Ihnen den Vorwurf nicht ersparen, daß Sie durch Ihre Handlungen die Grundfesten unseres Rechtsstaates, das Vertrauen des Bürgers in die Justiz erschüttern, der mit Schrecken erkennen muß, wie eine gefügte Justizmaschinerie immer just dann zugreift *(Zwischenruf des Abg. Grabher-Meyer)*, wenn es Ihnen, meine Damen und Herren von der sozialistischen Koalition, gelegen kommt. Die Rechnung dafür hat vorerst die Partei des Herrn Justizministers erhalten, die bei den Niederösterreichischen Landtagswahlen halbiert wurde. *(Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Grabher-Meyer.)*

Und es ist seither kaum ein Tag vergangen, Herr Noch-Generalsekretär der FPÖ, wo nicht neue Fakten über das „Funktionieren“ der Justizmaschine an die Öffentlichkeit gedrungen sind, wo nicht durch die Geschwätzigkeit der Verantwortlichen immer wieder neues Licht auf seltsame Vorgänge im Justizbereich geworfen wurden. Durch das „Funktionieren“ Ihrer Justiz, Herr Bundeskanzler, Herr Bundesminister, ist die Demokratie sicher nicht glaubwürdiger geworden. *(Zustimmung bei der ÖVP. – Zwischenrufe bei der SPÖ und FPÖ.)*

Und, Herr Justizminister, ich darf mich jetzt an Sie wenden: Ihre Partei und Sie ganz persönlich müßten doch wissen, daß Ihr großer Koalitionspartner seit vielen Jahren die Justiz so eingesetzt sehen will, wie es dem politischen Interesse entspricht. Der ehemalige sozialistische Justizminister Broda war sicher stark vom marxistischen Gedankengut beeinflusst, wonach das Recht ein Instrument der herrschenden Klasse und damit natürlich auch der Partei ist. Soll dies auch jetzt nach dem Wechsel im Justizministerium noch so weitergehen, meine Damen und Herren?

Der schwedische Ministerpräsident Palme hat beim SPÖ-Parteitag gesagt: Die Partei ist unsere Heimat, ohne Partei sind wir nichts.

Und der Herr Bundeskanzler hat es seinerzeit so formuliert: Ohne diese Partei wäre ich nichts und möchte ich nichts sein.

Das, meine Damen und Herren, ist nicht unser Verständnis von der Aufgabe der Partei in der parlamentarischen Demokratie. *(Zustimmung bei der ÖVP. – Zwischenrufe bei der SPÖ.)* Für uns kommt zuerst das Land, kommen zuerst seine Bürger, Frau Kollegin Offenbeck, in deren Dienst wir Politik machen wollen. Wir bekennen uns auch zu unserer Gesinnungsgemeinschaft und zu dem politischen Auftrag, den wir vom Wähler erhalten haben. Wir lehnen aber ein Partei-Verständnis ab, das den Staat in Besitz nimmt, das den Bürger bevormundet, das sich an der Machterhaltung und nicht an den Interessen des Landes orientiert, meine Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Sozialistische Partei Österreichs hat schon mehrfach bewiesen, daß sie ein eigenartiges Verhältnis zu den Kontrollinstanzen unserer parlamentarischen Demokratie hat. Sie, meine Damen und Herren von der SPÖ, haben in den letzten dreizehn Jahren oft und oft gegen die Einsetzung parlamentarischer Untersuchungsausschüsse gestimmt, weil Sie glaubten, dies sei im Interesse Ihrer Partei. Zuletzt haben Sie einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß zu den Vorgängen rund um den ehemaligen Finanzminister Androsch abgelehnt, während offenbar gleichzeitig der jetzige Finanzminister in seinem Ressort eine Untersuchung angeordnet hat, weil diese Vorgänge eben doch extrem aufklärungsbedürftig sind. Sie, meine Damen und Herren von der sozialistischen Koalition, bestehen darauf, daß der Präsident des Rechnungshofes auch in Hinkunft von der Koalition gestellt wird, weil es Ihnen wahrscheinlich sicherer ist, wenn Sie sich selber kontrollieren können.

Hohes Haus! Am 31. Dezember scheidet der derzeitige Präsident des Verfassungsgerichtshofes aus dem Höchstgericht aus. Um dem Verfassungsgerichtshof von jedem Verdacht freizuhalten, im Dienste der jeweiligen politischen Mehrheit zu stehen, um ihn von jedem Verdacht der Parteilichkeit freizuhalten, wurde am 19. Februar 1974 zwischen den beiden Klubobmännern Weisz (SPÖ) und Koren (ÖVP) vereinbart, so vorzugehen, daß die Ausgewogenheit, die Parität des Verfassungsgerichtshofes gewahrt bleibt.

1786

Nationalrat XVI. GP — 22. Sitzung — 30. November 1983

Dr. Kohlmaier

Vor wenigen Tagen haben Sie, Herr Bundeskanzler, bekanntgegeben, daß die Sozialistische Partei auch den Verfassungsgerichtshof ausschließlich nach ihren Wünschen besetzen will. Herr Bundeskanzler, Sie wissen selbst ganz genau, daß Sie damit die Verantwortung für einen Wortbruch auf sich laden. Sie wissen auch ganz genau, daß es zumindest unzweckmäßig ist, wenn der ehemalige Leiter des Verfassungsdienstes, der zahllosen Gesetzeswerken der sozialistischen Alleinregierung die verfassungsmässige Unbedenklichkeit bescheinigt hat, nun als oberster Kontrollor dieser Verfassungsmässigkeit eingesetzt wird. Es geht hier gar nicht darum, ob Dr. Adamovich ein guter oder ein schlechter Jurist ist. Wir unterstellen ihm auch gar nicht unlautere Motive für seinen kürzlich bekanntgewordenen Austritt aus dem ÖAAB. Es geht uns hier — neben anderem — um eine Frage des guten politischen Stils (*Beifall bei der ÖVP*), um die Frage, meine Damen und Herren, ob man sich um das Bestehen einer breiten Vertrauensbasis bemüht oder nicht bemühen will. (*Beifall bei der ÖVP*.)

Einer der Schöpfer unserer Verfassung, Professor Hans Kelsen, stellte seinerzeit fest: „Denn über keinen anderen rechtstechnischen Grundsatz ist man sich so einig wie über den: daß niemand Richter in eigener Sache sein soll.“

„Pacta sunt servanda.“ Zum Wort — hier auch geschrieben, Herr Klubobmann Wille — hat man zu stehen. Das ist nicht nur ein anerkannter Rechtsgrundsatz aus der Urzeit des Rechts, sondern kennzeichnet zivilisatorischen Fortschritt unserer Kultur, der den Grundsatz von Treu und Glauben widerspiegelt. Gilt der noch, Herr Klubobmann Wille, oder gilt der nicht mehr? (*Beifall bei der ÖVP*.)

In der heutigen Zeit verlangt der demokratische Fortschritt neue Gemeinsamkeiten über die Parteigrenzen hinweg, und Sie bauen erworbene Gemeinsamkeiten ab. Dies ist ein Rückschritt gerade in einer Zeit, in der die Dialogfähigkeit über Parteigrenzen hinweg abnimmt, wie der Bundespräsident vor kurzem bemerkte.

Sie glauben, vorübergehend ein Mehr an Macht für Ihre Partei erreicht zu haben. Ich hoffe, daß das neue Mitglied des Verfassungsgerichtshofes Sie in dieser Richtung enttäuschen wird. Sie haben der Demokratie und dem Verfassungsgerichtshof ein Stück Glaubwürdigkeit genommen. (*Beifall bei der ÖVP*.)

Hohes Haus! Lassen Sie mich noch einmal zusammenfassen und betonen:

Wir sind bereit, bei den nationalen Fragen unseres Landes Verantwortung zu tragen, wir sind aber nicht bereit, den Verantwortlichen ihre Verantwortung abzunehmen oder sie aus ihrer Verantwortung zu entlassen.

Wir werden im Parlament für dieses Land weiterarbeiten, wir werden zu jedem Gespräch bereit sein, aber wir werden Ihnen nicht beim Herumreden zuschauen, bis die Probleme Ihnen davonlaufen.

Und wir sind nicht bereit, den Weg mitzugehen, den diese sozialistische Koalition bisher gegangen ist. Denn wir wollen endlich, daß in diesem Land wieder eine bessere Politik für Österreich gemacht wird. (*Beifall bei der ÖVP*.) 9.58

Präsident: Der Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Kohlmaier und Genossen ist genügend unterstützt und steht mit in Verhandlung

Nächster Redner: Abgeordneter Wille.

9.59

Abgeordneter Wille (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Es hat vor wenigen Tagen in Österreich eine Wortmeldung gegeben, die sehr beträchtlich war und die auf mich einen sehr großen Eindruck gemacht hat. Es war die Wortmeldung von Karl Friedrich von Weizsäcker, der auch in einer Veranstaltung der ÖVP zum Problem der Krisen Stellung genommen hat.

Herr Kollege Kohlmaier! Ich würde Sie sehr bitten, eine derartige Wortmeldung vom Anfang bis zum Ende sehr ernst zu nehmen. Ich werde mich bemühen. Ich werde dann auf den Begriff der Krise eingehen, den Sie in der gleichen Weise polemisch behandelt haben wie die Rechtsfragen. Aber ich möchte Ihnen einleitend gleich sagen, daß Weizsäcker unter anderem sagt: Seitdem es eine Kultur und damit soziale Gruppen gibt, gibt es das Hegemoniebestreben dieser sozialen Gruppen, die immer die eigene Wahrheit subjektiv als die richtige sehen und die andere nicht gelten lassen wollen.

Ich glaube, daß ich Ihnen schon gezeigt habe, wie sehr ich mich bemühe, eben über diesen Schatten zu springen, so gut es geht, und eben einen Ton und eine Sprache zu finden, die für beide Seiten vertretbar und annehmbar ist, weil ich glaube, daß das not-

Wille

wendig ist. *(Zwischenruf der Abg. Dr. Marga Hubinek.)*

Mich hätte es sehr gefreut, wenn Sie beispielsweise bei Ihren Ausführungen zur Justizmaschinerie gesagt hätten, wir stehen in Opposition zum Justizminister und möglicherweise sogar sehr kritisch gegenüber dem Oberstaatsanwalt, aber es ist ja nicht davon die Rede, daß der Landeshauptmann von Niederösterreich an den Justizminister ausgeliefert werden soll, wie Sie das täglich darzustellen versuchen. Der Landeshauptmann von Niederösterreich soll konfrontiert werden mit einem unabhängigen Gericht und nicht mit dem Justizminister, und ich wäre froh gewesen, wenn Sie das klargestellt hätten. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Zum zweiten Problem: Verfassungsgerichtshof, möchte ich ihnen nur sagen: Professor Adamovich, der von der Bundesregierung vorgeschlagen wird, ist einfach für dieses Amt herangewachsen als unabhängiger Fachmann, der immer Ihrer Partei nahegestanden ist und nicht der unseren. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Ettmayer.)* Und ich glaube, daß es doch nicht darum gehen kann, wenn man einen Verfassungsrichter auf Lebenszeit bestellt, daß der dann einer Regierung immer verpflichtet wäre, der er quasi Gefälligkeitsgutachten und nicht sachlich berechnete Gutachten ausgestellt hat. Und ich glaube, daß gerade Ihr Vorschlag so deutlich zeigt — nämlich die Alternative zu Adamovich —, daß Sie jedenfalls nicht Vorschläge vorzubringen in der Lage waren, die in der Öffentlichkeit mehr Unabhängigkeit demonstrieren, als das die Bundesregierung tut. *(Zustimmung bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Dr. Graff: So? Parteiungebundener Fachmann! Das stimmt ja nicht, was Sie sagen!)*

Zudem dann noch zu dieser etwas merkwürdigen — wenn das schon öffentlich besprochen wird —, zu dieser etwas merkwürdigen Vereinbarung der Klubobmänner Weisz — Koren *(Abg. Dr. Graff: Merkwürdig?)*: Ein mündliches Gespräch wird schriftlich festgelegt: Warum denn? *(Abg. Dr. Graff: Von beiden unterschrieben!)* Ja sicher, warum wird ein mündliches Gespräch schriftlich festgelegt? Warum gibt es keine schriftliche Vereinbarung darüber? *(Zwischenruf des Abg. Dr. Graff.)* Aber glauben Sie mir, ich werde mich immer zu dem bekennen, was ich sage. Da werden keine Zweifel aufkommen. *(Abg. Dr. Graff: Der Vorgänger ist wurscht!)*

Aber bitte, bedenken Sie noch eines. Damals hat eine große Oppositionspartei, eine

der beiden Parteien, eine mündliche Vereinbarung festgelegt mit einer Bundesregierung, die eben eine sozialistische Bundesregierung war. *(Abg. Dr. Graff: Nein! Zwei Parteien miteinander! Keine Regierung! Überhaupt nichts zu tun! — Ruf bei der ÖVP: Der Klub! — Zwischenrufe der Abg. Dr. Marga Hubinek.)* Zwei Parteien miteinander, aber zwei Parteien, die heute nur mehr zum Teil Oppositionspartei sind *(Ruf bei der ÖVP: Das stimmt!)*, und die andere Partei ist Mitglied der Koalitionsregierung geworden und hat aus diesem Grunde, ja geradezu aus einer Selbstverständlichkeit heraus Rücksicht zu nehmen auf einen Koalitionspartner, den es damals nicht gegeben hat. *(Abg. Dr. Graff: Eine Zeitlang war Ihre Hauptaussage, daß es die Regierung nicht bindet! Das ist ja zum Lachen!)*

Wir werden weder den Gerichtshof in Frage stellen noch sonst irgend etwas, sondern wir werden damit einen Beitrag leisten, daß die Kontinuität und die Sachlichkeit des Gerichtshofs gewährleistet ist. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Dr. Taus: Sie haben gerade vorhin das Hegemoniestreben, das der Weizsäcker kritisiert hat, angeführt! Das ist ein typischer Fall dieses Hegemoniestrebens, ...! Typischer Fall! — Zwischenruf.)* Ja, das ist eine Darstellung, aber ich sage Ihnen: Konfrontieren Sie Ihre eigenen Vorschläge mit den unseren, und bedenken Sie die Unabhängigkeit des Professor Adamovich, der nur deswegen von Ihnen angezweifelt wird, weil er nun plötzlich der Regierung natürlich als Mitglied der verfassungsrechtlichen Arbeit zur Verfügung steht; aus diesem Grunde kann er nicht einfach unglaublich für Sie werden! *(Abg. Dr. Graff: Glauben Sie nicht, daß es auf das Vertrauen ankommt?)* Ja sicher, gerade auf das Vertrauen. Und Sie sollten das Vertrauen einem Mitarbeiter nicht deswegen entziehen, weil er für die Bundesregierung zu arbeiten hat! *(Abg. Dr. Graff: Aber wer unser Vertrauen genießt, das bestimmt jede Partei für sich! Das werden Sie uns doch zugestehen!)*

Ich komme nun zu den Wirtschaftsfragen und zur Wirtschaftskrise und zum Budget, und da werden wir sehr rasch sehen, wie rasch sich die Meinungen verändern.

Als ich Klubobmann wurde und einige Interviews abzuwickeln hatte, war die erste Frage sofort: Wie werden Sie denn das bei den Budgetverhandlungen halten? Was werden Sie denn zur Staatsverschuldung sagen? Und als ich damals die Meinung vertreten habe — sofort, in den ersten Tagen —, ich betrachte

Wille

es als einen sehr großen Erfolg, wenn es der neuen Bundesregierung gelingen sollte — bevor die Verhandlungen begonnen haben —, das Bruttobudgetdefizit auf 95 Milliarden Schilling, also auf dem gegenwärtigen Stand in etwa, zu halten oder das Nettodefizit zu senken, haben diese Äußerungen ein geradezu unglaubliches Echo hervorgerufen und unter anderem dazu geführt, daß mir führende Industrielle zu diesen Äußerungen gratuliert haben.

Nun sind die Budgetverhandlungen vorbei, es liegt ein Budget mit einem Bruttodefizit von 95 Milliarden Schilling vor, bei dem alle Anstrengungen sichtbar werden, das Nettodefizit von 6 Prozent auf 5 Prozent zu senken. Und was ist das Ergebnis? — Das Ergebnis ist, daß man gerade diese Einsparungsmaßnahmen, die jeder von uns öffentlich verlangt hat, daß man alle diese Maßnahmen, die man öffentlich von uns geradezu herbeigeseht hat, nun plötzlich nicht mehr haben will. Man tut so, als wäre Österreich für die Krise, die überall sichtbar ist, verantwortlich und als würde es langfristig über Jahre und Jahrzehnte hinaus bereits die Möglichkeit geben für ein einzelnes Land, nationale Sonderkonjunktur zu betreiben. Und das ist eben die Unglaublichkeit, auf die man sich nicht einlassen soll.

Ich zitiere in diesem Zusammenhang Carl Friedrich von Weizsäcker, der viele Jahre Leiter des Zukunftsforschungsinstituts des Max-Planck-Instituts war. Also wenn es eine Persönlichkeit gibt, die befähigt und berechtigt ist, zu dieser Frage eine unabhängige Aussage zu machen, dann ist es Weizsäcker. Und was sagt er in seinem Beitrag über die Krise?

„Ich vermag die Empfindung nicht zu unterdrücken, daß wir im Beginn einer weltweiten Krise leben, die leicht die entsetzlichste der bisherigen Menschheitsgeschichte werden könnte. Die verbreitete Angst, so scheint mir, hat recht.“ Wenn auch die Angst ein schlechter Ratgeber ist.

Weiter: „Im folgenden soll die Krise der Gegenwart als wirtschaftliche, militärische und als geistige Bewegung behandelt werden.

Wirtschaftliche Krisen kommen und gehen. Es scheint mir aber schwer vorstellbar, daß der Kern unserer heutigen wirtschaftlichen Probleme in der heutigen politischen Struktur der Welt gelöst werden kann.“

Er weist dann auf eine Reihe von einfachen Mechanismen und Abhängigkeiten hin und

sagt, wie wir das immer wieder sagen und wie es beispielsweise die konservativen Parteien in Europa ablehnen:

„Die Vorbedingungen einer stabilen Wirtschaft sind heute international nicht gegeben. Die heutige Weltwirtschaft ist eine nur wenig regulierte Konkurrenzwirtschaft.“

Was wir bräuchten, sind hinreichende Vorbedingungen der internationalen Zusammenarbeit. Und er spricht ganz konkret die Vereinigten Staaten, die EG und Japan an, die allein von der Potenz her, allein vom Umfang der Wirtschaftsleistung her in der Lage wären, einen gemeinsamen Weg vorzugeben. Und der wird nicht vorgegeben, er wird abgelehnt aus gewissen konkurrenzwirtschaftlichen Gründen. Und das ist unser großes Problem.

Wenn Sie heute sagen, daß das Maßnahmenpaket der Bundesregierung das Wachstum bremst, die Inflation begünstigt und die Beschäftigungspolitik behindert, dann haben Sie natürlich recht, und wir wissen das natürlich, aber ich frage Sie: Können Sie öffentliche Finanzierung nicht nur zehn, sondern auch 20 Jahre durchführen gegen internationale Tendenzen? — Da habe ich Ihnen schon in einigen Reden gesagt: Während wir nicht mehr das Geld haben, öffentliche Finanzierungen vorzunehmen, haben die anderen nicht mehr das Geld, die Arbeitslosigkeit zu finanzieren, denn die anderen haben eben eine Arbeitslosigkeit von zehn Prozent zu beklagen.

Vor wenigen Tagen war ich in Dänemark bei den Gewerkschaftern, die einen Kongreß abgewickelt haben. Auf unsere Frage, was ihnen denn zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit einfällt, kann ich Ihnen nur sagen: Nichts Neues.

Was sie uns mit Gewißheit sagen konnten, ist, daß die 10prozentige Arbeitslosigkeit in Dänemark 24 Milliarden Kronen im Jahr kostet; das sind 50 Milliarden Schilling. Hochgerechnet wären das bei fünf Millionen Einwohnern in Österreich 75 Milliarden Schilling.

Wir haben ein Bruttodefizit von 95 Milliarden Schilling. Wenn wir die Arbeitslosigkeit nicht wegstreichen würden und wir auch eine 10prozentige Arbeitslosigkeit hinnehmen müßten und natürlich auch die sozialen Lasten in der gleichen Weise zu tragen hätten, wie das die Dänen tun, hätten wir 75 Mil-

Wille

liarden Schilling jährlich für die Arbeitslosigkeit zu bezahlen.

Ich kann Ihnen sagen: Niemand ist so daran interessiert, Arbeit zu schaffen, wie wir! Aber das ist sehr schwierig, Kollege Kohlmaier. (Abg. Dr. Kohlmaier: *Leicht ist es sicherlich nicht!*) Da möchte ich verweisen auf einen Artikel der deutschen Zeitung „Die Zeit“, in dem es unter anderem heißt: Wenn es heute eine Wachstumsindustrie gegenwärtig gibt, dann ist das die Automobilindustrie. Die Automobilindustrie floriert gegenwärtig geradezu in einer unvorstellbaren Weise. Mit welchen Folgen? — Mit den Folgen, daß Tausende Mitarbeiter in der Automobilindustrie gekündigt werden, weil einfach die Produktivität schneller wächst als die Produktion, weil einfach immer weniger Menschen immer mehr produzieren.

Und aus diesem Grunde sollten Sie uns nicht immer verdächtigen, daß Arbeitszeitverkürzung einfach bedeutet: Na wir sind da die bequemsten Bürger des Landes, denen dazu nichts Besseres einfällt.

Wenn Sie die gestern zitierte Untersuchung des Wirtschaftsforschungsinstituts für die Kreditanstalt ernstlich zur Hand nehmen, dann werden Sie sehen, daß dem Wirtschaftsforschungsinstitut dazu nur einfällt: Arbeitszeitverkürzung? — Ja, wenn auch im vollen Einvernehmen mit den Unternehmervertretungen, so gut das geht. Wir wollen in dieser Frage keine Konfrontation, sondern wir wollen in dieser Frage sachliche Gespräche haben, weil wir wissen, daß dieses schwierige Problem nicht gelöst werden kann mit gegenseitigen Frustrationen, sondern daß das nur gelöst werden kann mit einer gemeinsamen Anstrengung.

Wir haben jedenfalls in den letzten Jahren eine ganz beträchtliche Serie von Erfolgen zu erzielen gehabt, und wir haben gegenwärtig das Problem, daß wir das Budgetdefizit stabilisieren müssen. Dazu kann ich nur eines sagen: Wir sind dem Finanzminister dankbar und der Bundesregierung, daß das in einer geradezu grandiosen Anstrengung in so kurzer Zeit in so großem Umfange geglückt ist. (Beifall bei der SPÖ.)

Wenn Sie immer die Defizite anführen, dann möchte ich Ihnen nur sagen: Das Defizit 1982 hat in Österreich pro Kopf 6 200 S betragen, in den Vereinigten Staaten 15 300 S und in Dänemark 23 000 S.

Sie haben wieder die 42-Prozent-Quote

angeführt, die der Kollege Taus schon vor Jahren als Wahlschlager verwendet hat, nämlich daß die Staatsquote 42 Prozent ... (Abg. Dr. Taus: *Welche Voraussicht!*) Das ist gar keine Voraussicht, es hat sich nämlich gar nichts geändert an diesen 42 Prozent (Abg. Dr. Taus: *War nicht böse gemeint!*), sondern es ist eine ewige Klage der ÖVP (Abg. Graf: *Berechtigt!*), eine ewige Klage über die Steuern des Staates, ohne zu sagen, was Sie unter Staat verstehen. Niemals sagen Sie, daß Sie unter Staat die Länder und die Gemeinden und auch die Sozialversicherung zu verstehen haben. (Abg. Dr. Kohlmaier: *Und die Bundesbahnen!*) Das verschweigen Sie immer! Sie tun immer so, als wären die 42 Prozent eine Sache, die der Finanzminister zu vertreten hat. Und die hat er nicht zu vertreten.

Im Gegenteil: Wir müssen sogar darauf hinweisen, daß heute die Ausgaben der Sozialversicherungsinstitute eine derartige Größenordnung angenommen haben, daß sie den Ausgaben des Bundes gleichzusetzen sind. Und es ist anzunehmen, daß in wenigen Jahren die Sozialversicherungsträger in unserem Lande insgesamt mehr Mittel jährlich für Ausgaben zur Verfügung haben werden als der Bund, und nicht umgekehrt.

Aus diesem Grunde, glaube ich, sollten wir zu den Maßnahmen auch stehen und sollten einsehen, daß diese Maßnahmen sinnvoll sind.

Bei den vielen Diskussionen, die wir in unseren Betrieben und in unseren Versammlungen abzuwickeln haben, habe ich vor allem eines herausgehört: Das wirkliche Problem, das die Diskutanten belastet hat, war die Erhöhung der Mehrwertsteuer um zirka 12 Milliarden Schilling. Aber schon niemand weiß, daß von den 12 Milliarden Schilling 4 Milliarden Schilling an die Länder und Gemeinden gehen. Und schon niemand erinnert sich an die Tatsache, daß wir alle erst kürzlich die direkten Steuern gesenkt haben, weil wir die Meinung vertreten haben, die direkten Steuern sind zu hoch. Na hat es denn keine Steuersenkung gegeben, Kollege Kohlmaier? (Abg. Dr. Kohlmaier: *Die Lohnsteuerbelastung steigt permanent an, weil die Progression ständig von der Inflation abgewürgt wird! Das wirkt viel stärker!*) Aber gar nicht viel stärker, wir liegen jetzt — ich weiß nicht — bei 10 oder bei 11 Prozent. Wir liegen bei 10 oder 11 Prozent, es werden alle Einkommen mit der Lohn- und Einkommensteuer belastet. (Abg. Dr. Kohlmaier: *Die Lohnsteuer ist viel rascher gewachsen als die*

Wille

Entwicklung der Einkommen!) Nein, die steigt gar nicht viel stärker, die steigt nämlich in einem geradezu unglaublich geringen Ausmaß gegenüber dem Bruttonationalprodukt. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Das ist ein Irrtum!)* Ich bin gerne bereit, mit Ihnen darüber an Hand von Zahlen zu reden. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Das wird notwendig sein!)*

Das ist ja gar nicht die Frage, die ich jetzt behandeln will. Die Tatsache ist, daß wir die direkten Steuern unerträglich hoch finden und daß wir aus diesem Grunde bei jeder Gelegenheit rufen: Die Steuer muß gesenkt werden! Gleichzeitig beklagen wir uns dann, daß die indirekten Steuern nicht genügend sozial wären.

Lassen Sie mich auch dazu etwas sagen. Vom ermäßigten Satz, der auf 10 Prozent angehoben wird, werden 25 Prozent des Mehrwertsteuererlöses erzielt, vom Normalsteuersatz 64 Prozent und vom erhöhten Satz 8 Prozent. Das heißt: Wir haben einen ermäßigten Mehrwertsteuersatz von 10 Prozent, der 25 Prozent aller Mehrwertsteuereinnahmen erbringt.

Wenn man in der Bundesrepublik nachfragt, dann erfährt man, daß es dort nur zwei Mehrwertsteuersätze gibt. Wenn man in der Schweiz nachschaut, dann sieht man, die sind immer noch bei der alten Mehrwertsteuer und kennen überhaupt keine gestaffelte Umsatzsteuer. *(Abg. Dr. Taus: Allphasenumsatzsteuer!)* Ja, das ist ja eine sozial nicht gestaffelte Umsatzsteuer. *(Abg. Dr. Taus: Für Lebensmittel niedriger! — Ruf bei der ÖVP: Stimmt nicht!)* Na, „stimmt nicht“, bitte, da liegen ja Welten dazwischen!

Und was ist in Dänemark, in Schweden und in Norwegen der Fall? Mit der größten Selbstverständlichkeit sagen die skandinavischen Staaten: Wir haben überhaupt nur einen Mehrwertsteuersatz, 20, 22 Prozent.

Daß wir dazu übergegangen sind, auch die indirekten Steuern sozial zu staffeln, das wird gar nicht richtig gesehen und aus diesem Grunde auch nicht anerkannt. Ich meine, das sollten wir der Redlichkeit wegen auch tun.

Ein weiteres Problem dabei ist sicher die Mehrwertsteuer auf die Energie, die von 13 auf 20 Prozent erhöht worden ist.

Sie können mir glauben, daß über diese Mehrwertsteuererhöhung im Grunde genommen alle klagen. Sowohl diejenigen, die eine Mindestpension haben oder nahe an der Min-

destpension sind, was sehr gut verständlich ist, als auch diejenigen, die sich ein großes Haus gebaut haben, weil man ein großes Haus schwierig ohne Kostenerhöhung zu beheizen in der Lage ist wie eine kleine Wohnung. Wir haben also auch da den Fall, daß alle klagen.

Wenn man in den Bundesländern unterwegs ist, dann sieht man auch, daß es dort eine große Zahl von Arbeitnehmern gibt, die sich mit harter Arbeit, aber doch auf Grund der guten wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Jahre ein Haus bauen konnten und nun dieses Problem zu bewältigen haben. Wir müssen auch dieses Opfer verlangen.

Wenn man alle Tage klagt, daß die Umwelt in Gefahr ist, wenn man alle Tage hört, daß unsere Wälder sterben, wenn man alle Tage hört, daß wir die Verantwortung für die nächsten Generationen zu tragen haben, dann wird man eben substantiell dagegen etwas tun müssen.

Wer in Europa hat gleichwertige Instrumente geschaffen, wie die Bundesregierung das jetzt mit dem Umweltfonds tut? Die Erträge aus dieser Mehrwertsteuererhöhung fließen in einen Umweltfonds ein, der mit zirka 500 Millionen Schilling gespeist wird, mit dem aber Investitionen im Umfang von rund 2,5 Milliarden Schilling im Jahr oder von 10 Milliarden Schilling in vier Jahren getätigt werden könnten. Und damit kann vieles geschehen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Kollege Kohlmaier! Weil Sie auch den Hinweis auf die verstaatlichte Industrie gemacht haben und wir uns sogar in einer relativ einfachen Frage, wie es die verstaatlichte Industrie ist, nicht einigen können, möchte ich sagen: Wir können uns nicht einigen, weil die Opposition nicht will, aber nicht, weil die sachlichen Voraussetzungen nicht gegeben wären. Wir hören immer wieder die Frage: Wo bleiben die Konzepte? Oder: Zu welchen Konzepten bekennt sich die Bundesregierung?

Die Bundesregierung hat eindeutig festgestellt: Zu den Unternehmungen der verstaatlichten Industrie gibt es eine Holding der verstaatlichten Unternehmungen, und diese Holding prüft die Unternehmenskonzepte. Natürlich bekennt sich dann die Bundesregierung generell zu den Vorschlägen dieser Holding, aber natürlich wird die Bundesregierung sich nicht verantwortlich fühlen, wo wieviel Edelstahl, wo wieviel Anlagenbau, wo wieviel Maschinenbau, wo wieviel Chemieindustrie betrieben wird. *(Abg. Dr. Taus: Das hat nie-*

Wille

mand verlangt, Herr Kollege!) Alles andere, Kollege Taus, ist gegeben.

Ich muß Ihnen noch einmal sagen: Eine ganze Kompanie von Vertrauensleuten haben Sie in der verstaatlichten Industrie zur Verfügung. Es müßte Ihnen ja leicht sein, gerade Ihnen, Herr Kollege Taus, die zwei Vorstandsmitglieder der ÖIAG zu rufen und zu fragen: Was fehlt mir da, was wollen wir noch, wie bringen wir das hin? (*Abg. Dr. Taus: Ich beklage mich ja nicht!*) Nein, öffentlich wird dieses Problem immer wieder in die Höhe geschaukelt, obwohl Sie zumindest dieselbe Verantwortung tragen, weil Sie auf Grund des ÖIAG-Gesetzes in den Aufsichtsrat eingebunden sind und alle Möglichkeiten der Mitbestimmung haben. (*Abg. Dr. Kohlmaier: „Zumindest?“ Das ist unbegreiflich!*)

Kollege Kohlmaier! Wir sollten nicht so polemisch und so sophistisch sein, daß wir plötzlich auch nicht mehr wissen, was populistisch heißt. Wir schauen in einem Lexikon nach, was drinnensteht, um das zu finden und herauszudeuten, was wir gerne hätten. Warum fragen wir nicht: Welchen Stellenwert hat das Wort Populismus in der Politik in Europa bekommen? Da werden Sie doch eindeutig sagen müssen, daß Populismus etwas sehr Negatives ist, daß Populismus nichts anderes bedeutet, als den Menschen nur nach dem Mund zu reden, und nicht, Volkspolitik zu betreiben. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Dr. Kohlmaier: Können Sie mir irgendein Werk nennen, wo das so steht?*)

Wenn ich dann höre, die ÖVP verlangt regionale Maßnahmen, mehr Innovation in der verstaatlichten Industrie und soziale Pläne, dann muß ich sagen: Da wird wirklich etwas in einer Art verlangt, daß man offene Türen einrennt. Ja wer nimmt denn an, daß ein Industriekonzern mit 100 000 Beschäftigten nicht mit aller Kraft daran ist, Innovationen zu fördern?

Wir haben schon einmal im Wissenschaftsausschuß in einer Auseinandersetzung mit dem Finanzminister gehört, daß Österreich Weltmeister in der finanziellen Förderung von Forschung und Entwicklung ist. Wenn auch unser Aufwand, gemessen am Bruttonationalprodukt, nicht die europäische Höhe hat, wenn man dabei aber berücksichtigt, daß wir keine Rüstungsforschung und nahezu keine Weltraumforschung haben, dann müssen wir uns nicht verstecken.

Populismus ist es, wenn man es sich so einfach macht. Beispielsweise in der „Presse“

vom 10. November 1983 — das ist nämlich so typisch für die Politik, so typisch für die allgemeine Vorgangsweise — lese ich und höre dann in den Morgennachrichten, es soll in Waldkirchen in Niederösterreich, in einer Grenzregion, eine Käserei geschlossen werden. Das ist in einem Dorf mit 900 Einwohnern, und die Käserei hat einige Beschäftigte.

Und was passiert nun? Ich möchte das wirklich in voller Aufrichtigkeit sagen: Der Grenzlandausschuß der Diözese St. Pölten veranstaltet eine Pressekonferenz und stellt dabei fest: Der Mensch ist wichtiger als die Wirtschaft. — Zu dieser großen Erkenntnis bekenne ich mich. Aber die Probleme der Käserei sind nicht so einfach zu lösen. Und der Landeshauptmann von Niederösterreich erklärt daraufhin: Geld darf keine Rolle spielen. — Das ist alles unerhört einfach.

Wir können in Österreich froh sein, daß es sich die Sozialpartner nicht so einfach machen. Wir haben in Österreich so ziemlich die höchste Gewerkschaftsdichte, die in Europa zu verzeichnen ist. Stellen wir uns nun vor, wir hätten es mit Gewerkschaftern und Betriebsräten zu tun, die nur sagen: Der Mensch steht im Vordergrund, und: Geld darf keine Rolle spielen. So einfach liegen die Dinge nun wirklich nicht.

Ich habe aber sehr oft den Eindruck, daß in der verstaatlichten Industrie von vielen Ihrer Funktionäre diese Vorgangsweise gewählt worden ist. Der Mensch steht im Vordergrund, das ist populär. Geld darf keine Rolle spielen, das ist noch populärer in diesen Regionen und in dieser Frage.

Von Ihnen wird nicht einmal darauf hingewiesen, was die Positivliste beim Maßnahmenpaket enthält. Von der Förderung der Klein- und Mittelbetriebe, von der Sie immer reden, ist nicht die Rede, von der Betriebsansiedlung, von der Stärkung des betrieblichen Eigenkapitals — von alle diesen Maßnahmen ist keine Rede.

Nun möchte ich Ihnen sagen, was uns auch traurig stimmen soll: Wenn wir das Budget abändern, um die Parteienfinanzierung zu verbessern, dann bricht plötzlich die große Einstimmigkeit aus. Wenn wir über die Privilegien der Abgeordneten reden, dann bricht plötzlich die große Einstimmigkeit aus, und wenn wir plötzlich genötigt sind, eine Rettungsaktion für die Bundeshandelskammern einzuleiten, weil wir die Gewerbekapitalsteuer in drei Jahren völlig beseitigen und dadurch ihre Einnahmen beträchtlich sinken

Wille

werden, dann bricht plötzlich wieder die große Einhelligkeit aus.

Wir sollten die Kraft haben, in mehreren Fragen eine einhellige Meinung zu haben und nicht nur bei den offensichtlichsten und oft auch bei gewissen verdächtigen Gemeinsamkeiten. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Graf: Definieren Sie den Begriff „verdächtige Gemeinsamkeiten“! Ich wäre Ihnen unerhört dankbar!)* Wenn Sie das wollen, dann bin ich dazu ... *(Abg. Graf: Wenn Sie es schon sagen, dann sollten Sie es definieren!)* Wenn wir uns so einig sind in den eigenen Anliegen wie beispielsweise bei der Parteienförderung. *(Abg. Graf: Was ist daran verdächtig?)* Ja, was ist daran verdächtig: Daß wir sehr wohl einzusehen vermögen, daß uns das Geld fehlt, aber das Verständnis haben wir in allen anderen Dingen nicht immer. *(Abg. Graf: Deswegen ist es nicht „verdächtig“! Aber ich danke Ihnen trotzdem!)*

Kollege Graf! Zwingen Sie mich nicht, das in aller Öffentlichkeit noch breiter auszuwalzen. *(Abg. Graf: Ich kann Sie nicht zwingen. Ich bin für die Interpretation dankbar, und Zusätze geben Sie mir, wann Sie wollen, oder auch nicht. Den Zwischenruf haben Sie provoziert, nicht ich! — Abg. Dr. Gradenegger: Ich würde mich zur Rede melden! — Abg. Graf: Herr Gradenegger, Ihre Zwischenrufe können nicht mehr schlechter werden!)*

Vor einigen Tagen, Herr Kollege Graf, war ein ausländischer Minister da. Einige Abgeordnete der ÖVP und einige Abgeordnete der SPÖ haben mit ihm eine Aussprache durchgeführt. Dieser Minister hat, als er auf Wirtschaftsfragen zu sprechen kam, unter anderem folgenden Hinweis gemacht: 50 Prozent der Wirtschaftsentwicklung ist Psychologie. — Und scherzhaft hat er dazugesagt: Über 25 Prozent lasse ich mit mir reden. — Er hat nicht gesagt, welche 25 Prozent er meinte.

Für mich ist klar: 75 Prozent der Wirtschaftsentwicklung ist Psychologie. Wenn wir wollen, dann wird etwas möglich sein, und wenn wir nicht wollen, dann ist es nicht möglich. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Viel wichtiger als dort oder da etwas mehr oder weniger Geld ist für uns alle, daß wir die Psychologie der Angst überwinden und zu mehr Optimismus in der Wirtschaft und in der Gesellschaft zurückkehren. Es ist aber notwendig, daß alle gesellschaftlichen Kräfte ihren Beitrag dazu leisten und nicht wie abstrakte Maler die Erfolge einfach schwarz

übermalen, sodaß von ihnen nichts mehr sichtbar ist.

Ich glaube, wenn umfassende Mechanismen der Großmächte für eine vernünftige Wirtschaftsentwicklung fehlen, dann werden wir mit den Schwierigkeiten leben müssen. Aber wir werden unseren Beitrag leisten und den werden wir leisten wollen, weil wir an Österreich glauben und aus diesem Grunde auch für Österreich arbeiten werden. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* ^{10.32}

Präsident: Nächster Redner Abgeordneter Grabher-Meyer.

^{10.32}

Abgeordneter **Grabher-Meyer** (FPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren des Hohen Hauses! Symptomatisch für die Einstellung dazu, wie die Probleme der heutigen Zeit bewältigt werden können, war jene Passage der Rede des Abgeordneten Kohlmaier, wo er den Bundeskanzler aufgefordert hat, endlich einmal zuzuschlagen, endlich einmal den großen Schlag zu tun, damit man erkennt, wohin diese Politik führt. *(Abg. Fachleutner: Bei Ihnen weiß man es bereits!)*

Wer glaubt, die Probleme der heutigen Zeit mit Paukenschlägen lösen zu können, beweist wohl in eindeutiger Weise, daß er bestimmt nicht das richtige Mittel besitzt, die Probleme zu lösen. Paukenschläge, wie sie vom Herrn Kollegen Kohlmaier verlangt wurden, sind meiner Ansicht nach ein probates Mittel, fehlende Inhalte zu übertönen.

Sie haben momentan, meine Herren von der Österreichischen Volkspartei, allen Grund, laut zu trommeln, es geht Ihnen bei der Österreichischen Volkspartei momentan wohl darum, jene leeren Phrasen zu überdecken, bei welchen Ihr Bundesparteiobermann Mock von der politischen Moral in der Österreichischen Volkspartei gesprochen hat und wo er Gefahr läuft, jetzt in Niederösterreich einen riesigen Bauchfleck zu landen.

Meine Damen und Herren! Sie haben allen Grund, laut zu trommeln. *(Abg. Fachleutner: Haben Sie sich gestern die Fernsehsendung angeschaut, haben Sie gehört, was die Staatsanwälte gesagt haben? Das ist ein Skandal, was da öffentlich gesagt wurde!)* Das sind diese Trommelschläge, die Abgeordneter Kohlmaier vom Bundeskanzler verlangt hat. Sie haben allen Grund, laut zu trommeln, um der Bevölkerung die fehlenden Inhalte Ihrer Politik zu erklären. Sie wollen, meine Damen und Herren, den Eiertanz übertünchen, den

Grabher-Meyer

Sie bei der verstaatlichten Industrie aufgeführt haben. Hier müssen Sie laut trommeln, damit die Bevölkerung nicht nachdenken kann, was Sie eigentlich für einen Eiertanz gemacht haben, Kollege Höcht! *(Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Dr. Höcht: Sie wären froh, wenn es der FPÖ so ginge wie der ÖVP.)*

Sie haben allen Grund zu trommeln, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, und Sie übertönen Ihre Worthülsen wie „andere Politik“, „anderen Weg“, wie „Arbeitsplätze muß man schaffen“. Statt mit Inhalten wollen Sie mit Getöse die Probleme lösen. Wenn Sie so wie wir sagen: Man kann über Inhalte mit uns diskutieren, sind wir gerne bereit, in jedem Gremium, das sich uns bietet, Inhalte zu diskutieren, dann, meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, kann man darüber reden. Doch über Worthülsen, über leere Phrasen wird man mit der Freiheitlichen Partei und mit der Regierungskoalition nicht reden können. *(Abg. Dr. Graff: Was das Fernsehen fragen darf, das bestimmt der Dr. Steger!)*

Eine Regierungskoalition, Herr Kollege Graff, die im Gegensatz zu Ihrer Diktion eine sozial-liberale ist und nicht, wie Sie das immer darstellen wollen, schon vom ersten Satz der Wortmeldung an, wo man schon heraushört, daß Sie zu einer echten Diskussion gar nicht mehr fähig sind, sondern nur noch in Polemik verfallen, wie etwa, wenn dauernd wieder behauptet wird, dies sei die sozialistische Koalitionsregierung.

Meine Damen und Herren! Hier ist die Absicht schon im ersten Satz erkennbar, und wir werden uns danach richten. Wir können nicht mehr, als Sie immer wieder auffordern, über Inhalte zu diskutieren — wir tun es.

Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Das vom Herrn Finanzminister vorgelegte und erstmals in der Zweiten Republik von Freiheitlichen aktiv mitgestaltete Budget 1984 ist ein bemerkenswertes Bekenntnis zur Koalitionsarbeit. Es ist ein Beweis für aktive und problemorientierte Budgetpolitik. Als vorläufiges Ziel haben wir uns das Einfrieren des Netto-Defizits gesetzt, das mittelfristige Ziel heißt Budgetkonsolidierung. In einer wirtschaftlich schwierigen Phase, in einer Krise der Weltwirtschaft und des Weltfinanzsystems ist dies sicher keine leichte Aufgabe, denn eine Budgetkonsolidierung ohne Rücksicht auf Verluste gefährdet die wirtschaftliche Entwicklung. Die sozial-liberale Koalition hat sich daher für eine Kombination von

einerseits wirtschaftsbelebenden und andererseits budgetkonsolidierenden Maßnahmen entschlossen. *(Abg. Dr. Neisser: Lambsdorff! Das ist Ihr Kurs! — Abg. Dr. Taus: Da werden Sie in große Schwierigkeiten kommen!)* Was haben Sie gegen die Wirtschaftspolitik eines Lambsdorff? Was haben Sie dagegen, meine Herren von der Österreichischen Volkspartei? Was haben Sie gegen eine solche Politik? Wir haben nichts dagegen, wir streben sie an, Kollege Ettmayer. *(Heiterkeit bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei! Zerbrechen Sie sich nicht unseren Kopf, wie wir das mit unserem Koalitionspartner machen. Wir werden den Weg schon finden, wir haben ihn bisher gefunden in einer konstruktiven Zusammenarbeit, unsere Budgetvorstellungen und unsere wirtschaftspolitischen Vorstellungen mit dem Koalitionspartner zu akkordieren. Sie müssen sich da unseren Kopf nicht zerbrechen, das tun wir schon selber. *(Abg. Dr. Ettmayer: Der Lambsdorff-Kurs ist ein konservativer Kurs, haben wir gestern gehört!)*

Die sozial-liberale Koalition hat sich daher für eine Kombination — ich habe es schon gesagt — von wirtschaftsbelebenden Maßnahmen auf der einen Seite und budgetkonsolidierenden Maßnahmen auf der anderen Seite entschlossen. Jede dieser Gruppen ist wieder zweigeteilt. Die Wirtschaftsbelebung soll einerseits durch eine nach wie vor großzügige Investitionsförderung, aber auch durch die Ankurbelung der privaten, betrieblichen und öffentlichen Nachfrage herbeigeführt werden; die Budgetkonsolidierung soll sowohl einnahmen- wie auch ausgabenseitig erfolgen. Wir sind hier eben einen anderen Weg gegangen als den, den die Österreichische Volkspartei in Worthülsen angekündigt hat: daß man glaubt, auf der Einnahmenseite sollte nichts getan werden und auf der Ausgabenseite sollte alles eingespart werden, die Budgetsänierung oder eine Budgetkonsolidierung wäre allein auf der Ausgabenseite möglich.

Meine Damen und Herren! Das ist kein Kurs, den wir mitverfolgen wollten, weil damit jene Paukenschläge gesetzt würden, die vom Abgeordneten Kohlmaier verlangt werden. Paukenschläge und Hammerschläge haben jedoch noch nie zum Ziel geführt, sondern wären in einer Situation, wie wir sie heute in Österreich haben, schädlich für die gesamte Wirtschaft. *(Zustimmung bei SPÖ und FPÖ.)*

Grabher-Meyer

Zugegeben, diese Budgetpolitik ist ein sehr kompliziertes Instrument und die Bedienung dieses Instrumentes erfordert nicht nur konzentrierten Einsatz und konzentrierte Aktion, sondern auch permanentes Feedback aus den Reihen der Wissenschaftler und Fachleute.

Deshalb begrüßen wir Freiheitlichen die Gründung einer wissenschaftlichen Beratergruppe im Bundesministerium für Finanzen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Für rechtzeitige Erstellung des Budgetvoranschlags 1984 möchte ich nicht nur dem Herrn Finanzminister und unserem Staatssekretär im Bundesministerium für Finanzen, Holger Bauer, sondern auch den zuständigen Mitarbeitern und Beamten herzlich danken. Sie haben es sich nicht leicht gemacht.

An dieser Stelle ist es auch richtig, einen Dank anzufügen an den Rechnungshof und an die Volksanwaltschaft und ihre Beamtenschaft, die einen wesentlichen Anteil bei der Überwachung und bei der Durchführung des Budgets und der Staatsfinanzen in Österreich haben. Auch ihnen den herzlichen Dank der freiheitlichen Fraktion.

Ich habe gesagt: Die Freiheitliche Partei ist in ihren Beratungen und Überlegungen davon ausgegangen, daß an erster Stelle bei einer Budgeterstellung, an der die Freiheitliche Partei mitwirkt, eine Budgetkonsolidierung stehen soll. Es war deshalb eine Bestandsaufnahme zu machen, und die Ausgaben für die gesetzlichen Verpflichtungen waren zu überprüfen, ob sie dem Grunde und der Höhe nach sachlich zu rechtfertigen sind.

Die Ermessensausgaben nach Maßgabe zweckgebundener Einnahmen waren zu überprüfen, ob die seinerzeitige Zweckbindung dem Grunde nach noch gerechtfertigt ist.

Bei den Ermessensausgaben waren die Ausgaben für Energie und für die freiwilligen Sozialleistungen jeweils in der Höhe um 5 Prozent, die Ausgaben für Repräsentationen in der Höhe um 10 Prozent zu vermindern, die auf Ansätze des Bundesvoranschlags 1983 festgesetzt waren.

Die Anlagen- und Investitionsförderungen wurden gegenüber dem Bundesvoranschlag 1983 um 5 Prozent vermindert. Sonstige Förderungsausgaben waren gegenüber dem Bundesvoranschlag 1983 um 5 Prozent geringer zu veranschlagen.

Erstmals wurde die Methode der Nullbasis-

budgetierung angewendet, womit eine freiheitliche Forderung verwirklicht wurde.

Die Ersteller des Bundesvoranschlags haben sich diesmal an die wenig optimistischen Prognosen des WIFO gehalten. Dem Bundesvoranschlag liegen ein nominelles Wachstum von 5,5 Prozent, ein reales Wachstum von 0,5 Prozent und eine Arbeitslosenrate von 5,5 Prozent zugrunde.

Selbst die Österreichische Volkspartei als Opposition räumte schon ein, daß diesmal das Budget auf einer realistischen Grundlage ruht. Trotzdem, und das mag eben im Wesen der parlamentarischen Demokratie sein, findet die Oppositionspartei, in diesem Fall die ÖVP, natürlich immer noch ein Haar in der Suppe, und sie kommt, und das ist das bedauerliche, über den Standpunkt einer Neinsagerpartei bei den Budgetberatungen und bei der Beurteilung des Budgets 1984 nicht hinaus.

Ein immer wieder angestimmter Klagegesang der ÖVP lautet, daß der Anteil der öffentlichen Investitionen am Budget geringer werde. Dazu muß man wohl einige Erläuterungen geben.

Die konservative Budgetphilosophie geht dahin, daß sich der Staat für Investitionen verschulden darf, die auch künftigen Generationen zugute kommen. Weshalb es nur recht und billig sei, so meint diese konservative Philosophie, diesen künftigen Generationen die Last der Schuldentilgung aufzubürden, getreu dem Ausspruch des Finanzwissenschafters Lorenz von Stein: „Ein Staat ohne Staatsschuld tut entweder zuwenig für seine Zukunft oder aber, er fordert zuviel von seiner Gegenwart.“

Diese These wurde später von der sozialistischen Alleinregierung übernommen, die argumentierte, daß ja den Schulden auf der Passivseite des Budgets Vermögenswerte, aber auch Forderungen an Darlehensnehmer gegenüberstehen. So plausibel sich das anhört, muß aus freiheitlicher Sicht doch eingewendet werden, daß

erstens die angehäuften Vermögenswerte auch für künftige Generationen nutzenstiftend und nicht nur Folgekosten verursachend sein müssen,

zweitens Forderungen an Darlehensnehmer auch lukriert und nicht in den Rauchfang geschrieben werden müssen und

Grabher-Meyer

drittens sämtliche Staatsausgaben, auch solche für Investitionen, selbstverständlich aus dem Sozialprodukt des Jahres zu bestreiten sind, in dem sie getätigt werden, einerlei, ob sie aus Steuern oder Krediten finanziert sind. Im Wege der Auslandsverschuldung kann höchstens erreicht werden, daß es nicht ausschließlich das heimische Sozialprodukt ist, aus dem die Staatsausgaben bestritten werden.

Meine Damen und Herren! Alle staatlichen Investitionen erfordern aber letzten Endes einen Konsumverzicht, denn um den Betrag der 1983 getätigten öffentlichen Investitionen und des öffentlichen Verbrauchs ist der private Konsum beziehungsweise die privaten Investitionen desselben Jahres geringer.

Öffentliche Investitionen rechtfertigen sich also letzten Endes nur durch den erzielbaren höheren Nutzen für die Gemeinschaft. Nur dadurch kann ein Konsumverzicht der Bevölkerung gerechtfertigt werden.

Wir Freiheitlichen haben in unserer Wahlplattform die Forderung unseres jetzigen Staatssekretärs Holger Bauer verankert, zur Wiedererlangung gesunder Staatsfinanzen unter anderem auch die von Wissenschaftlern des Wirtschaftsforschungsinstituts entwickelte Input-Output-Rechnung konsequent anzuwenden, um die zur Konjunkturbelebung einzusetzenden Mittel auf ihre Wirksamkeit zu prüfen.

Dies gilt natürlich vor allem für den Bereich der öffentlichen Investitionen, aber auch für die Maßnahmen der Wirtschaftsförderung.

Meine Damen und Herren der Österreichischen Volkspartei! Wir werden diese Input-Output-Rechnung auch bei den Förderungen für die verstaatlichte Industrie anwenden. Wir haben sie angewendet, wir haben sie zur Bedingung gemacht.

Wenn die Österreichische Volkspartei dieses Verstaatlichten-Konzept, dieses Strukturverbesserungskonzept nicht anerkennt, wenn man es abtut, dann bestreitet sie die Notwendigkeit einer Input-Output-Rechnung, dann bleibt sie nach wie vor in ihren konservativen Vorstellungen verhaftet, daß es unmöglich sei, in Österreich die verstaatlichte Wirtschaft, wenn auch nicht in einem Jahr und wenn auch nicht in fünf Jahren, aber durch die Anwendung einer Kosten-Nutzenrechnung dazu zu bringen, daß sie volkswirt-

schaftlich und betriebswirtschaftlich gesunden kann.

Dies sind wesentliche Voraussetzungen für die Förderung, die in Zukunft von der Freiheitlichen Partei als Forderung eingebracht werden müssen.

Wenn die Österreichische Volkspartei in ihren bisherigen Vorstellungen verhaftet bleibt, daß eine Kosten-Nutzenrechnung bei öffentlichen Investitionen, bei öffentlichen Förderungen nicht anzuwenden sei, dann leugnet sie in Zukunft, daß es möglich ist, auch im Verstaatlichtenbereich eine betriebswirtschaftlich bessere Politik zu machen. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Wenn jene Vorgangsweise, wie sie bisher in der Verstaatlichtenpolitik angewendet wurde, daß man Kosten-Nutzenrechnungen durch politische Einflußnahme, durch Hineinregieren in die Betriebe ersetzt hat, wenn das bei der Österreichischen Volkspartei Gültigkeit haben sollte, dann soll sie es sagen. Dann soll sie diesen Eiertanz nicht aufführen, dann soll man nicht versuchen, hier Inhalte durch lautes Getrommel und lautes Getöse zu ersetzen. Wir wissen, worum es Ihnen geht, weshalb Sie die Zustimmung zu dieser Verstaatlichtenförderung diesmal nicht geben konnten. Der einzige Grund liegt darin, daß Sie um Ihre Einflußsphäre, um Ihre Einflußmacht in der verstaatlichten Industrie fürchten.

Wir werden auch in Anwendung dieser Input-Output-Rechnung in der Folge die verschiedenen Förderungsinstrumentarien auf ihre Wirksamkeit überprüfen. Wir Freiheitlichen begrüßen, daß dies getan wird, wir meinen aber auch, daß in Hinkunft gerade bei öffentlichen Investitionen nicht nur die unmittelbaren Anschaffungskosten, sondern auch die gesamten Finanzierungskosten und die auflaufenden Folgekosten dem erzielbaren und möglichst quantifizierbaren Nutzen gegenübergestellt werden sollten.

Gerade die großen Investitionsvorhaben erfordern in dieser Hinsicht eine viel größere Transparenz als bisher. Für diese Transparenz werden wir Freiheitlichen uns in dieser sozial-liberalen Koalition einsetzen. Wir werden uns durch das Meckern und Nörgeln der Opposition nicht beirren lassen, meine Damen und Herren.

Welchen Einfluß diese Nörgelei aber auf das wirtschaftliche Klima hat, möchte ich durch folgende Beispiele erläutern.

Grabher-Meyer

Das WIFO stellt fest, daß die Bewohner dieses Landes seit einigen Monaten größere Anschaffungen tätigen, was teilweise auf die geplanten Maßnahmen der Bundesregierung zurückgeführt wird. Wie auch immer: Tatsache ist, daß der private Konsum weiterhin die wichtigste Stütze der Konjunktur ist, zur Freude der Unternehmen, deren Umsätze steigen.

Wir Freiheitlichen freuen uns jedenfalls über diesen positiven Effekt. Ich verstehe nicht, wie das die sogenannten Unternehmensvertreter mit Mißbehagen erfüllen kann, wie das momentan in Ihren verschiedensten Publikationen betont wird. Sie malen den Teufel der Rezession für 1984 an die Wand, behaupten, es gäbe jetzt nur Vorziehkäufe, bieten mit Ihrem hysterischen Krisengeschrei allen Einfluß auf, um Ihre Kammermitglieder vom Investieren abzuhalten trotz großzügigster staatlicher Förderungsmaßnahmen.

Das WIFO stellt fest, daß zum Beispiel die Industrie im Sommer wesentlich mehr produziert hat als im Vorjahr, daß die Arbeitsproduktivität eine markante Steigerung erfahren hat; im Juli um 10 Prozent, meine Damen und Herren. Diese positive Entwicklung müßte zu einer Festigung der Arbeitsplätze, ja sogar zu einer Einstellung neuer Arbeitskräfte führen, doch nein: die Beschäftigung geht weiter zurück, denn laut WIFO nützen manche Unternehmungen den saisonbedingten Abbau von Arbeitskräften zur Verringerung ihrer Belegschaft auf mittlere Sicht, womit im Winterhalbjahr ein weiterer Anstieg der Arbeitslosigkeit droht.

Wenn ich den unternehmerischen Interessensvertretungen auch nicht unterstellen möchte, daß sie ihre Mitglieder in diese Richtung beraten, so löst das Krisengeschrei doch ohne Zweifel Pessimismus und negative Absatzerwartungen bei manchen Unternehmen aus, was wiederum ihr Investitions- und Arbeitsmarktverhalten negativ beeinflusst. Und was hat die Opposition dagegen anzubieten, außer Schlagworten und Phrasen: Eine paradiesische Zukunft im Lande Utopia, wie es immer wieder versprochen wird mit dem „anderen Weg“, mit der „anderen Politik“, mit einer „Wende“ in der Politik. Damit gaukelt man den Menschen vor, allein mit solchen Phrasen imstande zu sein, eine bessere Politik für Österreich zu machen.

Gerade diese Budgetberatungen haben uns aber eindeutig aufgezeigt, daß es keine Alternative seitens der Österreichischen Volkspartei zu dieser Regierungspolitik gibt.

Denn wo sind denn die konstruktiven Vorschläge geblieben, außer daß man sich in Phrasen erschöpft hat?

Wenn irgendwo konstruktiv ein Problem angegangen wurde seitens der Österreichischen Volkspartei in diesen Beratungen, dann waren es Anträge, die zumindest eines nicht gebracht haben, was immer wieder von der Österreichischen Volkspartei als „Alternative“ zu dieser Budgetpolitik angeboten wurde: Einsparungen hätten diese Anträge nämlich nicht gebracht. Jeder Ihrer Anträge, meine Damen und Herren von der ÖVP, den Sie während der Budgetberatungen eingebracht haben, hätte mehr gekostet, ist ohne Bedeckungsvorschlag geblieben, weil Sie es verabsäumt haben, Ihr Wort zu halten, das Sie abgegeben haben vor den Wahlen, nach den Wahlen — Ihr Bundesparteiobermann wird ja nicht müde, es dauernd zu wiederholen —, daß Sie nämlich imstande wären, dieses Budget über Einsparungsmaßnahmen zu konsolidieren. Sie von der ÖVP sind diesen Beweis bis zum heutigen Tag schuldig geblieben! *(Zustimmung bei FPÖ und SPÖ.)*

Sie hätten, wenn wir Ihnen gefolgt wären, das Gegenteil bei dieser Budgetpolitik erreicht, daß nämlich das Defizit weiterhin ansteigen würde, was wir jedenfalls vermeiden wollen. Man kann Ihre Politik mit einem Wort bezeichnen: Es ist eine Politik der Luftballons, der bunten Vögel und der Lizitation.

Meine Damen und Herren! Wir Freiheitlichen peilen dagegen gemeinsam mit dem Koalitionspartner bereits das nächste Ziel an: Wir wollen eine umfassende, eine gerechte Steuerreform verwirklichen; die Vorarbeiten dafür haben bereits begonnen. Ziel dieser Generalreform ist ein gerechtes, ein einfaches und leistungsförderndes Steuersystem, das zum Rohstoff- und Energiesparen anregt, die Arbeitsplätze sichert und die Eigentumsbildung fördert. Wir werden dieses Ziel gemeinsam mit unserem Koalitionspartner beharrlich durchführen, wir werden es zu Ende führen. Wir lassen uns nicht beirren durch Seitenhiebe der Österreichischen Volkspartei.

Wir werden diese Paukenschlagpolitik, die die Österreichische Volkspartei angekündigt hat, nicht betreiben. Nein, wir gehen auch nicht den sozialistischen Weg, sondern wir haben bewiesen, daß wir zu einer Trendumkehr gemeinsam mit dem Koalitionspartner imstande sind.

Meine Damen und Herren von der Österrei-

Grabher-Meyer

chischen Volkspartei, auch wenn Sie es nicht gerne hören: Sie müssen zur Kenntnis nehmen, und wir können es Ihnen beweisen — die bisherige Budgetpolitik hat ja jährlich eine Zunahme der Defizite, sowohl Brutto- als auch der Nettodefizite gebracht —, daß dies beim Budget 1984 nicht mehr der Fall ist. Damit stellen wir gemeinsam mit unserem Koalitionspartner unter Beweis, daß wir zu einer Trendumkehr in der Budgetpolitik imstande sind. Nur Sie, meine Damen und Herren von der ÖVP, wollen das nicht wahrhaben. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)*

Ich verstehe schon Ihre Nervosität: Sie haben der Koalition erstmals ein Jahr gesetzt, dann haben Sie ihr zwei Jahre Bestand zugestanden. Meine Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, Sie werden zur Kenntnis nehmen müssen, daß Ihr Krisengeschrei zunehmend an Glaubhaftigkeit bei der Bevölkerung verliert. *(Abg. Dr. Graff: Und der Steger zunehmend an Glaubwürdigkeit gewinnt!)*

Jene Maßnahmen, die im Budget 1984 gesetzt wurden — das wird von der Bevölkerung zunehmend erkannt —, waren notwendig, waren Maßnahmen, die für die Zukunft Politik in Österreich möglich machen, die aber auch für die Bevölkerung in der gegenwärtigen Situation das Optimale bringt. Sie von der ÖVP werden es nicht wahrhaben wollen, wir wissen aber, daß die Menschen das in zunehmendem Maße verstehen.

Meine Damen und Herren! Österreich verfügt über ein kompliziertes wirtschaftspolitisches Instrumentarium, das wir Freiheitlichen zu schätzen wissen. Wohin wirtschaftspolitische Holzhammermethoden führen, wie sie uns von der ÖVP empfohlen werden, kann man an den Resultaten anderer Länder deutlich ablesen. Trotzdem darf man nicht verkennen, daß gerade ein kompliziertes Instrumentarium nicht nur Abnützungerscheinungen aufweisen, sondern auch verstärkt unter Störversuchen leiden kann. Nur ein positives Zusammenspiel aller Kräfte wird uns in die Lage versetzen, die wirtschaftlichen Kräfte Österreichs wirksam zu bündeln, um unsere Ziele gemeinsam zu erreichen.

Die Ziele stellen sich für uns dar in einer Steigerung der Leistungsbereitschaft, Anpassungsfähigkeit und Risikofreude der Wirtschaftstreibenden und ihrer Mitarbeiter, in der Stärkung der innovativen Kräfte zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit, in der forcierten Modernisierung und Umstrukturie-

rung veralteter Anlagen und Betriebe und in einer Inangriffnahme rasch wirksamer Umweltschutzmaßnahmen.

All diese Ziele müssen erreicht werden, damit wir dem Hauptziel näherkommen: Das Recht auf Arbeit darf nicht zur leeren Phrase verkommen, das Recht auf Arbeit ist ein Grundrecht, auf das die gesamte Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter Anspruch hat. Die zur Verfügung stehenden Arbeitsplätze müssen ein entsprechendes Einkommen bieten, damit auch die Nachfrage gesichert und der soziale Friede gewahrt werden kann.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zum Schluß kommen. Die freiheitliche Parlamentsfraktion wird die Bundesregierung bei ihren Bestrebungen, Hilfestellung für die von der Bevölkerung und Wirtschaft zu bewältigenden Probleme geben, tatkräftig unterstützen. Wir Freiheitlichen sagen ja zu dieser Budgetpolitik, weil sie konstruktiv, weil sie ausgewogen ist, weil sie aktiv ist und weil sie sich an den Problemen der heutigen Zeit orientiert; deshalb werden wir diesem Budget unsere Zustimmung geben. *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)* 10.58

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Löffler.

10.59

Abgeordneter Dkfm. **Löffler** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! 9 000 S wird jeder erwerbstätige Österreicher im nächsten Jahr zusätzlich an Steuern, Gebühren und Tarifen zahlen müssen. Die 30 Milliarden Schilling, die der Staat den Bürgern abnimmt, werden jedoch nicht zur Schaffung neuer Arbeitsplätze und zur Stärkung der Wirtschaft verwendet, sondern sie werden ausschließlich verwendet zum Schuldenzahlen und zur Finanzierung neuer Defizite.

Wenn der führende Industrielle, der Herr Klubobmann Wille nach seinem Amtsantritt gratuliert hat zu der Aussage, daß das Budgetdefizit 1984 in einem Rahmen von 95 Milliarden Schilling gehalten werden könne, so hat dieser Industrielle wahrscheinlich noch nicht gewußt, daß es nicht nur ein Maßnahmenpaket geben wird, sondern ein Belastungspaket, in dem die 2 Milliarden Schilling, die als Maßnahmen zugunsten der Wirtschaft gegeben wurden, in Wirklichkeit durch die letzte Etappe der Arbeiterabfertigung, die 1984 in Kraft tritt und, daß durch die erste Etappe der Urlaubsverlängerung, die ebenfalls ab 1. Jän-

Dkfm. Löffler

ner 1984 in Kraft tritt, mehr als wettgemacht werden. Von den zusätzlichen 14 Milliarden Schilling an Belastungen, die in diesem Paket für die Wirtschaft enthalten sind, hat er sicherlich auch nichts gewußt.

Der Herr Klubobmann Wille hat einbekannt, daß dieses Belastungspaket Beschäftigungsprobleme bringen wird, daß die Inflationsrate erhöht werden wird, und er hat auf ein Beispiel in Dänemark hingewiesen, wo ihm seine dänischen Gewerkschaftskollegen die triste Lage auf dem dänischen Arbeitsmarkt vor Augen geführt haben. Ich glaube aber, Herr Klubobmann Wille hat vergessen, daß diese vielen, vielen Arbeitslosen, die der dänischen Regierung und dem dänischen Volk nun so viel Geld kosten, in den langen, langen Jahren einer sozialistischen Regierung entstanden sind, denn Konservative regieren erst seit Juni dieses Jahres in Dänemark, und die müssen jetzt das ausbaden, was die Sozialisten dort angerichtet haben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Grabher-Meyer nur ein einziges Wort: Wenn er meint, die Österreichische Volkspartei setze keine Alternativen, so hat er offensichtlich den Entschließungsantrag, den der Herr Abgeordnete Kohlmaier eingebracht hat, überhört. Ich möchte diesen nicht wiederholen, denn der Kollege Grabher-Meyer kann diesen jederzeit nachlesen. Aber zu sagen, es werden keine Vorschläge gemacht, ich glaube, dieser Vorwurf geht doch sehr an den Tatsachen vorbei. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Es wurden heute schon vom Hauptredner der Sozialistischen Partei negative Auswirkungen zugegeben, und neben diesen vielen Auswirkungen, die es sicherlich geben wird, denke ich, daß die gefährliche Entwicklung einer Zweiteilung Österreichs, einer Zweiteilung in Gebiete mit einer ausreichenden Beschäftigung und in Gebiete mit einer hohen Arbeitslosigkeit durch diese Maßnahmen verstärkt werden wird.

Es gibt in der Regionalpolitik unbestrittene und anerkannte Inhalte, nämlich, die Einkommens- und Wohlstandsunterschiede auszugleichen und allen Staatsbürgern annähernd gleiche Chancen zu geben. Der damalige Bundeskanzler Kreisky hat 1972 noch sehr optimistisch formuliert, er hat damals gesagt, es dürfe in Österreich der Zustand einer regionalen Ungleichheit in den Lebensbedingungen der Bevölkerung, in den Erwerbs-, Bildungs-

und Aufstiegschancen nicht länger fortbestehen.

In der Regierungserklärung vom 31. Mai dieses Jahres, die 78 Seiten umfaßt, sind der Regionalpolitik lediglich sechs Zeilen gewidmet. Es ist nur vermerkt, daß die Bundesregierung die Regionalpolitik als ein der Verfassung eines kooperativen Bundesstaates entsprechendes Instrument ansieht.

Weiters hat Bundeskanzler Sinowatz in der Regierungserklärung erklärt:

„Bei der Anwendung des regionalpolitischen Instrumentariums werden von der Rezession besonders betroffene periphere und entwicklungsschwache Räume erhöhte Priorität haben.“

Meine Damen und Herren! Das leuchtet vielleicht im ersten Augenblick ein, bei näherer Betrachtung aber stellt es eindeutig ein Einbekenntnis des Scheiterns der Zielsetzungen der sozialistischen Regierung dar. In Wahrheit, meine Damen und Herren, ist dieser Satz die „Stunde Null“ in der Regionalpolitik. Diese „Stunde Null“ in der Regionalpolitik zeichnet sich ab in der Regierungserklärung, im SPÖ-Wirtschaftsprogramm, in welchem von Regionalpolitik nichts zu lesen ist, aber auch in der Budgetrede des Finanzministers, in der die Regionalpolitik nicht einmal erwähnt ist. Natürlich ist diese Politik in den letzten Monaten um einiges schwieriger geworden. Wir alle spüren ja diesen Prozeß der Zweiteilung Österreichs, der in den letzten Jahren sehr munter fortgeschritten ist.

Die Arbeitslosenziffern zeigen ein gigantisches Ost-West-Gefälle. In Zwettl im Waldviertel hat die Arbeitslosenrate im Februar 16,5 Prozent betragen, in Waidhofen an der Thaya 12,1 Prozent. Im Burgenland entfallen auf eine offene Stelle 11,1 Arbeitslose, in Vorarlberg sind es nur 2,7 Arbeitslose.

Meine Damen und Herren! Die regionalen Einkommensunterschiede haben sich seit 1970 ganz erheblich verschärft, und die Abwanderung aus den Problemgebieten geht leider Gottes immer weiter. Zuständig für die Erreichung der von der Bundesregierung gesteckten Ziele ist der Bundeskanzler. Er hat dafür zu sorgen, daß es diesen Ausgleich von Einkommens- und Wohlstandsunterschieden gibt.

Der Vorgänger des jetzigen Bundeskanzlers hat dieses Ziel nicht erreicht. Im Gegenteil! Wir wissen heute, daß in vielen Regionen

Dkfm. Löffler

die Probleme noch größer geworden sind — trotz großzügiger, trotz wohlklingender Aussagen vom „breiten Gürtel des Wohlstandes“, der sich entlang der toten Grenze hinziehen soll. Das Herz Kreiskys hat in Wirklichkeit immer den Großprojekten in den Ballungsräumen gehört. Jeder, der anders dachte — wir haben das wiederholt erlebt —, wurde eines kleinkrämerischen Geistes geziehen, und diese Haltung hat natürlich auf viele verantwortliche sozialistische Funktionäre abgefärbt.

Bundeskanzler Sinowatz hat nun die große Chance, etwas zu ändern. Der Bundeskanzler könnte den vielen fleißigen und tüchtigen Staatsbürgern im ländlichen Raum, den Beschäftigten in den von Strukturschwächen geschüttelten traditionellen Industriegebieten signalisieren: Ab jetzt gibt es, statt wie bisher nur schöne Worte, endlich Taten, Taten, die in schwierigen Zeiten zwar bescheiden sein können, aber es könnte doch ein Signal gesetzt werden, das Vertrauen bringen würde.

Ich bin mit dem Herrn Klubobmann Wille vollkommen einer Meinung, als er gesagt hat: 50 Prozent der wirtschaftlichen Entwicklung ist Psychologie. Wir wissen heute, daß die wirtschaftliche Entwicklung wesentlich von den Erwartungen abhängt, und nur wenn alle Vertrauen haben, meine Damen und Herren, wenn alle Vertrauen in die Wirtschaftspolitik haben, dann sind die Leute auch bereit, für die Zukunft zu investieren und damit Arbeitsplätze zu schaffen.

Ganz besonders gilt das natürlich für die benachteiligten Regionen, weil durch diese Fülle von Standortnachteilen, die die Unternehmen in diesen Regionen sowieso haben, diese ja schon sehr schwer konkurrenzfähig sind und sie sich daher jede wirtschaftliche Maßnahme doppelt und dreifach überlegen müssen.

Aber jetzt in diesem Budget wird in der Regionalpolitik nichts anderes angeboten — ich sage das mit Bedauern — als der Satz: Das Instrumentarium wird in den von der Rezession besonders betroffenen Räumen angewendet.

Meine Damen und Herren! Diese Aussage stellt eine ganz herbe Enttäuschung für alle österreichischen Entwicklungsräume dar, für Entwicklungsräume, die vielleicht jetzt deshalb nicht so arg von der Rezession betroffen sind, weil sie auch niemals an der Konjunktur so richtig teilgenommen haben.

Ich lebe in einer solchen Region. Meine Damen und Herren, wir fragen uns, ob es wirklich die Wirtschaftspolitik der sozialistischen Regierung sein kann, nunmehr der sozialistischen Koalitionsregierung, daß wir uns mit einem doppelten oder dreifachen Umverteilungsprozeß herumschlagen müssen. Einerseits wird durch die Steuerpolitik die Kaufkraft abgeschöpft; die Betriebe — besonders in den Problemregionen — werden geschwächt. Es findet außerdem noch eine zusätzliche Umverteilung der Steuergelder zugunsten des Bundes und zum Nachteil der Länder und Gemeinden statt.

Wenn der Herr Klubobmann Wille gemeint hat, man vergesse, daß von den 12 Milliarden Mehreinnahmen bei der Mehrwertsteuer 4 Milliarden Schilling die Länder und Gemeinden zurückbekommen, so stimmt das sicherlich, wir stellen aber fest, daß gerade die Steuern, an denen der Anteil des Bundes besonders hoch ist, immer überproportional erhöht werden und Senkungsmaßnahmen dort gesetzt werden, wo die Anteile der Länder und Gemeinden besonders hoch sind.

Ich kann Ihnen ein besonderes Beispiel bringen, Herr Staatssekretär: die Änderung des Familienlastenausgleichsgesetzes. Hier wird ein Betrag, ein Überweisungsbetrag aus dem Einkommensteueraufkommen von 7,2 Milliarden Schilling auf 10,5 Milliarden Schilling aufgestockt, das sind 3,3 Milliarden Schilling. Weil dieser Ertrag abgezogen wird, bevor im Finanzausgleich die Verteilung erfolgt, zahlen von diesen 3,3 Milliarden Schilling nachweislich — ohne daß jemand darüber redet — 1,5 Milliarden Schilling die Länder und die Gemeinden.

Das ist ein Umverteilungsprozeß, meine Damen und Herren, der ständig stattfindet und immer ärger wird.

Andererseits findet aber trotz dieses Umverteilungsprozesses zu Ungunsten der Länder und Gemeinden keine Rückverteilung über die Förderungspolitik in dem Maße statt, wie wir es wünschen. (*Staatssekretär Dkfm. Bauer: Bekommen die Länder und Gemeinden mehr oder weniger aus dem Maßnahmenpaket?*) Herr Staatssekretär! Diese Rückverteilung findet nicht statt, weil von dieser Regierung die Großprojekte in den Ballungszentren eindeutig gefördert werden und weil die Benachteiligung der Klein- und Mittelbetriebe trotz aller Versprechungen automatisch auch eine Benachteiligung der ländlichen Region sein muß.

1800

Nationalrat XVI. GP — 22. Sitzung — 30. November 1983

Dkfm. Löffler

Jetzt, in der Stunde Null der Regionalpolitik, wie ich es bezeichnen möchte, das muß zumindest aus der Regierungserklärung, aus der Budgetrede und aus dem Budget geschlossen werden, wäre die Möglichkeit, etwas anderes zu tun. Man muß das allein deswegen daraus schließen, weil im Budget 1984 nicht einmal die Mittel für die Arbeitsplatzförderung für das Waldviertel, das Weinviertel und Niederösterreich Süd in dem Maße enthalten sind, in dem die Vereinbarung im Staatsvertrag mit dem Land Niederösterreich abgeschlossen wurde.

Diese Beträge sind nicht einmal im Budget vorgesehen, dazu die Aussage des Herrn Bundeskanzlers: Wenn wir es brauchen, werden wir es schon irgendwie kriegen — ich glaube, meine Damen und Herren, so schaut eine Vertragstreue eigentlich nicht aus, zumindest können wir es uns nicht vorstellen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Vielleicht ist es so — aber dann müßte man auch darüber nachdenken —, daß die Förderungsvoraussetzungen vielleicht nicht mehr dem tatsächlichen Bedarf entsprechen. Es ist durchaus denkbar, daß hier ein Umdenken erfolgen müßte.

Ich ziehe daraus, meine Damen und Herren, drei Schlußfolgerungen:

Erstens: Regionalpolitik muß Vorrang in der Politik haben, sie darf sich nicht auf Maßnahmen der Länder beschränken.

Zweitens: Regionalpolitik ist einer der wichtigsten Teile in der Wirtschaftspolitik, und die Wirtschaftspolitik muß einfach deutliche regionalpolitische Akzente aufweisen und nicht eine Strukturkonservierung.

Und drittens: Nur mutige Strukturalternativen bringen neue regionale Wirtschaftsimpulse.

Der Herr Bundeskanzler ist zuständig für die Regionalpolitik. Mir ist vollkommen klar, er kann sie nicht allein machen, aber er ist das Regierungsmitglied, das diese regionalpolitischen Maßnahmen zu koordinieren hat. Und meiner Meinung nach müßte jeder Minister in diese regionalpolitischen Überlegungen einbezogen werden, und jeder müßte lernen, wenn er es noch nicht kann, auch regionalpolitisch zu denken.

Es könnte hier jeder Ressortchef fündig werden und eine Menge neuer Ideen wären zu entwickeln.

Wenn sich der Herr Altbundeskanzler Kreisky ein Konferenzzentrum gewünscht hat, so hat er dieses bekommen, obwohl Millionen dagegen waren.

Wenn er sich eine Autofabrik gewünscht hat, dann hat er sie bekommen, aber, meine Damen und Herren, ein Biospritprojekt oder eine Ölmühle, die gibt es bis heute nicht, obwohl durch diese Maßnahmen weite Gebiete wirtschaftlich gestärkt werden könnten, aber dafür gibt es ja keine Zuständigkeit beim Herrn Bundeskanzler. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der Herr Bundeskanzler kommt ja selbst aus einem wirtschaftlichen Problemgebiet. Er müßte das ja wissen, und ich bin selbst Zeuge dafür, meine Damen und Herren, und ich gestehe das, als Unterrichtsminister hat er durchaus Verständnis für regionale Anliegen gehabt. Es wundert mich deshalb, warum das jetzt in der neuen Funktion nicht so ist in dem Ausmaß, wie man sich das vorstellen könnte. Zumindest hat diese Haltung, die er an den Tag gelegt hat, nicht im Budget Niederschlag gefunden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Warum schaut zum Beispiel der Herr Bundeskanzler zu, ich weiß, daß ich jetzt vielleicht etwas Provokantes sage, warum schaut er einfach zu, daß eine Verwaltungsburg nach der anderen in Wien gebaut wird? Kommt denn niemand auf die Idee, daß so etwas auch woanders möglich ist? Ich möchte gar nicht sagen auf dem Lande, aber auch dort wäre es möglich.

Sie schauen doch immer so gerne ins Ausland, meine sehr geehrten Damen und Herren von der Regierung, wenn der Vergleich zu unseren Gunsten ausgeht. Tun Sie doch das auch in diesem Fall und schauen Sie einmal nach: Wie machen das andere Länder? Die Behördendeszentralisierung ist in vielen europäischen Ländern als eine sehr wichtige Möglichkeit angesehen, mehr Arbeitsplätze in regionale Zentren des ländlichen Raumes hineinzubringen.

In einigen Ländern ist das über das Entwicklungsstadium sehr weit hinaus gediehen. In Großbritannien gibt es das seit den sechziger Jahren — also gar nicht unter der Regierung der konservativen Thatcher —, in den Niederlanden werden öffentliche Dienststellen von Den Haag in den Norden und Süden verlegt, und in Schweden ist man dabei, meine Damen und Herren, 25 Prozent der in den staatlichen Einrichtungen Tätigen jetzt in Gebiete mit Arbeitsplatzdefiziten zu verlegen,

Dkfm. Löffler

und in der Bundesrepublik Deutschland gibt es in 30 verschiedenen Standorten Bundesdienststellen.

Meine Damen und Herren! Warum ist das denn bei uns nicht möglich, warum kann man nicht darüber nachdenken? Jedes Regierungsmitglied kann sehr viel dazu tun. Der Bundeskanzler muß sie meiner Meinung nach nur dazu bringen, daß sie es tun.

Warum spricht er nicht mit dem Verkehrsminister, daß nicht nur Schnellbahnen dankenswerterweise in Problemregionen gebaut werden? Warum bringt er ihn nicht dazu, daß er mit seinen Leuten, mit seinen Fahrplanleuten redet, daß sie auch Fahrpläne machen, daß diese Bahnen attraktiver werden, daß man nachdenkt, daß die Tarife auf Kurzstrecken vielleicht nicht ganz stimmen können und deswegen manchmal die Bahn nicht angenommen wird, und daß es immer sehr mühsam ist bei Verkehrsverbundregelungen?

Wir wollen doch, daß sich diese Investitionen bezahlt machen und nicht Investitionen sind, die unnötig getan wurden.

Warum spricht er nicht einmal mit dem Wissenschaftsminister, ist es denn so unmöglich, Universitätsinstitute, Forschungseinrichtungen in den ländlichen Raum zu verlegen? Es gibt doch viele internationale Beispiele, nicht nur in Europa, auch woanders.

Der Unterrichtsminister hat ja viele Schulen gebaut und hat hier sehr viel regionales Verständnis, regionalpolitisches Verständnis bewiesen.

Ist es denn wirklich notwendig, daß die Absolventen dieser guten Schulen jetzt einfach immer wieder in ein Ballungszentrum gehen müssen, kann man sich nicht bemühen, Möglichkeiten zu schaffen, daß sie auch eine ihrer Ausbildung entsprechende Arbeit in diesen Räumen finden?

Ja warum sagt er nicht dem Justizminister einmal: Lassen Sie doch endlich einmal die Bezirksgerichte in Ruhe? Warum fangen Sie jetzt an, bei den Arbeitsgerichten im ländlichen Raum eine weitere Verschlechterung der Infrastruktur vorzunehmen?

Natürlich, meine Damen und Herren, wird es Widerstände geben, das ist ja vollkommen klar, aber ich glaube — und das ist auch heute gesagt worden vom Herrn Klubobmann Wille —, man muß nur wollen. Ich bin wieder ein-

mal seiner Meinung: Wenn man will, dann geht wirklich vieles.

Mir hat es halt gefallen, daß der Herr Bundeskanzler im Ausschuß gesagt hat: Jawohl, man muß Mut haben, andere Wege in der Regionalpolitik zu suchen! — wörtlich hat er das gesagt. Und er hat auch gesagt, wir nehmen die Hilfe für Problemregionen sehr ernst. Ich würde ihm, meine Damen und Herren, wirklich gerne glauben, ich kann es nur nicht ganz, wenn ich mir das Belastungspaket anschau, wo Tausende Pendler aus diesen Problemgebieten bis 70 Prozent mehr Kraftfahrzeugsteuer zahlen müssen. Was nützt die ganze Pendlerbeihilfe, die das Land Niederösterreich jetzt geben wird, wenn viel mehr, als diese Hilfe geben kann, durch neue steuerliche Maßnahmen wieder wettgemacht wird. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es werden auch die Probleme nicht gelöst, wenn der Herr Landeshauptmann Wagner glaubt, daß man die Pendlerfahrzeit in die Arbeitszeit einrechnen sollte. Ich glaube, ich brauche das nicht näher zu erläutern, wie sich eine solche Maßnahme auswirken würde, bei einem Pendler aus dem nördlichen Weinviertel, der oft mindestens drei Stunden täglich an Fahrzeit zur Arbeitstätte hat.

Wenn der Straßenverkehrsbeitrag um 50 Prozent angehoben wird, meine Damen und Herren, das sind empfindliche Kostenenerhöhungen für das Güterbeförderungsgewerbe, die sich natürlich auswirken.

Ich bin überzeugt, daß die ganze Palette der Mehrwertsteuererhöhungen das so schwierige Nahversorgungsproblem nur noch verschärfen wird. Ganz abgesehen davon, daß die Mehrwertsteuer auf die Energielieferungen in drei Jahren um 150 Prozent angehoben worden ist, eine Maßnahme, die ja hauptsächlich die Ärmsten treffen wird.

Der Herr Klubobmann Wille hat gemeint, von der steuerlichen Entlastung werde nicht gesprochen. Es sei nämlich kein Belastungspaket, es sei ein Maßnahmenpaket, weil nicht nur Steuererhöhungen vorgesehen seien, sondern auch Steuerentlastungen.

Meine Damen und Herren! In der Regierungserklärung ist wirklich ein Satz drinnen, der besagt, daß die Wettbewerbsfähigkeit der Klein- und Mittelbetriebe gestärkt werden müßte. Als Maßnahme dafür soll die Abschaffung der Gewerbekapitalsteuer in drei Etappen dienen. Wer weiß denn aber, meine Damen und Herren — oder hat sich das

1802

Nationalrat XVI. GP — 22. Sitzung — 30. November 1983

Dkfm. Löffler

jemand überlegt? —, daß 54 Prozent des Gewerbekapitals in Österreich von 326 Unternehmen gehalten wird? Das heißt doch, daß die überwiegende Zahl und gerade die Klein- und Mittelbetriebe von dieser Maßnahme überhaupt nichts profitieren werden.

Die Vermögensteuer wird um 10 Prozent gesenkt. Wer denkt denn daran, daß im Jahre 1977 die Vermögensteuer für das betriebliche Vermögen um stolze 25 Prozent erhöht wurde und diese 10 Prozent ja nur eine geringfügige Korrektur der seinerzeitigen Maßnahmen darstellen? Meine Damen und Herren! Das sind meiner Meinung nach keine neuen Wege, zu denen Mut gehört. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der Herr Bundeskanzler hat im Ausschuß gesagt, er glaube auch, daß das Instrumentarium zu überdenken sei. Ich glaube nur, meine Damen und Herren, daß das bald geschehen müßte, wenn er dieser Meinung ist, weil es sonst vielleicht in manchen Bereichen zu spät ist und es dann zu einem Freispruch der Regierung kommen könnte, nämlich: die Regierung ist unschuldig, sie hat nichts getan.

Der Herr Klubobmann Wille hat auch die Einigkeit angeschnitten. Ich glaube, daß die Frage der Regionalpolitik eine Möglichkeit wäre, Einigkeit zu erzielen über den Koalitionspakt hinaus, weil es ein Anliegen ist, das ja die gesamte Bevölkerung betrifft.

Mit dem Belastungspaket, meine Damen und Herren, wissen nämlich die Betriebe in den Problemregionen jetzt, daß den verbalen Bekenntnissen zum Mittelstand eigentlich Maßnahmen folgen, die vollkommen entgegengesetzt sind. Jeder hat das Gefühl, hier stimmt irgend etwas nicht, hier fehlt es an der Koordination, hier fehlt es an der Offensivstrategie. Seit 1975, meine Damen und Herren, sind hunderttausend industrielle Arbeitsplätze in Österreich weniger. 90 Prozent von diesen hunderttausend entfallen auf regional benachteiligte Gebiete. Ich weiß, Sie wollen vom Kurswechsel nichts hören, ich kann es Ihnen aber nicht ersparen festzustellen, meine Damen und Herren: Mit der bisherigen Politik haben wir nichts erreicht, und es muß einfach aus den dargelegten Gründen eine andere Art von Politik gemacht werden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Es muß, meine Damen und Herren, eine neue Beschäftigungsoffensive eingeleitet werden mit dem Ziel, neue Arbeitsplätze zu den Menschen zu bringen. Dieses Ziel kann nur durch eine neue Gründungswelle im Bereich

der Klein- und Mittelbetriebe als wirtschaftliche Kristallisationspunkte erreicht werden. Das kann nur erreicht werden durch eine Schwerpunktverlagerung von der direkten zur indirekten Investitionsförderung. Der Bundeskanzler möchte Mut beweisen zu neuen Wegen in der Regionalpolitik. Ein Teil dieser neuen Wege, meine Damen und Herren, ist in einem Entschließungsantrag enthalten, den ich namens meiner Fraktion nunmehr vorbringen möchte.

Entschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, endlich wirksame Maßnahmen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze in den regionalen Problemgebieten vorzunehmen. Diese Maßnahmen sollten unter anderem folgende sein:

a) Erhöhung des Investitionsfreibetrages und der Investitionsprämie in den benachteiligten Regionen von 20 Prozent auf 30 Prozent beziehungsweise von 8 Prozent auf 12 Prozent.

b) Befristete Einräumung von steuerlichen Begünstigungen für Betriebsgründungen in benachteiligten Gebieten insbesondere bei Klein- und Mittelbetrieben (Drittelförderung für neue Betriebe in Problemgebieten).

c) Steuerliche Einstellungs- und Ausbildungsprämien für Jugendliche in den regionalen Problemzonen.

d) Bereitstellung erhöhter Investitionsförderungsmittel (AIK-Kredite) für den ländlichen Raum insbesondere für Infrastrukturmaßnahmen und die Verbesserung der ländlichen Bausubstanz (Dorferneuerung).

Meine Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion! Wenn Sie den Mut zu neuen Wegen wirklich haben — und das erwartet eigentlich die Bevölkerung von Ihnen —, dann stimmen Sie diesem Entschließungsantrag zu. *(Beifall bei der ÖVP.)* 11.26

Präsident Mag. **Minkowitsch:** Der soeben verlesene Entschließungsantrag ist genügend unterstützt und steht daher mit in Verhandlung.

Als nächster zum Wort gemeldet ist die

Präsident Mag. Minkowitsch

Frau Abgeordnete Dr. Jolanda Offenbeck.
Ich erteile es ihr.

11.26

Abgeordnete Dr. Jolanda **Offenbeck** (SPÖ): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Das Budget 1984 ist ein verantwortungsvolles Budget in zugegeben schwierigen wirtschaftlichen Zeiten. Und wir werden, Herr Abgeordneter Löffler, unseren Kurs nicht ändern und einen Weg in eine ungewisse Zukunft gehen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Herr Abgeordneter Löffler! Gott sei Dank gibt es eine Zweiteilung Österreichs nicht. Österreich ist ein festgefügtter Bundesstaat, der überall in der Welt respektiert wird. Natürlich gibt es unterschiedliche regionale Probleme, und natürlich sehen die Probleme in der Obersteiermark etwa anders aus als teilweise in Wien. Aber das ist einer Ihrer alten Wege: Sie wollen wieder einmal einen Keil zwischen Wien und die Bundesländer treiben, und das werden wir nicht zulassen! *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Herr Abgeordneter Löffler! Es wäre verantwortungslos, die Augen davor zu verschließen, daß sich die wirtschaftliche Situation in der Welt keineswegs bessert. Das ist traurig, aber es ist nun einmal so.

Auch der deutsche Altbundeskanzler Schmidt hat erst kürzlich in seinem Vortrag in Wien sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, daß mit einer Erholung der Wirtschaft in nächster Zeit nicht zu rechnen ist. Die Wirtschaftsforscher sagen voraus, daß das Heer der Arbeitslosen in der Welt noch weiter ansteigen wird, daß die niedrigen Wachstumsraten der Wirtschaft weltweit anhalten, die Budgetdefizite in aller Welt weiter steigen und sich immer mehr Wirtschaftsräume mit protektionistischen Maßnahmen absichern werden. Und in vielen Staaten der Welt wird auch die Inflation nicht zum Stillstand kommen. Das ist nun einmal die Situation.

Gemessen an dieser Weltwirtschaftssituation befindet sich eben Österreich in einer weitaus besseren Situation. Die Teuerungsrate, die im Jahre 1980 noch bei 6 Prozent lag, ist von Jahr zu Jahr gefallen und beträgt heuer rund 3,2 Prozent. Das ist international gesehen im Vergleich zu den anderen europäischen Staaten eine außerordentlich niedrige Inflationsrate. Das ist ein großer Erfolg österreichischer Politik in der Gegenwart und läßt auch für die Zukunft Gutes erwarten. Das sollten wir doch einmal anerkennen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Auch unsere Arbeitslosenrate, die im November bei 4,7 Prozent liegt, ist niedriger als in vielen anderen Staaten.

Wir müssen uns jedoch — und das hat auch der Herr Abgeordnete Taus wiederholt gesagt — bei der gegenwärtigen Weltwirtschaftslage darauf einrichten, mit der Krise zu leben, das heißt Vorsorge zu treffen, daß negative Wirtschafterscheinungen die Österreicher nicht mit voller Wucht treffen. Und das tun wir mit diesem Budget! *(Beifall bei der SPÖ und bei Abgeordneten der FPÖ.)*

Die Erstellung eines Budgets in anhaltenden wirtschaftlichen Krisenzeiten muß — das wissen doch alle — anders erfolgen als in Zeiten der Hochkonjunktur. Die Bundesregierung hat das auch nicht verschwiegen und hat bereits in der Regierungserklärung gesagt, daß sie den Staatshaushalt konsolidieren will. Zur Erreichung dieses Ziels sind im Budget 1984 einerseits Einsparungen von rund 10 Milliarden Schilling und andererseits Tarif- und Steuererhöhungen vorgesehen.

Diese Maßnahmen machen uns allen keine Freude. Wenn wir aber wollen, daß wir zum Wohl der Menschen wirken und daß die Demokratie keinen Schaden erleidet, dann müssen wir über Jahresbudgets und über Legislaturperioden hinaus denken, dann ist es auch nicht möglich, nur populäre Maßnahmen zu treffen. Als Politiker ist es geradezu unsere Aufgabe und unsere Pflicht, den Menschen auch unpopuläre Maßnahmen verständlich zu machen.

Unverantwortlich ist es aber — und das tut die Opposition —, unentwegt die Menschen unnötig zu beunruhigen. *(Abg. Dr. Graff: Beunruhigen tut die Menschen die Regierung!)* Ihre Aufgabe wäre es eigentlich, positive Vorschläge zu machen und die Regierung sehr verantwortungsbewußt zu kontrollieren. Opposition heißt ja auch, Kontrollfunktion ausüben. *(Abg. Dr. Graff: Danke!)*

Wir müssen die Situation realistisch beurteilen und danach handeln. Ich bin davon überzeugt, daß die Menschen in Österreich bereit sind, Maßnahmen zur Sicherung des Budgets in Kauf zu nehmen, damit ihr Lebensstandard weitgehend erhalten bleibt.

Sicher ist die generelle Erhöhung der Mehrwertsteuer nicht erfreulich, wird sie doch alle Menschen — alle, arm und reich — in Österreich treffen. Aber das ist eben der Preis dafür, daß die Einführung der Zinsertragsteuer bei Ihnen und auch bei der Bevölke-

Dr. Jolanda Offenbeck

rung auf großen Widerstand gestoßen ist. Davor können wir die Augen nicht verschließen.

Aber wir müssen natürlich auch auf unsere Zinspolitik Rücksicht nehmen. Zinspolitik ist ein sehr sensibles Instrument, das der Finanzminister mit großer Vorsicht einsetzt. Und mit 7,5 Prozent ist die Zinsertragsteuer sicher sehr maßvoll angesetzt.

Dabei war sicher auch der Gedanke ausschlaggebend, daß die Sparneigung der Menschen nicht abnehmen darf. Aus einer Studie wissen wir, daß der Sparwille in Österreich im nächsten Jahr wieder weiter zunehmen wird. Auch das ist ein erfreulicher Aspekt für die gesamte Wirtschaft, den wir anerkennen müssen. *(Beifall bei der SPÖ und bei Abgeordneten der FPÖ.)*

Wir werden den Menschen in Österreich auch sagen, daß ihr Verzicht auf die Wohnungsbeihilfe von 30 S dem Staatshaushalt 1,3 Milliarden Schilling bringt, die zur Schaffung von Arbeit eingesetzt werden können. Seit Jahren wurde immer wieder der Vorschlag gemacht, diesen Betrag endlich so einzusetzen, daß damit Sinnvolles geleistet werden kann. Diese Regierung hat endlich den Mut, dieses Relikt einer Wohnungsbeihilfe abzuschaffen.

Wir alle sind daran interessiert, daß das Budgetdefizit im Jahr 1984 nicht noch größer wird. Wir wissen, daß die Mehrwertsteuer leider nicht immer bezahlt wird. Wir hoffen, daß die Steuermoral besser wird. Wir müssen in Österreich zu einer Steuermoral kommen, wie sie die Vereinigten Staaten schon lange haben. Dort gelten nämlich Steuerdelikte nicht als Gentleman-Delikte.

Es geht uns bei diesem Budget darum — vor allem darum —, Beispielhaftes in Österreich zu erhalten, die Arbeitslosenrate möglichst niedrig zu halten und den Menschen auch in Zukunft das soziale Netz und die Pensionen zu sichern.

Meine Damen und Herren! Erst kürzlich hat der Sozialminister bei einer Enquete über die Reform des Pensionsrechtes berichtet. Er hat darauf hingewiesen, daß es nötig sein wird, die Beiträge zur Pensionsversicherung geringfügig zu erhöhen, und er hat deutlich gemacht, daß die Pensionisten in Zukunft nur mit Pensionserhöhungen rechnen könnten, die den Vertragsabschlüssen der Aktiven entsprechen. *(Abg. Dr. Kohlmaier: Das ist ja etwas Altes!)*

Wenn also die Metallarbeitergewerkschaft einen Lohnabschluß von rund 3 Prozent aushandelt, dann wird es voraussichtlich in Zukunft nicht mehr möglich sein, daß die Pensionen zur gleichen Zeit um 4 Prozent erhöht werden, wie das mit 1. Jänner 1984 geschieht. Wir freuen uns darüber. *(Abg. Dr. Schwimmer: Die Erhöhung erfolgt ja mit einem Jahr Verzögerung!)*

Es ist erfreulich, daß unsere älteren Menschen nicht Angst haben müssen, daß ihre Pensionen gekürzt werden. *(Abg. Dr. Kohlmaier: O ja! Die haben viel Angst!)*

Ich freue mich darüber, daß der Sozialminister offenbar auch nicht daran denkt, die Witwenpensionen zu kürzen. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)* Wir wissen, daß die Frauen in den schlechtesten Einkommensgruppen liegen und daß sie immer eine Doppel- oder Dreifachbelastung — nämlich Beruf, Haushalt und Kindererziehung — zu tragen haben. Das steht außer Streit.

Statistiken über Altersversorgungen, etwa Vergleiche der Männer- und Frauenpensionen, belegen eindeutig, daß die Frauen schlechter dran sind. Ursache dafür sind einerseits die vielen Berufsunterbrechungen, oft hervorgerufen durch Kindererziehung, und ihre noch immer geringere berufliche Qualifikation.

Aber, meine Damen und Herren, es soll nicht der Eindruck entstehen, als ginge es mir nur um die Frauen. Es liegt mir daran, die Probleme der älteren Generation insgesamt ein bißchen auszuleuchten. Wir Frauen, in deren Hand überwiegend die Betreuung alter Menschen liegt — sei es im Beruf, sei es im Haushalt als Hausfrau und Bäuerin —, beschäftigen uns eben intensiver mit unseren Senioren, weil wir im engeren und ständigen Kontakt mit den älteren Mitbürgern stehen. Das ist auch der Grund, daß ich mich ermächtigt fühle, mich mit dieser Problematik ein bißchen eingehender auseinanderzusetzen.

Mir ist wohl bewußt, daß es heute nicht modern ist, sich mit dem Problem der älteren Generation auseinanderzusetzen. Ich fühle mich aber verpflichtet dazu. Wir dürfen nicht nur gebannt auf die Jungen, auf die Grünen und auf die Friedensbewegung schauen. Weder Jugend noch Alter sind ein Verdienst, sondern ein Zustand, der sich rasch ändert.

Wir Älteren haben den Jungen alle Chancen einer guten Ausbildung und Bildung zu geben, haben vorzusorgen, daß Kindergärten

Dr. Jolanda Offenbeck

sowie Schulen zur Verfügung stehen und daß wir den Jungen nach Möglichkeit das große Kapital der Gesundheit mitgeben.

Die Jungen haben aber die Verpflichtung, den älteren Menschen gegenüber dafür zu sorgen, daß sie nach einem Leben voll Arbeit nicht verarmen, daß ihre Pensionen gesichert sind und daß es mehr geriatrische Krankenhäuser sowie Pensionistenheime gibt. Hier erweist sich, daß eine Generation auf die andere angewiesen ist, und daß es keinen Kampf der Generationen geben darf. Zu schnell werden ja aus stürmischen Jungen auch Senioren. (*Abg. Graf: Meinen Sie jetzt den Herrn Cap?*) Ja, den meine ich auch, Herr Abgeordneter Graf. Den meine ich auch.

Meine Damen und Herren! Die fast ausschließliche Orientierung unseres Lebens an den Werten der Leistungsgesellschaft führt auch heute noch dazu, daß ältere Menschen geringer geschätzt werden als junge, die im Produktionsprozeß stehen. Deshalb ist es die Pflicht unserer Gesellschaft, unseren älteren Mitbürgern entgegenzukommen und dafür zu sorgen, daß jenes Leistungsprinzip, das im Menschen vor allem ein Produktionsmittel sieht, durch ein humaneres Prinzip ersetzt wird.

Viele unserer Mitbürger gehen heute früher in Pension. Die angespannte Situation auf dem Arbeitsmarkt läßt es einfach nicht zu, daß sie langsam in das Stadium der Pension hinübergleiten, wie das manche Geriatriker vorschlagen. Es ist erfreulich, daß die Lebenserwartung der Menschen dank unserer Hygiene, dank der vernünftigeren Ernährung und der besseren Gesundheitsvorsorge, aber auch dank der fortschreitenden Kunst der Medizin immer größer wird. Allerdings müssen wir alles daransetzen, damit die längere Lebenserwartung nicht zur leeren Erwartung und allein zur Erwartung wird. Wir haben unseren älteren Mitbürgern gegenüber eine soziale und moralische Verpflichtung. Genießen wir doch heute das Resultat ihrer Aufbauarbeit!

Aus dem großen Erfahrungsschatz der älteren Generation kann und muß auch heute noch gelernt werden. Gerade auf dem Wirtschaftssektor würde ich mir jene Kreativität und jenen Optimismus wünschen, den die Menschen bei der Bewältigung der Probleme in der Vergangenheit bewiesen haben. Durch diesen Einfallsreichtum, durch die Mobilisierung der Kreativitätsreserven konnte dieses arme und ausgeplünderte Österreich nach dem Jahre 1945 unsere heutige Stellung in der

westlichen Welt und in der Industriegesellschaft erreichen. Nur auf diese Weise ist es uns auch gelungen, die Arbeitslöhne und den Lebensstandard unserer Menschen auf höchstes Niveau zu bringen.

Bei allem Verständnis für die Schaffung von Arbeitsplätzen für unsere Jungen muß uns bewußt sein, daß wir auch den älteren Menschen — und ich meine damit jene, die um die 50 Jahre alt sind — Wirkungsmöglichkeiten bieten müssen. Unsere Gesellschaft kann einfach auf die Erfahrung und den Wissensumfang der älteren Menschen nicht verzichten. Ältere Menschen sind auch nicht weniger belastungsfähig, denn sie gleichen vieles durch ihre Erfahrung und durch ihr Pflichtbewußtsein aus.

Die freundliche Empfehlung mancher, man solle, statt einer Arbeit nachzugehen, Hobbys pflegen, ist zu einem erfüllten Leben keinesfalls ausreichend. Ein Hobby ist selten ein Ersatz für eine sinnvolle, in den sozialen Rahmen eingefügte Tätigkeit. Es ist für uns alle eine gesellschaftspolitische Aufgabe, unseren Mitbürgern den Übergang vom Berufsleben zum Pensionsalter neu und sinnvoll zu gestalten. Die Pensionierung ist vielfach heute immer noch ein großer Schock. Wenn wir jenen, die in Pension gehen oder geschickt werden, auch noch wesentliche finanzielle Kürzungen auferlegen wollten, dann wäre dieser Schock noch erheblich größer. Hobbys, Reisen, Autos und Vernügungen, wie wir sie unseren Senioren empfehlen, sind schließlich — und daran müssen wir denken — auch ein materielles Problem. Wenn manche unserer älteren Bürger angeblich so altmodisch sind und sich wenig modern kleiden, dann hängt das vielfach auch vom Geld ab. Jede Kürzung der Pensionen würde die Kluft zwischen den Jungen und Alten noch größer machen. Wenn wir unseren älteren Menschen schon nicht Gesundheit, Schönheit und vielfach die Begeisterungsfähigkeit geben können, dann haben wir zumindest die Pflicht, ihnen finanziell keinen Nachteil entstehen zu lassen. Und dazu bekennen wir uns!

Meine Damen und Herren! Das Budget 1984, das uns heute zur Behandlung vorliegt, ist ein Budget, das bemüht ist, die nötigen Einsparungen vorzunehmen, das bemüht ist, das Budgetdefizit nicht weiter wachsen zu lassen. Dieses Budget ist darauf bedacht, für alle Gruppen unserer Bevölkerung in einer weltwirtschaftlich schwierigen Zeit Erreichtes zu erhalten. — Ich danke Ihnen. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*) 11.45

1806

Nationalrat XVI. GP — 22. Sitzung — 30. November 1983

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dipl.-Ing. **Flicker**. Ich erteile es ihm.

11.46

Abgeordneter Dipl.-Ing. **Flicker** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Eine Budgetdebatte ist die Stunde, wo die Schminke fällt. Und das, Frau Abgeordnete **Offenbeck**, meine ich sicher nicht persönlich, denn Sie sind auch ohne Schminke eine durchaus attraktive Frau. Aber das, was Sie sagten, war zuviel dicke Schminke auf einen wenig erfreulichen Anblick. *(Zustimmung bei der ÖVP.)* Sie sagten, Sie wollen und Sie werden keinen Wechsel der Politik in eine ungewisse Zukunft machen.

Nun, ich sage Ihnen: Für viele genügt schon die von Ihnen geschaffene Gegenwart. Es genügt, wenn wir 136 000 Arbeitslose haben. Oder genügt Ihnen das nicht für eine Änderung Ihrer Politik? Davon ist jeder dritte ein junger Arbeitsloser; über 42 000. Und wie alle Umfragen zeigen, haben ja gerade wegen Ihrer Politik die Menschen mehr denn je Zukunftsangst.

Sie sagten zum Vorredner, Kollegen **Löffler**, es gebe keine Zweiteilung in Österreich. Nun, dann darf ich Sie einladen — das sagt sich so leicht, wenn man in einer warmen Stube sitzt, das sagt sich so leicht, wenn man den großstädtischen Raum betrachtet, aber dabei vieles, was auch dort nicht in Ordnung ist, unter den Teppich kehrt —, ich lade Sie ein: Gehen Sie doch einmal mit uns mit in jene Regionen, die von der Politik betroffen sind *(Zwischenruf bei der SPÖ)*, die zur Zweiteilung und zu einem Ungleichgewicht der Lebenschancen in Österreich geführt hat! Dann gehen Sie einmal mit, gehen Sie in die Grenzlandgebiete mit, in die Problemregionen mit *(Ruf bei der SPÖ: Die Erfahrungen ...!)* und schauen Sie sich an, wohin die Politik auch geführt hat: Ein Viertel der im ländlichen Raum lebenden Bauern leben an der Armutsgrenze! Das sind die Ergebnisse Ihrer Politik, und da sprechen Sie so kühn, es gibt keine Zweiteilung. Es gibt sie in aller Bitternis. *(Zwischenrufe. — Abg. Weinberger: Das Land soll mithelfen, nicht nur der Bund! — Abg. Wille: Regionalpolitik ist in erster Linie Landessache!)*

Eine Budgetdebatte, meine Damen und Herren, ist die Stunde der Wahrheit. Herr Klubobmann **Wille**, ich werde vielleicht noch auf eine Aussage, die Sie auch für eine Grenz-

landregion gemacht haben, zurückkommen. — Aber ich darf es vielleicht gleich sagen, weil Sie mich durch einen Zwischenruf dazu veranlassen. Sie sprachen von der Molkerei Waldkirchen. Sie sind sicher ein sehr gewissenhafter Mann, das haben Sie durchaus gezeigt, das möchte ich auch als junger Abgeordneter sagen, aber irgend etwas in Ihrem Unterton hat mich aufhorchen lassen. Sie sagten, das ist da oben so irgendwo in einer Region, das ist so eine Gemeinde mit 900 Einwohnern, quasi: Na und? *(Abg. Wille: So war das nicht! — Zwischenruf des Abg. Ing. Hobl.)* Messen Sie den Schicksalen der Grenzregionen und einer kleinen Gemeinde keine Bedeutung zu?, muß ich Sie fragen. *(Abg. Wille: Für die Molkerei sind eh Sie zuständig! Ich nicht!)* Ich hoffe nicht, daß Sie es so verstanden haben wollen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Budgetdebatte, meine Damen und Herren, ist die Offenlegung darüber, wie gearbeitet wurde und wohin der Weg führt, oder bildlich gesprochen: Es ist der Zeitpunkt, wo klar bestimmt ist, wie das Staatsschiff in See liegt und welchen Kurs es steuert.

Die Sprecher der sozialistischen Koalitionsregierung reden, wie einer schon einmal sagte, mit der Eintönigkeit einer tibetischen Gebetsmühle der Öffentlichkeit ein *(Abg. Weinberger: Aber die Opposition auch!)*, daß ohnehin alles seine Ordnung hätte. Ja der Herr Bundeskanzler sagte einmal, es gibt zu diesem Weg überhaupt keine Alternative. *(Ruf bei der SPÖ: O ja: den Kreisverkehr, den Sie anstreben!)* Da muß ich fragen: Wenn das nicht überheblich ist, was ist das sonst? Und da muß ich fragen: Mit dieser Einstellung wollen Sie Schwierigkeiten in Österreich meistern? *(Ruf bei der SPÖ: Wir haben schon! — Heiterkeit.)* Das sehen wir ja. *(Beifall bei der ÖVP.)* Sehen Sie, das ist genau das, wo es halt sehr schwer ist, etwas besser zu machen, wenn man vorgibt, die Wahrheit zu besitzen, anstatt sie zu suchen, Herr Kollege! *(Beifall bei der ÖVP.)* Aber machen wir uns doch nichts vor, das Volk ... *(Ruf bei der SPÖ: Die Mehrheit der Wähler ...!)* Ja, der Wähler! Das Volk hat doch längst erkannt, daß unser Staatsschiff in Seenot geraten ist und wir auf Schleuderkurs sind, und es hat ja schon entsprechend reagiert. Ein Kurswechsel, meine Damen und Herren, wie wir von der Volkspartei ihn verlangen *(Ruf bei der SPÖ: Tibetanische Gebetsmühle!)*, ist daher im wahrsten Sinne des Wortes notwendig, um die Not der betroffenen Bevölkerung zu wenden. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Dipl.-Ing. Flicker

Es ist ja unglaublich — und da muß ich Ihnen wirklich ein Kompliment machen —: Diese Regierung schaffte etwas noch nie Erreichtes (*Zwischenruf bei der SPÖ*) — ja, ja! —, nämlich ein Defizit in nur sieben Monaten, wozu alle Regierungen 25 Jahre nach dem Kriege brauchten, so ein Defizit anzuhäufen. In nur sieben Monaten; das ist Ihr Rekord. Und dies, obwohl die Steuerschraube bis zur Schmerzgrenze angezogen wurde und die Bevölkerung bei der Belastungsquote bald sechs Monate im Jahr allein für den Staat arbeiten muß.

Dieses Budget der Regierung Sinowatz — Steger mit dem größten Belastungspaket der Zweiten Republik ist — das müssen wir leider zur Kenntnis nehmen — die Fortsetzung des bisherigen Weges und, wie eine Zeitung schrieb — und ich zitiere — der einfallslose Versuch, die Budgetkrise durch Mehreinnahmen in den Griff zu bekommen, während er echte Einsparungen, einen Verschwendungsstopp völlig vermissen läßt. Ich sage Ihnen: Im Gegenteil. (*Zwischenrufe bei der SPÖ.*) Ich kann es Ihnen nachher geben. Statt die Steuergelder sinnvoll zu verwenden — und das verstehen wir unter Einsparung und Verschwendungsstopp —, wird die Zentralbürokratie weiter aufgebläht, die Regierung... (*Staatssekretär Dr. Löschner: Wo?*) Bitte, ein Ministerium nach dem andern! Schauen Sie hinein.

Ich sage Ihnen ein Beispiel, wenn Sie fragen: Wo? Ich komme aus dem agrarischen Bereich und interessiere mich natürlich sehr für die Vorgänge im Landwirtschaftsministerium. Die Bauern werden immer weniger, aber die Beamten beim Herrn Landwirtschaftsminister Haiden werden immer mehr, und das nennen Sie: keine Aufblähung! (*Zustimmung bei der ÖVP. — Zwischenruf des Abg. Marsch.*)

Sie vergrößern die Regierung so, daß die Damen und Herren auf der Regierungsbank, wie ich Ihnen schon einmal sagte, vor Platzangst statt vor Arbeit ins Schwitzen kommen. (*Zwischenruf bei der ÖVP.*)

Das ist ja die Tragik sozialistischen Denkens: Immer mehr Staat, das heißt, immer mehr Bürokratie. (*Abg. Weinberger: Wer schreit danach? Ihr schreit danach!*) Ja lesen Sie nach bei Milovan Djilas in „Der neuen Klasse“, wo er sozialistische Denkmodelle, die er sehr erlebt hat, analysiert.

Mir scheint, Ihre Philosophie ist es: Dem Staat soviel wie möglich, und dem Bürger

soviel wie nötig! — Wir sagen, umgekehrt müßte es sein: Dem Bürger soviel wie möglich und dem Staat soviel wie nötig! Das ist unsere Philosophie. (*Zwischenruf bei der SPÖ.*)

Während der Bürger immer mehr unter den Belastungen stöhnt, installieren Sie — schauen Sie hinein ins Budget! — eine noch größere, eine noch teurere, ja die teuerste Regierung der Zweiten Republik. Das ist ein Faktum. 50 Millionen Schilling kostet 1984 — nachzusehen im Voranschlag — allein diese Regierungsbank; das ist seit 1981 eine Steigerung um 20 Millionen oder 60 Prozent. Da haben wir es! Aber knausrig ist die Regierung, wenn es etwa um den Einsatz von Mitteln für Problem- und Grenzlandregionen geht.

Wir haben, Herr Bundeskanzler, im Ausschuß darüber diskutiert, und ich habe Ihnen in vier Punkten konkret den Fehlansatz aufgezeigt. (*Ruf bei der SPÖ: Sie haben polemisiert! Diskutiert haben Sie nicht!*) Ich habe aber auch festgestellt — das möchte ich nicht verhehlen —, daß, als Sie Bundeskanzler wurden, über die Parteigrenzen hinaus wenigstens eine Hoffnung bestand — das hat auch mein Kollege Löffler heute schon anklingen lassen —, die Hoffnung, daß Sie als einer, der selbst aus einer Grenzregion, aus einer Region mit besonderen Problemen kommt, eine bessere und gerechtere Politik für benachteiligte Regionen machen würden. Ihre bisherigen Maßnahmen und dieses Budget sind aber eine Ernüchterung.

Die Mittel für regional- und strukturpolitische Maßnahmen sind lediglich wie im Vorjahr mit 108 Millionen Schilling eingesetzt, das heißt, real weniger. Ja für die größten Problemregionen unserer Republik, für das Waldviertel und das nördliche Weinviertel und für das obersteirische Gebiet, sind sogar empfindliche Kürzungen vorgenommen worden. Es waren eingesetzt je 32 Millionen, diesmal haben Sie nur je 25 Millionen Schilling eingesetzt.

Zur gleichen Zeit aber versetzen Sie mit dem Belastungspaket den ohnehin schwächeren Regionen einen beonderen K.o.-Schlag, denn zum Beispiel die Erhöhung der Kraftfahrzeugsteuer, der Versicherungssteuer, der Treibstoffpreise durch Erhöhung der Mehrwertsteuer bedeutet für die Hunderttausenden Pendler einen weiteren Aderlaß ihres ohnehin durchschnittlich geringeren Einkommens, bedeutet die Abschöpfung von Kaufkraft in diesen Regionen, bedeutet eine wei-

Dipl.-Ing. Flicker

tere Verarmung und bedeutet eine Beschleunigung der Abwanderung.

Ihre Partei unter dem Vorgänger als Kanzler hat einmal, ich möchte jetzt sagen, wenn ich das Resümee ziehe, sehr großsprecherisch gesagt, sie wird den Kampf gegen die Armut führen. In all den Regierungsjahren ist aber davon wenig zu spüren gewesen, es ist neue Armut entstanden.

Das Thema „Armut“ wird immer mehr zu einem Diskussionsthema in Österreich. Schauen Sie sich die heutigen Schlagzeilen der Zeitungen an: „Das wird der teuerste Winter aller Zeiten!“ — Die Worte „aller Zeiten“ haben wir noch in Erinnerung, die einmal anders verwendet wurden. Aber das war ja reine Propaganda. — Kohle teurer, Holz teurer, Koks teurer, Heizöl teurer, Benzin teurer — und dabei wissen jetzt schon viele Menschen nicht, wie sie mit ihrem bescheidenen Einkommen durchkommen, geschweige denn die Arbeitslosen. Das ist Ihr Kampf gegen die Armut, das ist ein Schritt weiter in eine falsche Richtung. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Und nun muß ich Sie fragen, Herr Bundeskanzler: Wie hält es die sozialistische Koalitionsregierung mit Verträgen und mit der Budgetkorrektheit am Beispiel — das sage ich als Niederösterreicher — Staatsvertrag zwischen dem Bund und dem Land Niederösterreich — erst im Vorjahr beschlossen, wo sich der Bund verpflichtete, für strukturalpolitische Maßnahmen im Grenzgebiet zusammen mit dem Land je 50 Millionen im Voranschlag einzusetzen —?

Ich muß Ihnen sagen, das Land Niederösterreich hat in seinem Voranschlag für 1984 diese Mittel eingesetzt. Im Voranschlag des Bundes allerdings sind nur 25 Millionen, also lediglich die Hälfte, enthalten. *(Abg. Dr. Gradenegger: Und gegen die stimmen Sie! Sie stimmen ja sogar gegen die 25 Millionen! Sie haben gesagt, Sie werden gegen das Budget stimmen! Sie stimmen gegen Niederösterreich!)*

Sie können die Tatsache nicht wegleugnen, Herr Hofrat Gradenegger. Was soll denn das bedeuten, wenn man sich verpflichtet und nur 25 Millionen einsetzt? Das verstößt doch offensichtlich gegen die Zielsetzungen und Vereinbarungen dieses Staatsvertrages, Herr Hofrat Gradenegger. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Der Herr Bundeskanzler war ein bißchen anders als Sie; wir kennen Sie ja, Herr Hofrat

Gradenegger. *(Abg. Dr. Gradenegger: Sie sind auch bekannt!)* Wir freuen uns ja jeder, wenn wir bekannt sind, sonst wären wir nicht Politiker. — Der Herr Bundeskanzler hat im Ausschuß dazu geantwortet: Das werden wir uns anschauen!

Das aber kennen wir von früher her. Diese Antwort ist nicht befriedigend. Wir als Volkspartei erwarten und verlangen, daß Sie noch vor Beschlußfassung des Budgets die Sache in Ordnung bringen. Das heißt ganz konkret, daß Sie die 50 Millionen, zu denen Sie Ihr Jawort gegeben haben, ins Budget aufnehmen. Das sind Sie auch sich selbst, wenn Sie ein korrektes Budget erstellen wollen, schuldig, Herr Bundeskanzler. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn ich hier öfter von der Entwicklung der Gebiete im Norden und Osten unserer Republik spreche, dann wohl deswegen, weil ich von dort komme, aber auch, weil ich glaube — und das sollte außer Streit stehen —, daß ein lebens- und funktionsfähiger Grenzraum von staatspolitischer Bedeutung ist. Jede Entwicklung, die zu großen Unterschieden in Rand- und Zentralgebieten, in ländlichen und städtischen Regionen, in Ost- und Westgebieten führt, ist nicht nur ungerecht, sie kann auch gefährlich sein. Es ist eine Entwicklung der Spaltung, und das wollen wir doch alle nicht.

Wohin Spaltung führen kann, das sei mir mit einem Ausspruch eines Großen unserer Zeit zu sagen erlaubt, des Friedensnobelpreisträgers Andrej Sacharow. Er sagte: Wenn die Menschheit vom Rande des Abgrunds wegkommen will, an dem sie sich befindet, dann muß sie ihre Spaltung überwinden. Das gilt im Großen genauso wie im Kleinen.

Ich habe in einer schriftlichen Anfrage die Regierung Sinowatz — Steger aufgefordert, ein Bundesgrenzland-Förderungsgesetz vorzulegen, um eine bessere Entwicklung einzuleiten und zu dokumentieren, daß der Gesamtstaat sich seiner Aufgabe für die Regionen an der geschlossenen Grenze vom Mühlviertel über das Wald- und Weinviertel, über das Burgenland bis in die Oststeiermark und bis nach Kärnten voll bewußt ist.

Die Antwort war unbefriedigend. Unbefriedigend ist auch die Reaktion von Regierungsmitgliedern — und dazu zählen ja auch Staatssekretäre —, wenn man mit dem ehrlichen Willen der Zusammenarbeit an sie herantritt.

Dipl.-Ing. Flicker

Ich machte aufmerksam, daß die gemeinsame Grenzlandförderung im Nordosten unseres Landes immer weniger wirkt, ja katastrophal zurückgefallen ist. 1980 wurden ohnehin nur mehr 60 Prozent der zur Verfügung gestellten Mittel ausgeschöpft. In diesem Jahr 1983 sind es nur mehr — was glauben Sie? — 30 Prozent, nicht einmal mehr ein Drittel!

Ursache — darüber könnten wir lange diskutieren — ist unter anderem, daß die Richtlinien dieser Förderung nicht stimmen. Die Investitionssumme, die man von den Betrieben verlangt, ist für Klein- und Mittelbetriebe zu hoch. Ja viele Betriebe, die in dieser Region Arbeit schaffen, wie zum Beispiel Kfz-Werkstätten, sind von der Investitionsprämie überhaupt ausgeschlossen.

Vor einem Jahr machte ich Staatssekretär Lacina darauf aufmerksam. Er versprach, daß wir uns zusammensetzen, um Möglichkeiten der Verbesserung zu finden. Trotz mehrfacher mündlicher und schriftlicher Erinnerungen hat er bis heute dazu keine Zeit gefunden.

Sie, Herr Bundeskanzler, versprochen während der Ausschußdebatte ebenso, zu diesem Problem ein Gremium der Kammern und Landesvertreter zusammenzurufen. Ich möchte Sie fragen, ob Sie wenigstens heute und hier sagen, wenn Sie von Mut sprechen — aber ich glaube, dazu gehört ja kein Mut —, neue Wege zu gehen, daß Sie jetzt bereit sind, einen Zeitraum zu nennen, bis zu dem Sie dieses Gremium einberufen, damit auch hier endlich einmal Taten den Worten folgen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Problemregionen Österreichs sind vielfach von der Land- und Forstwirtschaft sehr stark geprägt. Ich meine daher, eine bessere Agrarpolitik ist auch eine entscheidende Voraussetzung für eine wirksame Regionalpolitik. Und wie es sich rächt, daß immer mehr Bauern gezwungen sind, ihren Hof und damit ihren selbständigen Arbeitsplatz zu verlassen *(Ruf bei der SPÖ: Nicht mehr, früher!)* — mehr denn je —, das zeigt uns jetzt das Problem der Finanzierung der Arbeitslosigkeit.

Sie alle wissen, 1 Prozentpunkt mehr Arbeitslose bedeutet eine Mehrbelastung von 5 Milliarden Schilling. Nur ein Bruchteil dieses Geldes, eingesetzt in der Land- und Forstwirtschaft, würde genügen, eine Wirtschaftsbelebung, eine Arbeitsplatzoffensive in allen Regionen in Gang zu bringen. Das Institut für Wirtschaftsforschung legte hiezu auch Vorschläge vor.

Mit der Aufstockung der Agrarinvestitionskredite nur um eine halbe Milliarde Schilling im Rahmen einer Dorferneuerungsaktion könnten Tausende Arbeitsplätze geschaffen werden *(Zwischenruf des Abg. Rechberger)*, wobei die Kosten, Herr Abgeordneter Rechberger, für den Bund lediglich 21 Millionen Schilling an Zinsendienst erfordern würden. Lediglich 21 Millionen Schilling! Das ist wahrlich ein Bruchteil dessen, was wir für die Arbeitslosigkeitsfinanzierung aufbringen müssen. Ich hoffe, Sie denken wenigstens nach darüber.

Sie sehen, es gibt Möglichkeiten, daß unser Staatsschiff trotz aller Schwierigkeiten durchaus auf besseren Kurs gebracht werden könnte. Es liegt nicht allein daran, daß zu wenig Geld vorhanden ist, sondern auch daran, daß dieses Geld nicht richtig eingesetzt wird. *(Zustimmung bei ÖVP.)*

Zeigen Sie Stärke, gehen Sie ab von dem Weg, der doch offensichtlich in die Sackgasse führte! Ich weiß — ich erlaube mir das zu sagen —, die „schmalbrüstige“ Koalition bietet hierfür nicht gerade die besten Voraussetzungen. Aber ich darf in Erinnerung rufen, daß Österreich schon einmal große Schwierigkeiten meisterte. Durch Mobilisierung aller positiven Kräfte unter Führung der Volkspartei wurde das Wunder des Aufbaues, der Vollbeschäftigung und des Wohlstandes geschaffen. Handeln Sie wenigstens in diesem Geiste, tun Sie endlich etwas für eine bessere Entwicklung! *(Beifall bei der ÖVP.)* 12.11

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundeskanzler. Ich erteile es ihm.

12.11

Bundeskanzler Dr. **Sinowatz**: Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Es stimmt: Wir haben in einer schwierigen Phase zu regieren und alle miteinander unseren politischen Aufgaben nachzugehen. Und ich halte dafür, daß in einer solchen Zeit mit großer Ernsthaftigkeit die Probleme behandelt werden sollen, weil es nun einmal Probleme sind, die nicht von heute auf morgen gelöst werden können, Probleme, die schwierig sind. Und ich sage es auch auf die Gefahr hin, daß man mir wie schon so oft nachsagt, daß ich das Wort „kompliziert“ häufig verwende — aber es ist nun einmal so.

Jeder, der heute ernsthaft in der Wirtschaftspolitik argumentiert, der kann darüber nicht hinwegsehen, daß wir in einer schwierigen Zeit zu arbeiten haben und sehr kompli-

Bundeskanzler Dr. Sinowatz

zierte Probleme bewältigen müssen. Daher möchte ich zu Beginn sagen, daß ich sehr wohl für Zusammenarbeit bin. Ich habe immer wieder gesagt, daß diese Bundesregierung mit der Wirtschaft gemeinsam Lösungsmöglichkeiten suchen möchte, daß ich mich sehr einsetze für eine moderne Form der Wirtschafts- und Sozialpartnerschaft, die auf die heutigen Probleme hin ausgerichtet ist, daß wir auch hören wollen auf das, was die Opposition sagt und es nicht bloß vom Tisch wischen möchten. (*Abg. Dr. Graff: Nur beim Verfassungsgerichtshof!*) Nur: Wir wollen ernsthaft diskutieren, so wie das Sepp Wille — ich muß das sagen — getan hat. Herr Abgeordneter Kohlmaier, bei Ihnen ist das nicht in dem Maße der Fall gewesen; ich bitte, das sagen zu dürfen. Heute von der Vollbeschäftigung zu reden, so als ob es morgen möglich wäre, das zu erreichen, das ist, bitte, etwas, das nicht ganz mit der Realität dieser Zeit im Einklang steht, das ist etwas, das doch mit einem Hauch von Demagogie versehen ist. Ich darf das sagen, weil ich 12 Jahre einer Regierung angehöre, die länger als ein Jahrzehnt imstande gewesen ist — auch dann, als das anderswo in der Welt nicht mehr möglich war —, die Vollbeschäftigung aufrechtzuerhalten. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Es kann doch niemand übersehen, was in der Welt in den letzten Jahren vor sich gegangen ist. Und wir diskutieren hier in diesem Hohen Hause doch nicht herausgehoben aus dem, was heute die Weltwirtschaft ausmacht. Wir sind doch über tausend Kanäle mit ihr verbunden. Wir haben in der Umwelt, die es heute in der Weltwirtschaft gibt, zu arbeiten. Wir verzeichnen in den letzten Jahren überall eine Stagnation des Wirtschaftswachstums. Wir haben Wirtschaftskrisen in Europa, in der westlichen Welt, in den COMECON-Ländern. Wir haben Zahlungsbilanzschwierigkeiten selbst in den OPEC-Ländern. Wir haben einen Rückgang des Welthandels zu verzeichnen nach Jahrzehnten einer dynamischen Entwicklung, und immer mehr Staaten sind zahlungsunfähig geworden. Die Folge davon ist eben eine steigende Arbeitslosigkeit, die beängstigend ist in ihrem Ausmaß. Für heuer werden 33 Millionen Arbeitslose in der OECD prognostiziert, für nächstes Jahr 34 Millionen. Der Durchschnitt der Arbeitslosigkeit im OECD-Bereich, die Arbeitslosenrate, wird in diesem Jahr 11 Prozent betragen. Und glauben Sie mir — ich sage das aus tiefer Überzeugung —: Wir werden uns mit dieser Entwicklung hin zu noch mehr Arbeitslosigkeit nicht abfinden. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Ich erinnere mich daran, daß diese konse-

quente Politik für Vollbeschäftigung auch hier im Hohen Haus nicht die ungeteilte Annahme und nicht den ungeteilten Zuspruch gefunden hat. Wir sind in den siebziger Jahren deswegen kritisiert worden, etwa vom Abgeordneten Mitterer. Dieser hat uns vorgehalten, daß wir uns zuviel auf diesen Bereich der Politik festlegen und zuwenig etwa auf die Bekämpfung der Inflation. Ja wir sind deswegen zu gewissen Zeitpunkten sogar belächelt worden, und man hat gesagt, uns falle überhaupt nichts anderes mehr ein, wir könnten nur von der Arbeitsplatzpolitik reden. Man hat uns dafür angegriffen, daß wir diese konsequente Politik gemacht haben, und alle Instrumentarien, die wir für die Arbeitsplatzpolitik eingesetzt haben, sind in diesen Jahren von der Opposition bei den Budgetverhandlungen abgelehnt worden. Das ist die Realität, auf die aufmerksam gemacht werden muß.

Aber wir werden nicht aufhören — das kann ich Ihnen versichern —, eine Politik zu betreiben, in der die Beschäftigung im Vordergrund steht. Und wir werden dabei auf diesem doch spezifisch österreichischen Weg aufbauen, der da begangen wurde und bei dem viele mitgewirkt haben — ich muß das gleich vorwegnehmen —, auch viele, die auf der rechten Seite dieses Hauses sitzen. Denn das Prinzip der gemischten Wirtschaft, das wir entwickelt haben — auf der einen Seite die Bereitschaft des Staates, zu günstigen Rahmenbedingungen in der Wirtschaft mit beizutragen, aber gleichzeitig die volle unternehmerische Freiheit in diesem Land abzusichern —, das ist es, was letzten Endes diesen spezifisch österreichischen Weg ausgemacht hat. Und darauf basiert ja auch in Wahrheit die Sozialpartnerschaft. Sie wäre nicht vollziehbar, wenn nicht diese Form der Wirtschaftspolitik gemacht würde. Aber das impliziert Staat, und weniger Staat heißt, weniger Möglichkeiten, diese Politik mit Konsequenz zu betreiben.

Ich habe es wiederholt gesagt: Das, was in den siebziger Jahren zu verzeichnen gewesen ist, ist, daß Arbeitsplatzpolitik Staatspolitik geworden ist, und zwar in einem Maße, wie das nie vorher in der Geschichte unseres Landes der Fall gewesen ist.

Gerade diese Politik fordert von uns nach schwierigen Jahren der Rezession eine Konsolidierung des Budgets. Wir kommen darüber nicht hinweg, dazu gibt es keine Alternative. Ich stehe zu diesem Wort. Die Politik, die jetzt gemacht wird, nämlich daß wir uns den Handlungsspielraum im Budget auch für die Mitte der achtziger Jahre und für nachher

Bundeskanzler Dr. Sinowatz

sichern (*Abg. Dr. Kohlmaier: Sie hätten etwas früher kommen sollen!*), kann durch eine andere Politik nicht ersetzt werden.

Wir können darüber diskutieren, wie das geschieht. Zugegeben. Aber eines steht fest: Eine Konsolidierung des Budgets verlangt auf alle Fälle Opfer. Ohne Opfer geht es nicht, und wir bekennen uns dazu. (*Zustimmung bei SPÖ und FPÖ.*) Denn diese Opfer sind letzten Endes die Voraussetzung dafür, daß wir diese Schwierigkeiten heute und morgen bewältigen und diese Beschäftigungspolitik, von der ich gesprochen habe, fortsetzen können.

Das ist eine realistische Politik und eine Politik der Mitte, die wir da führen. Daher kann ich mich mit der Aufforderung, einen Kurswechsel vorzunehmen, nicht abfinden. Es wäre von größter Gefahr, wenn wir diese prinzipielle Linie der österreichischen Wirtschaftspolitik verlassen würden. (*Neuerliche Zustimmung bei SPÖ und FPÖ.*)

Noch einmal: Wir werden uns nicht damit abfinden, daß man etwa heute prognostiziert, daß es im Jahr 1990 eine Arbeitslosigkeit von 9 oder 10 Prozent geben wird. Dieses Maßnahmenpaket, das wir jetzt vorlegen, ist ja schon ein erster Schritt dazu, daß in Österreich nicht Wirklichkeit werden darf, was da prognostiziert wird, wenn wir nichts dagegen tun. (*Abg. Dr. Kohlmaier: 20 000 Arbeitslose mehr, sagt das Wirtschaftsforschungsinstitut!*)

Meine Damen und Herren und Herr Abgeordneter Kohlmaier! Von der Vollbeschäftigung hier zu sprechen, ist fast ein bißchen leichtfertig. Dieses Wort in diesem Jahr in den Mund zu nehmen, das heißt doch eines übersehen: nämlich diese ungeheuren Schwierigkeiten in der Welt, genügend Arbeitsplätze für die Menschen zur Verfügung zu stellen.

Es müßten im OECD-Raum, um von 1985 bis 1990 wirklich Vollbeschäftigung aufrecht erhalten zu können, fünf Jahre hindurch täglich 20 000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden, um das erreichen zu können. Und da leichtfertig von heute auf morgen von Vollbeschäftigung zu reden, heißt, den Menschen nicht die Wahrheit zu sagen. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Trotz dieser schwierigen Rahmenbedingungen in der Weltwirtschaft können wir heute in Österreich feststellen, daß am Ende des Monats November — wie das der Sozialminister gestern im Ministerrat mitgeteilt hat —

eine Arbeitslosenrate von 4,7 Prozent verzeichnet wurde. Das heißt bitte — und darauf muß ich aufmerksam machen —, daß die Arbeitslosigkeit im Jahr 1983 in Österreich weniger gestiegen ist als im Verlauf des Jahres 1982, daß voraussichtlich die Prognosen der Wirtschaftsforscher für die Arbeitslosigkeit im Jahr 1983 unterschritten werden können, daß wir sogar um 0,1 oder 0,2 Prozent weniger Arbeitslosigkeit haben werden, als die Wirtschaftsprognosen Mitte des Jahres angekündigt haben. Zeigen Sie mir ein Land in Europa oder in der westlichen Welt, in dem das möglich ist.

Noch eines: Wir haben weniger arbeitslose Bauarbeiter als im vorigen Jahr. Ist nicht auch das bedeutsam?

Was die Regionalpolitik betrifft — es ist einige Male das Wort Burgenland gefallen —: Das Burgenland hatte Ende November weniger Arbeitslose als im Vorjahr. Bei der Regionalpolitik kommt es nämlich auch darauf an, daß eine gute Zusammenarbeit zwischen dem Bund und den Ländern Platz greift und daß eine gute Landespolitik gemacht wird. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Weil wir bei der Regionalpolitik sind: Ich bitte Sie, mir ein Projekt — der niederösterreichischen Landesregierung etwa — zu nennen, bei dem der Bund nicht bereit ist, auf Grund der Übereinkommen dieses Projekt zu fördern. Nennen Sie mir bitte ein Projekt. Wir werden mit den von uns vorgesehenen Mitteln unseren Aufgaben auf dem Gebiet der Regionalpolitik voll und ganz nachkommen können. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Herr Abgeordneter Kohlmaier! Sie haben mit mir schon einige Male über den Begriff Populismus diskutiert. Was ist Populismus? Ich werde Ihnen konkret Antwort geben. Populismus ist es, wenn man von einer Regierung erwartet, daß sie das, was sie sich für vier Jahre in der Regierungserklärung vornimmt, innerhalb von sechs Monaten erfüllt. Das geht nicht, das kann nicht sein, das ist undenkbar. Aber wenn eine Regierung imstande ist, zu diesem Zeitpunkt ein Budgetkonsolidierungsprogramm, das schwierig genug zu erarbeiten gewesen ist, vorzulegen, dann ist das etwas, was für diese Regierung spricht. Wenn wir den Umweltfonds in dieser Zeit schaffen konnten, dann ist das etwas, was für die Regierung spricht. Wenn wir diese heißen Eisen sehr wohl angepackt haben, nämlich die Sozialversicherungsreform und die Steuerreform — jawohl, wir haben die angepackt und wir werden sie zum angekün-

Bundeskanzler Dr. Sinowatz

digten Zeitpunkt auch vollenden —, dann spricht das für die Arbeitsintensität dieser Regierung. Das möchte ich festgestellt haben. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Und Populismus ist, wenn man bei einem Paket, das eine Einheit bildet im Hinblick auf die Finanzierung und auf das, was damit vorgesehen ist, nur von einem Belastungspaket spricht, wie Sie das getan haben. Denn man muß klar und deutlich sagen, was dieses Maßnahmenpaket außer jenen Finanzierungsvorschlägen, die wir einbringen mußten, enthält, nämlich daß wir der verstaatlichten Industrie jene Mittel zuführen, die die verstaatlichte Industrie benötigt. Da gibt es kein Wenn und Aber. Da kann man nur entscheiden ja oder nein. Wir haben uns für das Ja entschieden. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Wir haben die Gründung des Umweltfonds vorgesehen. Wir haben die Aktion saubere Flüsse vorgesehen, die Maßnahmen für die Fernwärme, die Begründung der Wiederverwertungsagentur, die Förderung der Klein- und Mittelbetriebe, die Gründung der Innovationsagentur, die Förderung von Risikokapital, zusätzliche Mittel für Investitionen zur Verbesserung der Infrastruktur in Österreich. Wir haben ein Programm für Betriebsansiedlungen vorgesehen. Wir haben Wohnbauprogramme in diesem Maßnahmenpaket vorgesehen. Wir haben neue Maßnahmen für die Exportförderung vorgesehen, für die Exportkooperation, den Exportfonds. Wir haben für den Entwicklungsfonds einen neuen Weg vorgeschlagen, und wir haben — das wird von Ihnen überhaupt nie gesagt, obwohl es Sie am meisten interessieren müßte — für die Stärkung des betrieblichen Eigenkapitals erstmals sehr wesentliche Schritte gesetzt: für die Abschaffung der Gewerbekapitalsteuer, für die Erhöhung des Freibetrags bei der Gewerbeertragsteuer, für eine Reduktion der Vermögensteuer von Unternehmungen und für eine steuerliche Verbesserung für nichtentnommene Gewinne. Das ist die Wahrheit über das Maßnahmenpaket, meine Damen und Herren! *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Wenn immer von der Staatsquote gesprochen wird und das diskriminiert wird in dem Maße, wie Sepp Wille es gesagt hat, als ob die Steuern, die eingehoben werden, in die Taschen des Finanzministers fließen würden und damit ein sehr demagogisches Bild für die Menschen gemalt wird, so muß doch einmal gesagt werden — es ist schon festgestellt worden —, daß es hier nicht allein um den Bund geht, sondern auch um die Länder und Gemeinden und um die Sozialversicherung.

Das sind Leistungen für die Bürger, meine Damen und Herren. Das Leben heute in diesem Staat, in dieser Zeit, in dieser Gesellschaft wäre ohne diese Staatspolitik überhaupt nicht mehr denkbar! *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* Wie sonst bitte, wenn wir diese Politik mit der Staatsquote nicht machen würden, wäre es uns möglich gewesen, die Arbeitslosigkeit in Österreich auf 4,7 Prozent zu belassen? Wie sonst, wenn wir diese Politik nicht gemacht hätten?

Wir haben die Infrastruktur verbessert, und das ist genauso Regionalpolitik wie die Verträge, die wir mit den Ländern abgeschlossen haben. Wenn wir seit 1970 300 höhere Schulen gebaut haben — von Gmünd bis Völkermarkt und von Jennersdorf bis Rankweil — und in der ganzen Zeit der Ersten Republik nur eine höhere Schule gebaut wurde, dann ist das unter anderem auch Regionalpolitik gewesen. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Wenn wir heute — statt wie 1970 900 000 — 2,5 Millionen Telefonanschlüsse haben, meine Damen und Herren, dann ist das eine Verbesserung der Infrastruktur, des Lebensstandards, der Lebensqualität, und dann ist es Regionalpolitik gewesen. *(Neuerlicher Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Staatsquote, meine Damen und Herren, was heißt denn das? Das heißt, daß heute bei einer gleichbleibenden Zahl von Schülern statt 60 000 Lehrern 105 000 Lehrer in den Schulen unterrichten.

Das heißt, daß im Gesundheitsbereich in den Spitälern statt 54 000 Menschen — Ärzte und Pflegepersonal — 85 000 Menschen beschäftigt sind. Das ist Lebensqualität. Das ist jene Folge dieser Staatsquotenpolitik, für die wir immer eingestanden sind, meine Damen und Herren. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Populismus ist meiner Meinung nach, wenn man gegen die Mittelzuführung an die verstaatlichten Unternehmungen stimmt, aber gleichzeitig für eine Beschäftigungsgarantie in der Verstaatlichten eintritt.

Populismus ist nach meinem Dafürhalten, wenn notwendige Maßnahmen beim öffentlichen Dienst als Sozialdemontage bezeichnet werden, wenn man aber wenige Stunden später bei den Unternehmern unser Sozialsystem als wirtschaftsfeindlich geißelt.

Populismus ist, wenn man eine Budgetkonsolidierung, die nach vier Jahren Rezession

Bundeskanzler Dr. Sinowatz

notwendig ist, nur als Belastungspaket wegschiebt. Und was die Belastungen anlangt: Ich bekenne mich zur Notwendigkeit dieser Belastungen; ich habe das nie verschwiegen; ich habe das immer offen und ehrlich gesagt.

Meine Damen und Herren! Da ist vorhin etwas von einem Steuerdruck gesagt worden, der auf Österreich lasten würde. Herr Abgeordneter! Haben Sie übersehen, daß in den letzten vier Jahren fast keine Steuer erhöht worden ist? (*Abg. Dr. Kohlmaier: Nichts anderes als das!*) Haben Sie übersehen, daß die Steuerquote eigentlich gleichgeblieben ist wie in den siebziger Jahren? Haben Sie übersehen, daß in den letzten vier Jahren Steuern durch die Lohnsteuerreform gesenkt wurden? Das ist die Wahrheit des Steuerdrucks. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Dr. Graff: Fragen Sie den Mann auf der Straße!*)

Meine Damen und Herren! Das Ärgste ist, daß man dabei immer von „weniger Staat“ redet. Also ich bin schon neugierig, was wir am Ende der Budgetdebatte an Wünschen an den Staat hier liegen haben werden, an denselben Staat, von dem man sagt, daß er weniger sein sollte.

Meine Damen und Herren! Da wird von den Tageszeitungsjournalisten ununterbrochen die Streichung aller Subventionen verlangt, aber bei Vorsprachen vieler Bauernvertreter wird dann die Verdoppelung der Subvention in Aussicht genommen. Kurzum: „weniger Staat“ (*Abg. Dipl.-Ing. Flicker: Das heißt, Sie sind für mehr Staat!*), das ist eine Verführung für die Menschen, „weniger Staat“, damit ist das nicht zu bewältigen, was heute das Leben der Menschen ausmacht. Das ist soziale Verantwortung, diese Staatspolitik, die wir heute betreiben; dazu stehen wir. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Dipl.-Ing. Flicker: Das heißt, Sie sind für mehr Staat! — Abg. Dr. Kohlmaier: Genau das wollen wir nicht!*)

Meine Damen und Herren! Ich möchte zum Abschluß eines sagen: Diese Bundesregierung, glauben Sie mir, Herr Abgeordneter Kohlmaier, ist bereit, zuzuhören. Diese Bundesregierung ist bereit, vieles an guten Vorschlägen aufzunehmen, die gemacht werden, wenn gute Vorschläge von der Opposition gemacht werden. Wir sind bereit, aufzupassen auf das, was die Menschen sagen. (*Abg. Dipl.-Ing. Flicker: So wie beim Konferenzzentrum!*) Wir sind bereit zur Zusammenarbeit, zum Zusammenwirken und zum Miteinanderreden. Aber regieren, gerade in der Zeit, in der wir das tun müssen, heißt, Entschei-

dungen treffen. Regieren, das heißt heute, in schwieriger Zeit zu handeln.

Das Budget für 1984 ist letzten Endes ein Meilenstein für die achtziger Jahre. Das ist eine Entscheidung, die wir unter schwierigen Umständen getroffen haben. Das Maßnahmenpaket, davon bin ich überzeugt, ist ein Programm für die Bewältigung der nächsten Jahre.

Wir haben nichts zu versprechen, meine Damen und Herren! (*Abg. Dr. Kohlmaier: Das haben wir auch gesagt! — Abg. Dr. Graff: Das unterschreibe ich auch!*) Wir können keine Wunder wirken. Wir sagen es offen und ehrlich. Wir brauchen den Fleiß und die Tüchtigkeit der Österreicher. Wir brauchen auch die Leistung in der Wirtschaft, wir verschweigen das gar nicht. Aber entscheidend wird für die nächsten Jahre sein, ob es uns gelingt, die Rahmenbedingungen in der Politik und in der Wirtschaftspolitik zu stecken. Hier versichere ich Ihnen, daß wir dazu imstande sein werden, unter den gegebenen Umständen das Beste zu schaffen, und daß die Österreicher sehr wohl bald merken werden, daß sie sich auf uns verlassen können. (*Anhaltender Beifall bei SPÖ und FPÖ.*) ^{12.35}

Präsident Mag. **Minkowitsch**: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Rechberger. Ich erteile es ihm. (*Abg. Steinbauer: Nach dieser Wahlrede noch eine Wahlrede!*)

^{12.35}

Abgeordneter **Rechberger** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vielleicht nur eine Bemerkung zum Herrn Abgeordneten Flicker. Ich habe also den Eindruck gehabt, daß Ihre Ausführungen hier eine reine ÖVP-Wahlrede gewesen sind, weit weg von der Realität und von der Sachlichkeit. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Ich verstehe es nicht einmal dann, wenn Sie ein Tonbandgerät herlegen und damit Ihre Rede aufnehmen, denn die werden wir wahrscheinlich morgen in einer Zeitung lesen. Aber ich würde sagen ... (*Abg. Bergmann: Was haben Sie gegen den Bundeskanzler?*) Ich habe nichts gegen den Bundeskanzler, gegen den Herrn Abgeordneten Flicker habe ich das gesagt. (*Abg. Bergmann: Sie haben ihn gerade kritisiert!*) Nein, Sie kritisiere ich immer, Herr Bergmann.

Darf ich aber zu den Ausführungen des Abgeordneten Löffler, zu seinem Entschlie-

Rechberger

Bungsantrag, etwas sagen, und zwar zu seinem Vorschlag im Antrag 2 des Investitionsbeitrages. Die Realisierung dieses Vorschlages würde zumindest Einnahmehausfälle bei den Einkommensteuern und bei den Körperschaftsteuern sowie der Gewerbesteuer vom Ertrag in der Höhe von je 1 bis 1,2 Milliarden Schilling nach sich ziehen, insgesamt also 2 bis 2,4 Milliarden Schilling. Das also ist dem Antrag nach erster Prüfung und Schau zu entnehmen.

Ich darf aber vielleicht auch sagen, daß dieser Initiativantrag sehr wenig ausgegoren erscheint, vor allem, was die steuerlichen Begünstigungen für Betriebsneugründungen betrifft. Wir sind hier der Auffassung, daß es in erster Linie bei den Betriebsneugründungen zu einer Starthilfe kommen muß, und die gibt es ja, weil diese Betriebe in der ersten Startphase echte Unterstützungen und Beihilfen brauchen und das die zweckmäßigste Form der Unterstützung ist. Es gibt hier sehr viele Förderungsmöglichkeiten. Allein im Bundesvoranschlag 1984 sind 108 Millionen Schilling an Förderungsmitteln verankert, die gemeinsam mit den Ländern laufend ausgebaut werden. Dazu kommen noch die Mittel der einzelnen Ressorts, zum Beispiel die Bergbauernförderung, die Regionalförderung. Hier besteht sogar die Möglichkeit, daß es einen Überschreitungsbetrag des Bundeskanzleramtes in diesem Vorschlag in der Höhe von 54 Millionen Schilling gibt.

Zur Forderung der Dorferneuerung — das scheint also auch so ein Schlagwort zu sein: Das soll mindestens so formuliert werden, daß es deutlich erkennen läßt, was damit gemeint ist. Ich kann mindestens sagen, daß zwischen dem Finanzminister und dem Landwirtschaftsminister laufend Gespräche über eine einmalige AIK-Förderungsaktion für die Erneuerung der dörflichen Bausubstanz geführt werden.

Und nun zu einem anderen Kapitel. Ich möchte vielleicht auch die Frage aufwerfen und mindestens ein Märchen zerstören, das in den letzten Wochen wieder aufgetaucht ist, das da heißt: Die Stahlkrise in Österreich ist eine hausgemachte. Ich werde Ihnen aus einem Protokoll zitieren und sage Ihnen dann, wer das geschrieben hat, dann werden Sie sehen, daß die Formulierung einer hausgemachten Stahlkrise überhaupt nicht stimmt.

„Die EG schätzt für das Jahr 1983 eine Rohstahlproduktion von 107,5 Millionen Tonnen. Dies bedeutet eine Abnahme gegenüber 1974,

dem letzten Jahr vor Beginn der weltweiten Stahlkrise, um rund 31 Prozent. Der Beschäftigtenstand der Stahlindustrie der EG wird sich um zirka 38 Prozent, verglichen mit 1974, auf rund 490 000 verringern. Die EG-Kommission ist der Auffassung, daß die gegenwärtigen Stahlumstrukturierungen bis Ende 1985 zu einer Reduzierung um voraussichtlich weitere 100 000 Arbeitsplätze führen werden.“ — Das ist dem Protokoll entnommen, das der Vorstandsvorsitzende des VEW-Vorstandes, Generaldirektor Bayer, bei der letzten Aufsichtsratsitzung vorgelegt hat. Ich glaube, wir alle in diesem Haus wissen, daß der Herr Generaldirektor Bayer der ÖVP angehört. Das ist der Beweis dafür, daß es keine hausgemachte Stahlkrise gibt, sondern eine weltweite, von der ich meine, daß wir in Österreich sie bisher am besten gemeistert haben. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Steinbauer: Sie zitieren hier ein vertrauliches Protokoll?)*

Und nun möchte ich eine Bemerkung zu den Strukturhilfen machen. Die Vertraulichkeit ist auch dann noch gewahrt, wenn ich einen Auszug davon mache, um den Beweis zu liefern, daß Sie von hausgemachten Stahlkrisen sprechen, während die Manager, denen wir auch gewisses Vertrauen entgegenbringen, anderer Meinung sind, nämlich daß sie realistisch und echt ist. *(Abg. Steinbauer: Das ist ein vertrauliches Protokoll!)*

Bei den Zuschüssen, welche gewährt werden, sticht einer besonders hervor, der in der Bundesrepublik Deutschland zumindest einmal als Vergleich angeführt wird. Und zwar haben bei der ARBEN-Saarstahl, die insgesamt 14 000 Beschäftigte hat, die Staatszuschüsse jetzt eine Höhe von 2,5 Milliarden D-Mark erreicht, das sind rund 17,5 Milliarden Schilling. Im Vergleich dazu konnte Österreich bisher mit geringeren Mitteln Positives leisten. Jetzt wird eine Strukturhilfe von 16,6 Milliarden Schilling für die nächsten Jahre für die Umstrukturierung der Betriebe für über 100 000 Beschäftigte gewährt. Damit soll zumindest aufgezeigt sein, was sich in dieser Richtung weltweit tut und vor allen Dingen im europäischen Raum.

Wir sozialistischen Abgeordneten und Vertreter der Bundesregierung sehen die Wirtschaft in Österreich als Ganzes und werden uns sicherlich nicht auseinanderdividieren lassen. Es gibt nicht auf der einen Seite eine verstaatlichte Industrie und auf der anderen Seite die Privatindustrie. Diese beiden sind in einer Wirtschaftsordnung verbunden, und die eine kann ohne die andere sicherlich nicht

Rechberger

arbeiten. Ich werde in meinen weiteren Ausführungen noch zeigen, welche Abhängigkeit beziehungsweise Möglichkeiten es untereinander gibt, daß es hier zu Zulieferaufträgen und anderen Leistungen kommt.

Es gibt ja eine weltweite Krise der Grundstoffindustrie, das soll man auch sehr deutlich aussprechen, und das nicht nur im Bereich Eisen und Stahl, sondern auch in der Chemieindustrie, in der Papierindustrie, in der Glasindustrie und in allen anderen Bereichen.

Ich darf noch einige Zahlen, entnommen den Berichten der ÖIAG, hier bringen, um die Situation, wie sie vor uns liegt, zu analysieren.

Im Jahre 1980 waren noch 116 000 Leute im ÖIAG-Bereich beschäftigt, 1982 waren es 109 600. Es werden uns immer Vorwürfe hinsichtlich Beschäftigungsgarantie gemacht. Während der ÖVP-Alleinregierung waren im Jahre 1966 im ÖIAG-Konzern 123 000 Menschen beschäftigt, im Jahre 1970 waren es dann nur mehr 103 000, also innerhalb von vier Jahren ein Abbau von 20 000 Arbeitnehmern. Damals hat man keine Beschäftigungsgarantie in diesem Bereich ins Auge gefaßt.

Ich darf noch hinzufügen, daß auch die Ausbildung junger Menschen in der verstaatlichten Industrie hohen Stellenwert besitzt. Es sind zurzeit 5 300 junge Menschen in Facharbeiter- oder kaufmännischer Ausbildung. Ich möchte nicht unerwähnt lassen, daß der überwiegende Teil der jungen Menschen und in manchen Bereichen sogar alle, nachdem sie ausgelernt sind, nach der Facharbeiterprüfung über die Behaltspflicht hinaus weiterbeschäftigt werden. Damit leisten wir nicht nur einen sehr erheblichen Beitrag zur Jugendbeschäftigung, sondern darüber hinaus auch zur Weiterbeschäftigung nach der Lehrzeit.

Es gibt auch Versuche, junge Frauen in Metallberufen auszubilden. Diese Versuche haben bis jetzt hervorragende Ergebnisse gezeigt und werden auch so weitergeführt. Damit ist auch die Garantie gegeben, daß sich junge Frauen, nachdem sie einen Beruf erlernt haben, zum Beispiel Friseurin oder Verkäuferin, nicht eine Hilfsarbeitertätigkeit suchen müssen. Bei uns werden sie in ihrem erlernten Beruf weiterbeschäftigt. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Nun noch einige Bemerkungen zu den Umsatz- und Exportzahlen, welche in den letzten Jahren in den verstaatlichten Betrieben erreicht wurden.

Im Jahre 1980 wurden 144 Milliarden Schilling umgesetzt, davon 47 Milliarden im Export, im Jahre 1981 165,8 Milliarden, davon 54 Milliarden im Export; im Jahre 1982 168 Milliarden, davon 61,5 Milliarden im Export. Das zeigt also, daß, wenn hervorragende Produkte erzeugt werden, Umsatzausweitungen, damit auch Ausweitungen des Exports möglich sind.

Man muß aber auch dazusagen, daß in den letzten zehn Jahren gewaltige Summen in diesen Betrieben investiert wurden. Von 1973 bis 1982 wurden rund 80 Milliarden Schilling in die Betriebe investiert, um den Gegebenheiten des Weltmarktes und der Technologie Rechnung zu tragen, davon allein rund 17 Milliarden Schilling für Forschung und Entwicklung.

Es stimmt ja nicht, daß nicht in den letzten Jahren sehr viele neue Produkte erzeugt wurden, neue Betriebe gegründet wurden. Ich könnte allein für die Vereinigten Edelstahlwerke eine Liste von neuen Produkten und Produktionen hier vorlesen, um den Beweis zu liefern, daß sehr viel auf der Innovationsseite und bei der Erzeugung neuer Produkte getan wird.

Ein Beweis dafür ist das neue Ami-Werk in Unterpemstätten, das die Mitglieder des Verstaatlichtenausschusses erst jüngst besucht haben. Wir konnten uns davon überzeugen, was die Zukunft an neuen Produkten bringen wird. Es besteht aber auch die Möglichkeit für Umsatzausweitungen, wenn es eine Lücke auf dem Weltmarkt zu füllen gilt.

Die neue Turbinenschaufelfertigung in Kapfenberg hat Zukunft auf Grund der neuen Technologien, die dort verwendet werden. Das sind die Voraussetzungen dafür, um auch in Zukunft ein hohes Beschäftigungsniveau in den Eisen- und Stahlbetrieben aufrechterhalten zu können. Auch für das Batterieprojekt im Raum Mürtzschlag trifft dies zu.

Alle diese Leistungen sind zumindest ein Beweis dafür, daß die größten Anstrengungen unternommen werden und daß es bisher gelungen ist, die weltwirtschaftliche Stahlkrise in Österreich am besten zu meistern.

Nun zu den Vorwürfen, daß es anscheinend keine Konzepte gibt. Es gibt einen ganzen Berg von Konzepten. Ich meine, es gehört zu den Aufgaben von Firmenvorständen, diese ununterbrochen zu erneuern, um den Gegebenheiten Rechnung zu tragen. Diese Konzepte gibt es, sie werden ja nicht geheimge-

1816

Nationalrat XVI. GP — 22. Sitzung — 30. November 1983

Rechberger

halten, sie werden diskutiert und nach Möglichkeit, den Gegebenheiten entsprechend, gemeinsam mit der Arbeitnehmervertretung durchgesetzt.

Daß damit verbunden – und das kann ja auch einmal ruhig ausgesprochen werden – auch gewisse Freisetzungen sind, das ist ja kein Geheimnis. Aber es gibt Hilfen, die wir seitens des Bundes bekommen haben, zum Beispiel die Frühpensionierungen, die Aktion 57. Diese gilt ja nicht nur für den verstaatlichten Eisen- und Stahlbereich, sondern auch für die privaten Eisen- und Stahlbetriebe Österreichs. Dadurch gab es in manchen Bereichen keine Massenkündigungen, sondern es wurde eine humane Lösung gefunden, wobei noch damit verbunden ist, daß für drei ausscheidende ältere Arbeitnehmer, für die sich nach einem jahrzehntelangen schweren arbeitsreichen Leben diese Möglichkeit bietet, ein junger Mensch eingestellt wird beziehungsweise aus den Lehrwerkstätten übernommen werden muß. Damit ist die Voraussetzung geschaffen, daß die Jugend in diesen Bereichen nicht arbeitslos wird.

Darüber hinaus gibt es ja noch die Schulungsmöglichkeit. Selbst die Kurzarbeit ist eine Möglichkeit, Kündigungen zu verhindern, um kurzfristig oder auch längerfristig die Beschäftigung aufrechtzuerhalten.

Was das dritte Strukturkonzept in der VEW betrifft, möchte ich hier sehr deutlich sagen, daß die Ersteller dieses Konzeptes ausschließlich aus dem Bereich der ÖVP-Verantwortlichen in den Vorständen VOEST-Alpine und VEW kommen. Herr Abgeordneter Taus! Das Beschließen des Vorstandes ist zumindest eine Folge davon, daß es ÖVP-Vorstandsmitglieder der VOEST-Alpine und der VEW gemeinsam erstellt haben und bis zur ÖIAG dann die Beschlüsse gefaßt wurden.

Daß die Gewerkschaften jetzt nicht ein sogenanntes Gegengutachten, sondern eine Überprüfung dieses dritten Strukturkonzeptes in Auftrag gegeben haben, gibt uns zumindest das Gefühl, daß es wahrscheinlich Korrekturen geben wird. Aber darüber hinaus glauben wir, daß in Zukunft für die Edelstahlindustrie aggressivere Konzepte erstellt werden müssen, um eine gewisse Vorwärtsstrategie zu entwickeln. Es darf nicht den Schrumpfen von Betrieben und Belegschaften Vorrang eingeräumt werden, das möchte ich sehr deutlich sagen.

Wir werden dieses Gutachten, das die Gewerkschaften in Auftrag gegeben haben,

sehr eingehend zu diskutieren haben im Zusammenhang mit dem dritten Strukturkonzept der VEW und der Ersteller, der ÖVP-Manager aus dem Bereich VOEST-Alpine und VEW.

Vielleicht noch eine kurze Bemerkung. Es ist ja nicht unbekannt, es gibt an die verstaatlichte Industrie eine Reihe von Zulieferungen von zehntausenden Klein- und Mittelbetrieben in Milliardenhöhe. Es waren dies im letzten Jahr rund 30 Milliarden Schilling, die an Aufträgen an die private und gewerbliche Wirtschaft vergeben wurden. Es wurden in den letzten zehn Jahren rund 120 Milliarden Schilling an Steuern und Abgaben aus dem Bereich der verstaatlichten Industrie bezahlt. Darüber hinaus gibt es auch noch eine sehr hoffnungsvolle positive Entwicklung in der Handelsbilanz der Eisen- und Stahlproduktion in der verstaatlichten Industrie.

Wenn 1978 der Handelsbilanzüberschuß aus diesem Bereich 16,7 Milliarden Schilling betragen hat, so war er 1982 25,7 Milliarden Schilling.

Das waren zumindest einige sachliche Zahlen und Bemerkungen zur Situation im ÖIAG-Bereich und vor allen Dingen im Eisen- und Stahlbereich der verstaatlichten Industrie.

Ich möchte die Gelegenheit nicht vorbeigehen lassen, allen, die im Bereich der verstaatlichten Betriebe so große Leistungen vollbracht haben, zu danken. Ich möchte auch im Namen der Arbeitnehmer der Bundesregierung für ihre Hilfe danken, womit uns Möglichkeiten eingeräumt wurden, diese Krisensituation bisher am besten zu meistern. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* 12.54

Präsident Mag. **Minkowitsch:** Als nächster zum Wort gemeldet ist der Abgeordnete Dr. Taus. Ich erteile es ihm.

12.54

Abgeordneter Dr. **Taus** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Der Herr Bundeskanzler hat sich in seiner Wortmeldung ohne Zweifel auf der Höhe der Emotion befunden. Allerdings kann eine noch so gekonnt dargebrachte Emotion die Schwäche der Argumentation nicht überdecken. *(Beifall bei der ÖVP.)*

In der Wirtschaftspolitik geht es letztlich um Zahlen und um Fakten. Auch wenn sicherlich viel Psychologie dabei ist, das will ich nicht leugnen, kann man ohne Fakten und ohne Zahlen nur schwer argumentieren.

Dr. Taus

Lassen Sie mich aber zu den Feststellungen des Herrn Bundeskanzlers einige Bemerkungen machen. Ich mache mich überhaupt nicht darüber lustig, und ich habe auch noch nie einen Satz dagegen gesagt, wenn er von Kompliziertheit der Situation, von schwieriger Phase spricht. Ich bin durchaus seiner Meinung, es ist eine schwierige, komplizierte Situation, da gibt es für mich keine Diskussion.

Nur eines, meine Damen und Herren: Mit der defensiven Wirtschaftspolitik, die die Regierung betreibt, die einfach nichts anderes ist als ein Weiterstolpern auf dem Kurs von Dr. Kreisky, der nicht richtig war, werden wir die anstehenden Probleme sicher nicht bewältigen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn meinem Parteikollegen Dr. Kohlmaier vom Bundeskanzler ein Hauch von Demagogie vorgeworfen wird, so konnte ich mich bei allem Anerkennen der Emotion, die vom Bundeskanzler hier im Hohen Haus gebracht wurde, nicht des Eindrucks erwehren, daß über den Bemühungen der Regierung auch ein Hauch von Resignation liegt. Ich habe nicht einen Ansatzpunkt gesehen, wo man das versucht hätte, was man jetzt einfach probieren muß, mit allen Risiken probieren muß, nämlich eine Vorwärtsstrategie. Was wir hier machen oder was wir hier vorgeführt bekommen haben, ist nichts anderes als eine wirtschaftspolitische Flickschusterei. Ich werde mich bemühen, es zu begründen.

Meine Damen und Herren! Das erste ist das Problem der Beschäftigung. In diesem Haus wird immer wieder der ehemalige Minister Mitterer zitiert. Es hat übrigens eine Rehabilitierung des Ministers Mitterer gegeben, dem immer wieder unterstellt wurde, daß er sich gegen eine hohe Beschäftigung gewehrt habe. Und zwar hat niemand geringerer als der Generaldirektor der Nationalbank Dr. Kienzl vor Jahren schon gesagt, Mitterer habe das nicht so gesagt, wie es ihm vorgeworfen wurde. Es muß das Tonband noch geben oder auch den Fernsehfilm. Man soll sich nicht auf jemanden beziehen, der nicht mehr in diesem Haus ist, noch dazu, wo obendrein ein prominenter Vertreter Ihrer Partei darauf hingewiesen hat, daß das so nicht war, wie man es ihm nun seit vielen Jahren vorwirft.

Nun aber zum Problem der Beschäftigung. Niemand in diesem Haus, gleichgültig welcher Partei er angehört, wünscht sich Arbeitslosigkeit. Jeder will hohe Beschäftigung, ja Vollbeschäftigung.

Wir kommen nun einfach in die Schwierigkeiten einer geringeren Beschäftigung hinein. Wir werden diese nicht lösen können, wenn nicht endlich einmal auch Realismus in Österreich herrscht und vor allem auch Realismus bei der Regierung.

Meine Damen und Herren! Sie reden ununterbrochen davon, daß es Österreich gelungen ist, die Beschäftigungsfragen besser zu lösen als andere Staaten.

Ich sagen Ihnen nun zum x-tenmal, mir wäre das sehr recht, wenn das so wäre, aber es ist nicht so, es ist nicht besser gelöst worden, wir haben bloß ein paar andere Methoden angewendet.

Wenn Sie heute eine Wiener Tageszeitung lesen, dann werden Sie sehen, daß wir zurzeit ungefähr 100 000 Frühpensionisten haben. Ökonomisch gesehen ist ein Frühpensionist ja überhaupt nichts anderes als jemand, der vorzeitig aus dem Arbeitsprozeß ausgeschieden ist. Er hat seine Arbeit verloren. Das ist eine Art von Arbeitslosigkeit.

Wir haben halt 50 000 bis 100 000 ... *(Abg. Wille: Das gibt es in Frankreich und Deutschland genauso!)* Ich sage ja gar nichts dagegen, wir haben 50 000, 80 000 — wir wissen es nicht genau, weil es Dunkelziffern sind — Gastarbeiter nach Hause geschickt genauso wie die Schweiz.

Wenn wir all dies zu unserer derzeitigen Arbeitslosigkeit addieren, dann liegen wir vielleicht eine Nuance günstiger als der europäische Durchschnitt, wir liegen mit der Arbeitslosigkeit so etwa auf dem Niveau der Bundesdeutschen. *(Abg. Wille: Nein, weil die haben ja dieselben Aktionen! Die schicken sie schon mit 55 nach Hause!)* Aber das haben Sie nicht, Herr Kollege Wille. Es gibt dort keine Aktion 57, es gibt dort keine Aktion 52 in der Bundesrepublik Deutschland.

Nennen Sie mir die Zahlen, sagen Sie mir, wie viele Gastarbeiter die Deutschen nach Hause geschickt haben, wie viele wir nach Hause geschickt haben. Es hat doch keinen Sinn, darüber zu diskutieren ohne Fakten.

Ich gehe noch einen Schritt weiter. Auch die Schweizer, die die mit Abstand niedrigste Arbeitslosigkeit in Mitteleuropa ausweisen, ich hab das auch x-mal hier von diesem Platz aus gesagt, haben etwa 300 000 Gastarbeiter nach Hause geschickt. Das heißt, sie haben Arbeitslosigkeit exportiert, sie haben es auch

1818

Nationalrat XVI. GP — 22. Sitzung — 30. November 1983

Dr. Taus

nicht geschafft, Vollbeschäftigung zu erhalten.

Unsere Problematik und unser Realismus, zu dem wir uns bekennen sollten, sind, daß wir wissen, daß wir auch riesige Schwierigkeiten haben und daß es sinnlos ist, was die Regierung macht, sich nämlich einer Sache zu berühren, die wir nicht besser geschafft haben als im Durchschnitt andere hochentwickelte westliche Industriestaaten auch. Das ist die Problematik, vor der wir stehen. Solange wir uns davon nicht lösen können, werden wir nie einen vernünftigen Weg finden, wie wir die Zukunftsprobleme lösen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Nun aber weiter zu den Äußerungen des Herrn Bundeskanzlers. Ich verstehe vollkommen, daß der Bundeskanzler sagt, er wolle keinen Kurswechsel. Ich habe auch schon x-mal von hier gesagt, nennen Sie es, wie Sie es wollen. Sie werden gezwungen sein, die Wirtschaftspolitik der Regierung Kreisky zu ändern, und Sie sind ja schon gezwungen. Sie sind ja schon gezwungen, Sie können es ja nicht mehr halten.

Ich habe durchaus Verständnis für parteipolitische Loyalität gegenüber einem Mann, der bei Ihnen eineinhalb Jahrzehnte an der Spitze Ihrer Partei stand, ich habe volles Verständnis, daß man jetzt nicht hergeht und sagt, alles war falsch und alles war schlecht, was er gemacht hat, das ist keine Frage. Würde mich wundern. Ich muß Ihnen ehrlich gestehen, wenn Sie das tun würden, würde es mich unangenehm berühren, weil man einfach so etwas nicht macht, auch wenn vieles von dem, was hier getan wurde, falsch war, meiner Meinung nach falsch war. Die Opposition kann das sagen, daß der Bundeskanzler das verteidigen muß, ist völlig klar.

Ich gehe einen Schritt weiter, jetzt gehe ich einen Schritt weiter. Nun sagt der Bundeskanzler, und das ist das Entscheidende, auch in den Maßnahmen bleiben Sie nun tatsächlich auf diesem Kurs. Bei den Maßnahmen, die die Regierung trifft, bleiben Sie tatsächlich auf dem Kreiskyschen Kurs. Wir halten — ich möchte das zum x-ten Male hier sagen —, wir halten die Kreiskysche Wirtschaftspolitik für falsch und warnen die Regierung Sinowatz, auf diesem Weg fortzufahren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich nenne Ihnen einige Punkte, ich komme gleich zum Budget. Der Bundeskanzler ist natürlich auch budgetverantwortlich ebenso wie der Finanzminister. Ich habe dem Finanz-

minister ja x-mal attestiert, daß er ein schweres Erbe angetreten hat. Ich attestiere ihm das weiter.

Die strategischen Fehler der Finanzpolitik sind in der ersten Hälfte der siebziger Jahre gemacht worden, in den ersten Jahren Ihrer Regierungspolitik, in der Regierung Kreisky und durch den Bundeskanzler Kreisky, so daß er das übernommen hat, nur die Korrektur ist ja nicht da. Und das nächste ist: Genauso wie mehr Realismus in der Beschäftigungsfrage notwendig ist, ist genauso der gleiche Realismus im Budget notwendig.

Lassen Sie mich sagen, was ich damit meine. Ich halte nichts von dem Glasperlenspiel, das hier mit Budgetdefiziten betrieben wird, die unter 100 Milliarden bleiben sollen, ob wir sie halten werden und ähnliches mehr.

Meine Damen und Herren! Das Budgetdefizit des Jahres 1983 bzw. das des Jahres 1984 liegt natürlich weit über 100 Milliarden Schilling. Es liegt weit über 100 Milliarden Schilling, und warum? Ich habe verstanden, daß der Finanzminister am Beginn seiner Amtszeit, als er da draufgekommen ist, sich darüber beklagt hat, daß man durch Hinausschieben von Tilgungen von Krediten ihm auf einmal einen riesigen Konsolidierungsbedarf zugeschoben hat.

Jetzt macht er ja im Prinzip genau dasselbe. Was macht er? Er übernimmt Bürgschaften, wo er zum Zeitpunkt der Bürgschaftsübernahme genau weiß, daß diese Bürgschaften eine budgetäre Belastung sind. Sprich: daß es eine Ausgabe der öffentlichen Hand ist.

Nehmen wir die berühmten 16,6 Milliarden, die jetzt der verstaatlichten Industrie gegeben werden.

Das ist budgettechnisch so gelöst, daß eine Bürgschaft übernommen wird, eine Bürger- und Zahlerhaftung der Republik Österreich, für Kapital plus Zinsen, jeder weiß, daß das eine budgetär wirksame Ausgabe ist und natürlich der größte Teil davon — wir hoffen, daß vielleicht was zurückkommt — vom Bund getragen werden muß.

Was bedeutet das für das Budget 1984? Das bedeutet, daß das Budgetdefizit nicht 94 oder wieviel Milliarden betragen wird, wenn sich nicht andere Indikatoren ändern, sondern daß es 114, 115 oder wieviel Milliarden sein werden. Ich muß es ja nur dazuaddieren. Und heuer muß ich einen Teil dazuaddieren. *(Bun-*

Dr. Taus

desminister Dr. Salcher: Sie wissen doch genau, daß wir im nächsten Jahr zahlen!)

Natürlich müssen Sie das machen, sonst kriegen Sie doch keine Bilanz mehr hin, aber ich möchte im Detail nicht mehr darüber reden, weil wir genau wissen, wie die Defizite, die Verluste der heurigen Jahre in wichtigen Verstaatlichten ausschauen, das steht ja im wesentlichen schon fest. Daher wissen Sie, daß ein großer Teil dieser 16,6 Milliarden Schilling bereits verbraucht ist. Ist doch egal, da brauchen wir uns doch nichts vormachen. So ist es. Meine Fraktion hat ja hier in diesem Haus gesagt, daß wir nicht dagegen sind, daß die 16,6 Milliarden Schilling gegeben werden. Daher sage ich im vollen Bewußtsein dessen, was ich damit sage, zum größten Teil sind diese 16,6 Milliarden Schilling bereits verbraucht.

Sie werden noch schauen, was aus manchen Unternehmungen, vielleicht ist es noch gar nicht an Ihr Ohr gedrungen, noch an zusätzlichen Verlusten kommen wird. Aber ich habe nie über Dinge gesprochen, die nicht veröffentlicht wurden oder veröffentlicht waren, daher werde ich das auch jetzt nicht tun. Daher hat es keinen Sinn. Es hat daher keinen Sinn, sich etwas vorzumachen. Natürlich liegt auch das präliminierte Defizit 1984 über 100 Milliarden. Das sollte klar gesagt werden.

Nun komme ich zur nächsten Frage, weil der Herr Bundeskanzler über das Budget geredet und gemeint hat, daß dieses Belastungspaket, wie wir sagen, Maßnahmenpaket, wie Sie sagen, daß dieses eine Lösung der Probleme für die Zukunft ist. Ich sage Ihnen meine Meinung: Es ist keine Lösung der Probleme für die Zukunft, und ich möchte es begründen.

Sie haben sicher den Beitrag von Dr. Lehner in der jüngsten CA-Zeitung gelesen. Er sagt, da müßten sich die meisten Ökonomen einig sein, daß die Ausgabenelastizität, wie das verschämt formuliert wird, geändert werden muß. Das heißt auf gut Deutsch, verkürzt übersetzt: Wenn bei den Ausgaben keine Einsparungen fertig gebracht werden, dann gibt es einfach keine Budgetsanierung. Nicht, daß ich glaube, daß das ein Allheilmittel ist, daß das nicht weh tut, ja Ausgabenkürzungen schmerzen ungeheuer. Sie tun möglicherweise in der ersten Phase viel mehr weh als eine Steuererhöhung.

Ich sage dezidiert von diesem Platz hier aus: Ausgaben jemandem, der vielleicht lang-

jährige Ansprüche darauf hat, zu kürzen, ist viel schwieriger, und es geht primär nicht ums Kürzen, es geht um die Reduktion der Zuwächse. Und um was anderes geht es in der Regel beim Budget nicht. Es geht ja immer nur darum, daß man Zuwächse reduziert. Das ist viel schwieriger, viel härter, das Geschrei ist viel größer, das hier erhoben wird, mit Recht, die Demokratie ist nun einmal Gott sei Dank eine Regierungs- und Staatsform, wo sich etwa jeder in der Öffentlichkeit melden kann und auch melden soll, wie berechtigt und unberechtigt sein Anspruch nun sein mag.

Daher also, man muß dort hineinsteigen. Sie haben es nicht riskiert, Ausgaben zu bremsen. Ich verstehe es ja. Aber gerade am Anfang der Legislaturperiode hätte es eine Chance gegeben. Jetzt hätten Sie die Chance gehabt, weil das Geschrei vielleicht nicht so laut gewesen wäre. Aber da kommt ja die politische Entscheidung. Aber das ist Ihre Entscheidung, nicht unsere Entscheidung. Natürlich, da braucht man dazu eine Regierung, wo alle Partner tragen können. Nicht nur Zählkandidaten. Aber das ist ja Ihre Angelegenheit, meine Damen und Herren in der größten Regierungspartei.

Nun aber die nächste Frage. Jetzt zu dem Maßnahmenpaket. Daß man da oder dort Steuern erhöhen muß, daß man Gebühren erhöhen muß, wissen wir genau, kann man manchmal nicht vermeiden. Niemand von uns ist der Meinung, daß das völlig vermeidbar ist. Nur, Sie haben das Hauptgewicht darauf gelegt. Warum ich deshalb eine solche Besorgnis habe, und ich hoffe, meine Sorgen erweisen sich als nicht richtig, die werden, wenn Sie wollen, durch die Entwicklung widerlegt, sie sind nicht gerechtfertigt, ich hoffe das sogar: Wenn in so einer Phase, wo international gesehen, von Amerika ausgehend, ein zartes Pflänzchen eines Konjunkturaufschwunges kommt, bei den Amerikanern ist es schon sehr stark, die werden heuer 4, 4 ½ Prozent reales Wirtschaftswachstum haben, bei einer relativ niedrigen Inflationsrate, sehr niedrigen sogar, in den USA glaubt man, daß nächstes Jahr die Wirtschaft weiter nachwachsen wird, da ist zu rechnen, meine Damen und Herren, daß auch bei uns in Österreich die Konjunktur besser wird. Wenn eine Mehrwertsteuererhöhung dort gemacht wird, dann kann es passieren, daß die Inflation stärker wird, daß positive psychologische Faktoren ins Gegenteil umschlagen und die Leute pessimistisch werden.

Das ist die Problematik. Darum bin ich per-

1820

Nationalrat XVI. GP — 22. Sitzung — 30. November 1983

Dr. Taus

sönlich ein Gegner der Mehrwertsteuererhöhung.

Die Zinsertragsteuer ist eine harte Geschichte. Ich habe nie einen Ton anders gesagt als: die Schweiz hat eine Verrechnungssteuer. Mir wäre dieses System lieber gewesen, wenn man es schon gemacht hätte, aber das ist eine zweite Frage.

Nur: Das Hauptproblem, um das es mir geht, die Mehrwertsteuererhöhung, Sie können nachschauen bei vielen Wortmeldungen von mir, auch bei Referaten draußen, ist das immer meine Linie gewesen, natürlich habe ich sie vorsichtig formuliert, aber das war es, die Mehrwertsteuererhöhung war sicher nicht richtig. Vielleicht wachsen die anderen Staaten und kommen ein Stück nach vor und uns passiert eine Stagflation. Genau das ist es, wovor ich mich fürchte, und daher halte ich diese Maßnahmen für falsch. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber es war ausgehandelt, so ist es, daß Sie sich Mehreinnahmen verschaffen müssen. Sie haben eine sinkende Einnahmenelastizität, das haben Sie, weiß jeder, das kann jeder nachlesen, aber das ist ja auch schon etwas Gefährliches, wenn einmal schon jeder über die Schattenwirtschaft in Österreich schreibt. Für das Land ganz gut, denn ist ja eine Wertschöpfung, die hier kommt. Für den Finanzminister schlecht, weil er nichts davon sieht.

Nun vielleicht zu dem Problem, das der Herr Bundeskanzler „Populismus“ genannt hat, ein Wort, das einmal sein Vorgänger in die Diskussion geworfen hat. *(Abg. Wille: Wenn Sie gegen die Mehrwertsteuererhöhung sind, fehlen auf einmal 12 Milliarden!)*

Verehrter Herr Klubobmann! Ich habe gesagt, es wird lautes Schreien geben, wenn man bei Ausgaben ein bißchen spart. Und in der jetzigen Konjunktursituation — geringe Zuwachsraten — wären auch in meiner Partei vielleicht viele Stimmen dagegen laut geworden. Aber das ist eben Regieren. Das ist ja Ihre Aufgabe. Richtiger wäre es gewesen, auf die Ausgabenseite, auf die Kürzung der Ausgabenseite, der Restriktion, das größere Gewicht zu legen. *(Abg. Braun: Wo denn?)* Das kann man schon sagen. Ich halte es nicht so, wie es Herr Dr. Kreisky gesagt hat, als er Oppositionsführer war. Sie regieren. Mich geht es überhaupt nichts an, was in den hunderttausenden Budgetpositionen passiert. Wir haben es Ihnen ja gesagt. Wir haben gesagt, wenn man im Durchschnitt erreicht, daß man im Jahr über den geplanten 1 bis 2 Prozent

unter den Zuwachsraten bleibt, also wenn 6 Prozent Zuwachsrate bleibt, da drückt man sie vielleicht auf 4 Prozent hinunter, daß das der Weg ist, wie wir glauben, daß eine Budgetsanierung gemacht wird. Und jetzt geht es in die tausend Einzelpositionen natürlich hinein. Ich bin sehr gerne bereit... *(Bundesminister Dr. Salcher: Personal!)* Ah, jetzt haben Sie ein Stichwort gegeben! Es ist heute Personalvertretungswahl, ich habe es ja vorher gesagt, ich sage Ihnen gleich meine Meinung dazu.

Sie haben wieder die Zahl der Dienstposten erhöht. Ich habe überhaupt nichts gegen Beamte. Ich bin zeit meines Lebens keine Stunde ein Beamter gewesen, ein öffentlich Bediensteter gewesen. Ein moderner Verwaltungsstaat, Industriestaat braucht einen funktionierenden öffentlichen Apparat. Da gibt es überhaupt keine Diskussion. Nur, dieser Apparat in Österreich — ich nehme Länder, Gemeinden überhaupt nicht aus —, der öffentliche Apparat in Österreich, das, was vom wertschöpfenden Sektor erhalten werden muß, hat bei uns eine Dimension, daß Sie damit den Optimismus — ich bleibe wieder beim Kollegen Wille —, den Optimismus in der Wirtschaft erschlagen, weil dort gesagt wird, wenn die ununterbrochen den öffentlichen Sektor ausweiten, kann man sich ausrechnen, daß der Staat immer teurer wird und daß die Beamten so viel kosten werden und der ganze öffentliche Bereich so viel kosten wird, wo bleiben dann wir? Dann müssen die Steuern steigen. Dann wird eben nichts mehr riskiert. Wir haben in Österreich diese Mentalität schon sehr stark.

Und jetzt komme ich zur Staatsquote, die der Bundeskanzler hier auch wieder angezogen hat. Natürlich haben wir eine hohe Staatsquote. Wenn man von der Ausgabenseite rechnet, haben wir über 50 Prozent. Die Alternative hiebei: Entweder mehr Staat, mehr öffentliche Ausgaben für den nichtproduktiven Bereich oder eine Vorwärtsstrategie für die Wirtschaft, für den Produktionsapparat. *(Beifall bei der ÖVP. — Zwischenruf des Abg. Braun.)*

Ich mache den nächsten Schritt. Der Bundeskanzler hat gesagt, ohne Opfer geht es nicht. Ich bin seiner Meinung. Opfer wird es oft geben. Das ist so. In normalen Zeiten tun halt Opfer viel mehr weh. Wir haben Gott sei Dank doch relativ normale Zeiten. Ich würde das nicht anders sehen. Das ist so.

Man kann nicht sagen, es geht uns sehr gut, aber ich würde nicht sagen, daß es abnormale

Dr. Taus

Zeiten sind. Opfer kann man von den Leuten verlangen, aber Opfer, wo der Sinn erkennbar wird, daß man vielleicht mit diesem Opfer eine Chance kriegt, eine Vorwärtsstrategie zu finanzieren. Ich habe Ihnen immer gesagt, mich hat nie sosehr das Budgetdefizit in manchen Phasen gestört als das, was mit den öffentlichen Mitteln gemacht wird.

Wenn man darauf zurückkommen will, weil Sie sich entschieden haben, ob das jetzt AKH oder das Konferenzzentrum ist, ich will das nicht ins Polemische bringen, was mich daran stört, ist ja nicht, daß man es macht, sondern mich stört daran, daß es eine Mentalität ist. Es ist der Glaube, aus einer kurzfristigen Betrachtungsweise heraus, daß man etwas baut, das kurzfristig Einkommen schafft, das aber per Saldo langfristig Folgekosten bringt, die vom produktiven Bereich verdient werden müssen.

Wenn man diese Mittel dafür ausgegeben hätte, daß man versucht hätte, in einer Vorwärtsstrategie, ich sage das deutlich, auf Teufel komm raus zu schauen, daß wir unseren Produktionsapparat verbessern, wäre das besser gewesen. *(Zwischenruf bei der SPÖ.)*

Das heißt, ich glaube, dieses Diminuieren, dieses Verkleinern der Staatsquote und Sagen, das ist eh alles nicht so arg, es ist wurscht, ob es Bund, Länder oder Gemeinden sind, die Gebietskörperschaften, da kann man nichts machen, das ist bei uns hoch.

Und was wir den Menschen sagen sollten, ist, wir wollen uns bemühen, nicht, daß wir sie senken, aber daß wir nicht in eine Steigerung der Staatsquote hineinkommen; wir sollten sagen, schaut, wir wollen ein bisserl eine Ruhe geben, ihr könnt langfristig oder mittelfristig ruhig planen. Solange das nicht geht, werden Sie so etwas nicht hinkriegen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Nun komme ich zu der nächsten Frage, die der Bundeskanzler hier angeschnitten hat, indem er gesagt hat, er kann keine Wunder wirken. Niemand verlangt Wunder von ihm. Aber die Hauptfrage liegt ja woanders. Die Hauptfrage liegt ja bei den Rahmenbedingungen.

Ich glaube, mit dem Kurs, den Sie jetzt hier steuern, werden Sie die Rahmenbedingungen nicht so festsetzen können, daß die österreichische Wirtschaft in eine Aufschwungsphase kommt.

Lassen Sie mich nur ein paar Argumente

sagen, das mache ich schon im Zusammenhang mit den Ausführungen von Kollegen Wille. Ich nehme wie immer nur veröffentlichtes Material hier. Wenn Sie den jüngsten Bericht des Wirtschaftsforschungsinstituts heftes zur Hand nehmen, werden Sie da einige sehr harte Feststellungen finden. In weiten Teilen der verstaatlichten Großindustrie war 1982 der Cash-flow negativ. Nimmt man die Statistik über die größten 100 US-Unternehmungen her, dann sieht man, daß nur wenige im Verlust sind. Von einem negativen Cash-flow keine Rede. Bei uns aber sind zwei Drittel der größten 20 Industrieunternehmen im Verlust. Das gleiche gilt für die Deutschen, das gleiche gilt für die Schweizer, das gleiche gilt für die Holländer, das gleiche gilt für die Skandinavien.

Das heißt, meine Damen und Herren, die Politik der Regierung, von der ich anerkenne, daß sie versucht hat, einen österreichischen Weg zu gehen, der Kollege Wille hat ihn extra zitiert, dieser österreichische Weg ist nicht gelungen.

Wir haben zu einem großen Teil die Großindustrie dafür geopfert, meine Damen und Herren, das soll einmal gesagt werden, ich bin dort nicht tätig. Die Regierung hat sie ihrem Kurs geopfert und ist mit ihrer Wirtschaftspolitik gescheitert. Das ist doch das Hauptproblem, dort, wo eine große Wertschöpfung kommen soll, haben wir in dem Augenblick, wo die Konjunktur da und dort beginnt, zu einem erheblichen Teil schwere Verluste, weil wir dort sanieren müssen, wo wir längst wieder verdienen sollten. Ich rede nicht von der Eisen- und Stahlindustrie. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich rede von Maschinen, ich rede von der Elektro-, ich rede von der Chemieindustrie, wo anderswo längst wieder dick verdient und dick investiert wird und wo uns das Wasser bis zum Hals steht. Und das ist der strategische Fehler, den die sozialistische Regierung gemacht hat, und ich beklage tief, daß ihn die jetzige Regierung nicht korrigiert. *(Beifall bei der ÖVP.)*

16,6 Milliarden Schilling für die Verstaatlichte, dort eine Milliarde, da eine Milliarde zur Verlustabdeckung. Das ist völlige Defensive.

Jetzt sage ich etwas, und ich bitte, mir das nicht als povozierend oder demagogisch ausulegen. Schauen wir es uns an, vielleicht irre ich mich. Nennen Sie mir 5 österreichische Industrieunternehmen, die, seitdem Sie

Dr. Taus

an die Regierung gekommen sind, bedeutend geworden sind, die es vorher nicht gegeben hat. Das wäre ein Zeichen der Dynamik. Nichts. Es rührt sich nichts. Sie haben die ganze Industrie in ein bürokratisches Korsett eingespannt, und das Resultat: Ruhe überall. (*Abg. Braun: Das stimmt doch nicht!*)

Nennen Sie mir fünf, Herr Kollege, kommen Sie heraus, privat fünf, die bedeutend geworden sind in der Produktion in diesen 13 Jahren, neue, die es vorher nicht gegeben hat. (*Abg. Braun: „Neue“! Aber was ist bei Siemens, was ist bei Philips! Wir haben Weltproduktionen übernommen!*)

Jetzt sage ich Ihnen wieder etwas, Kollege Braun: Ich war der, der unter einem riesigen Protest Ihrer Partei damals diese, wie wir glauben, relativ gelungene Rückführung der Betriebe an Siemens mitvollbracht hat. Ich will das hier nicht betonen. Alle wissen es, der Kollege Wille weiß es, alle, darüber brauchen wir nicht zu reden.

Ich bin kein Chauvenist, sondern ich glaube, mir ist ein Ausländer genauso lieb wie ein Österreicher, aber ich bin halt ein Österreicher. Ich möchte Österreicher sehen. Ich möchte die Kreativität unserer Leute sehen, die gibt es ja auch.

Ich werde Ihnen etwas sagen: Nicht einer ist in diesen 13 Jahren relativ groß geworden, obwohl davon 6 oder 7 Jahre ausgezeichnete Konjunkturjahre gewesen sind.

Ich sage Ihnen auch, warum: Jemand, der Riesenverluste macht, den läßt man nicht absaufen, das sehe ich ein, wir haben ja gesagt, wenn wir auch nicht zugestimmt haben, wir haben ja gesagt. Man läßt ihn nicht absaufen.

Aber wenn man demjenigen, der positiv ist und der investiert, per Saldo 70 und mehr Prozent vom Gewinn wegsteuert, anderen schwere Verluste ersetzt, dann wird es keine Dynamik geben.

Bitte überlegen Sie sich einmal die Linie, auch bei der Steuerreform, lassen Sie sich nicht zu lange Zeit, ob man nicht dort etwas machen kann. Das heißt, daß man die Leute, die bereit sind zu riskieren, auch belohnt, auch steuerlich belohnt, meine Damen und Herren. (*Beifall bei der ÖVP.*) Das ist doch die Hauptfrage, um die es uns geht. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Wille: Was ist denn mit unseren Genußscheinen? Risikokapital...!*)

Ja, haben wir ja auch gemacht. Aber es geht auch im unternehmerischen Bereich so.

Das heißt, wenn jetzt einer neu anfängt — wir haben eine Reihe von Vorschlägen gemacht, sie standen in der Zeitung, ich will sie nicht wiederholen —, dann kriegt er einmal drei Jahre Steuerfreiheit und ähnliches mehr. Das ist vielleicht ungerecht gegenüber denen, die schon da sind. Aber so muß ich versuchen, Industriepolitik nach vorwärts zu treiben: Vorwärtsstrategie. Das kann auch danebengehen. (*Abg. Braun: General Motors!*)

General Motors, verehrter Herr Kollege, würde ich jetzt an Ihrer Stelle nicht anführen. Ich habe nie etwas gegen General Motors gehabt, das muß ich auch sagen. (*Abg. Braun: Aber Ihre Partei!*)

Hier geht es um etwas ganz anderes. Da fragen Sie aber auch bitte Leute in der Wirtschaft, die Ihnen nahestehen. Bei General Motors war die Diskussion in einer ganz anderen Richtung. Bei General Motors wurden Milliarden gegeben für Ausländer. Die haben durchaus etwas gemacht, keine Frage.

Aber wo kriegt der Österreicher etwas? Dem schickt man unter Umständen — nicht daß jemand Steuer hinterziehen soll; ich bin ein Gegner von Steuerhinterziehungen — natürlich die Betriebsprüfung. Niemand hat auch nur annähernd solche Subventionen bekommen wie General Motors. Das war der kritische Punkt, nichts anderes. (*Abg. Braun: Denken Sie doch an die Förderungen für die Klein- und Mittelbetriebe!*)

Aber, Herr Kollege Braun! Zunächst einmal ist die erste Frage, um die es geht: Es nützt mir doch nichts, wenn ich in die österreichische Industriestruktur hineinpatze, um das so zu sagen. Ich muß schauen, daß ich unsere eigene Industrie harmonisch mitentwickle. Dort hat es doch gefehlt, und das ist es, was wir haben wollen, meine Damen und Herren. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich muß aber zu den Ausführungen des Herrn Kollegen Wille doch ein paar Sätze sagen, weil ich da etliches nicht unwidersprochen lassen kann. Ich möchte es chronologisch machen.

Das erste ist, es hat ein paar Bemerkungen gegeben, meine Auffassung im Zusammenhang mit Hegemoniebestreben; er hat eine sehr schöne Stelle des Vortrages von Carl Friedrich v. Weizsäcker zitiert: Hegemoniebestreben in einer Demokratie, davon betroffen

Dr. Taus

fühlen kann sich immer nur der Regierende. Der Oppositionelle hat ja keine Chance zum Hegemoniestreben, er ist ja draußen, nicht an der Regierung. Er kontrolliert, er kritisiert, das ist seine Funktion.

Daher, wenn schon vom Hegemoniestreben etwas gesagt wurde — ich drücke mich um das Problem nicht herum —, möchte ich die zwei rechtlichen Bereiche anschneiden, zu denen der Kollege Wille Stellung genommen hat.

Das erste war das Problem Verfassungsgerichtshof. Ich möchte mich mit Personen überhaupt nicht befassen, sondern nur mit dem Grundsätzlichen.

Politik, wenn man an der Macht ist, denaturiert sehr leicht zur bloßen Personalpolitik. Man besetzt das, was man besetzen kann. Man sagt: Moment, jetzt sind wir dran, und jetzt geht das halt so, wie wir es in der Öffentlichkeit vertreten können.

Ich verstehe das sogar, so ist es eben. In Österreich hat es seit 1970 nicht so gigantische Verschiebungen im Wählerpotential gegeben, daß das so große Personalveränderungen gerechtfertigt hätte.

Bleiben wir aber jetzt beim Verfassungsgericht. Sehen Sie, das ist ein sensibler Punkt. Hier hat es eine Vereinbarung der Klubs gegeben. Das ist nicht die erste Vereinbarung. Ich erinnere Sie daran, was die ÖVP mit dem berühmten Klubabkommen durchlitten hat, das als Krampus-Abkommen bezeichnet wurde, mit Withalm und Pittermann seinerzeit. Ich war eines der Beiwagerl von Withalm, dem damaligen Generalsekretär und Klubobmann der Partei, der mit dem damaligen Klubobmann Pittermann, dem ehemaligen Parteivorsitzenden der SPÖ, dieses Krampus-Abkommen — so wurde es genannt — geschlossen hat.

Danach haben wir in der Öffentlichkeit eine auf den Schädel gekriegt, daß alles gescheppert hat. Jahre danach wurde noch darauf hingewiesen. Und jetzt muß man wieder etwas sagen. Alle, die dort verhandelt haben, an der Spitze Withalm, sind gestanden wie eine Eins. Obwohl es in unserer Alleinregierung relativ einfach gewesen wäre, das zu ändern, und zwar mit einem rein formalen Verfahren. Wir hätten halt wieder eine Sitzung einberufen und hätten gesagt: Bitte schön, es haben sich die Verhältnisse geändert. Wollt ihr so, wollt ihr nicht? Nein, wollt ihr nicht? Leider, tut uns leid!

Nichts hat Withalm gesagt, nicht einen Satz! Wir sind jahrelang — ich nur ein wenig, weil ich dort Beiwagerl war, er voll — im Regen gestanden, weil wir eine Klubvereinbarung gehalten haben — primär er —, und zwar eisern gegen alle Anfechtungen aus der eigenen Partei. Da hat es nämlich viele gegeben, die gesagt haben: Hermann Withalm, hör doch auf, das ist doch ein Wahnsinn, du ruinierst dich! — Er hat gesagt, das habe ich unterschrieben, und daran halte ich mich! (*Abg. Mag. Minkowitsch: Ein Notar!*)

Nun kommt die nächste Geschichte, eine Klubvereinbarung in Sachen Verfassungsgerichtshof — ich kenne sie, ich habe sie nicht genau im Kopf, aber ich kenne sie —, die damals zwischen einem Ihrer Vorgänger, Weisz, und unserem damaligen Klubobmann Koren geschlossen wurde.

Da muß man, auch wenn es unangenehm ist, zumindest so lange verhandeln, bis man halbwegs einen Kompromiß gefunden hat, daß die anderen — also wir — sagen: Also bitte schön, ganz so war es nicht, aber wir können dazu ja sagen.

Das macht es aus, was ich kritisiere. Nicht daß Sie versuchen, einen Posten zu besetzen, nein, das ist politisch legitim. Aber es ist ja, soviel ich gehört habe, fast nicht verhandelt worden. Es ist alles sehr kurz gewesen, und das geht eben nicht.

Jetzt sage ich Ihnen noch etwas, ich habe es Ihnen auch schon einmal von hier aus gesagt.

Meine Damen und Herren! Die Kooperation der großen politischen Kräfte, auch wenn Sie jetzt Regierung sind und wir schon lange in der Opposition sind, braucht das Land wie ein Stückerl Brot! Ein anderes Vorgehen zerstört Vertrauen, und Vertrauen ist viel wichtiger als alles andere. (*Beifall bei der ÖVP.*) Nichts mehr dazu, nichts zu Personen.

Darum geht es: Halten, auch wenn es mir unangenehm ist! Das, was hier gesagt wurde: *Pacta sunt servanda*. Darauf beruht die freie Ordnung, auch wenn es einem nicht angenehm ist und wenn man es gerne anders hätte. Aber so ist es.

Oft und oft muß jeder von uns im Berufsleben Dinge halten, von denen er sich sagt: Das möchte ich eigentlich nicht. Das habe ich damals übersehen! — Nein, halten! *Pacta sunt servanda*.

Dr. Taus

Ich bitte Sie, überlegen Sie das noch einmal. Zumindest ein Gespräch — nicht mit mir, ich bin da nicht involviert — mit den führenden Funktionären unserer Partei.

Und auch das zweite: Ich drücke mich nicht um das herum, was auch gesagt wurde, um die Sache mit den unabhängigen Gerichten und mit dem Landeshauptmann von Niederösterreich.

Ich glaube, daß die österreichische Justiz gut funktioniert. Kein Wort dagegen, sie funktioniert tadellos. Wie immer bei einem so großen Apparat mit viel Knirschen und mit viel Sand, aber sie funktioniert.

Ich sage ganz offen: Auch Richter, Staatsanwälte sind Menschen, wie wir alle öffentlichen Diskussionen ausgesetzt. Jeder kann sich ja nicht davon lösen. Aber ich glaube, die Gerichte funktionieren, sie sind in Ordnung.

Was wir und ich an dieser Sache so furchtbar finden, losgelöst von der Person Ludwig, ist: Da ist ein Landeshauptmann und jetzt ein Minister, die miteinander vor Gericht streiten. Ludwig ging vor Gericht, der Minister wurde von ihm geklagt. Das Verfahren geht nicht weiter, aus welchen Gründen immer. Das ist nicht gut, das müssen Sie spüren, Sie sind ja Politiker. Und Sie haben auch ein Gespür, ich glaube nicht, daß Sie das nicht spüren.

Zweite Frage, die hier kommt: Da gibt es einen Oberstaatsanwalt, der in diesem Haus schon so oft zitiert wurde. Nun ist einmal in einem Vorverfahren der Staatsanwalt der Herrscher dieses Verfahrens. Der Untersuchungsrichter macht im wesentlichen die Anträge und ähnliches. Ich bin kein großer Strafrechtsspezialist, ich habe mich mein Lebtag nicht besonders damit beschäftigt.

Und nun wird in der Öffentlichkeit ein großes Trara gemacht, die Zeitungen sind voll. Auch logisch: bei einem führenden Politiker ist es halt anders als bei einem anderen Staatsbürger. Das ist der Unterschied. Nicht weil der führende Politiker besser ist, um Gottes willen! Aber auch nicht, weil er schlechter ist. Er hat halt eine Funktion, und das ist wichtig. Er repräsentiert etwas, er steht für etwas. Und da, meine Damen und Herren, muß man das Gefühl kriegen in dieser ganzen Diskussion, mit diesen Geschichten knapp vor der niederösterreichischen Wahl und den Sondersitzungen mit Minister und Oberstaatsanwalt.

Meine Damen und Herren, ich sage nicht mehr dazu als: Daß einem bei einer solchen Vorgangsweise ein bißerl trocken im Mund wird — ich verlange nicht, daß Sie mir das bestätigen —, mir wird immer ein bißerl trocken im Mund, wenn ich so etwas höre.

Ich sage Ihnen auch, es hat immer politische Prozesse gegeben, immer, die ganze Menschheitsgeschichte, und es wird sie auch immer geben. So können wir den Rechtsstaat gar nicht ausbauen, daß das nicht eine Rolle spielt.

Daher bitte ich um etwas von Ihrer Seite ...
(*Abg. Wille: Richter haben die politischen Prozesse geführt!*)

Ja, sicher. Daher bitte ich um eines, meine Damen und Herren. Wir haben etwas getan, ich nehme uns hier nicht aus, es ist eingerissen. Ich will nicht sagen, wer der erste war, wer der zweite war, wer der dritte war. Ich sage es hier in diesem Haus.

Es war vielleicht unterschwellig der Versuch da, mit Hilfe der ordentlichen Gerichte da oder dort Politik zu machen.

Meine Damen und Herren! Ein gefährlicher Weg für ein freies politisches System! Ich sage Ihnen, ich nehme uns nicht aus. Jetzt wäre es einmal vernünftig und zweckmäßig, wenn wir uns alle in einer stillen Stunde überlegen: War das gescheit, war das gescheit auch in der jetzigen Frage?

Ich bitte, auch zu verstehen, was die ÖVP hier für ein ungutes Gefühl hat. Ich habe auch verstanden, daß Sie manchmal ein ungutes Gefühl haben, ich habe es auch immer gehabt. Aber ich nehme mich nicht aus, ich bin nicht besser. Ein schwerer Fehler der politischen Kräfte in diesem Land, ein schwerer Fehler!

Wenn einer etwas gemacht hat, gar keine Frage, da muß er verfolgt werden. Aber nicht unter den Voraussetzungen, daß vorher so ein Theater darum gemacht wird, daß Geheimkonferenzen abgehalten werden und vor der Fernsehdiskussion Ludwig — Grünzweig — es gibt ja Journalisten, die das bestätigen können — den Redaktionen so quasi gesagt wird: Wartet, da kommt noch eine Sensation vor der Fernsehdiskussion Grünzweig — Ludwig, einen oder zwei Tage vor der Wahl; da könnt ihr noch mutieren in den Zeitungen!

Meine Damen und Herren! Da wird mir die Zunge ein bißchen trocken (*Beifall bei der*

Dr. Taus

(ÖVP), und ich bin überzeugt davon, allen von uns und allen von Ihnen auch, wenn Sie sich das eingestehen. Gar kein Kommentar dazu. Daher verstehen Sie bitte die Position.

Es sind hier Fehler gemacht worden, ich bekenne es. Trachten wir, daß wir sie rasch korrigieren, sonst stellen wir ein freies politisches System in Frage, wenn man einmal diesen Weg geht. Ich halte ihn für gefährlich, und da ich Abgeordneter bin, frei gewählter Abgeordneter, möchte ich das hier gesagt haben, vor mir selber, weil ich oft schon ein ungutes Gefühl gehabt habe, nicht nur bei den jetzigen Dingen, damit Sie das auch gleich hören, damit es keine Diskussion darüber gibt. Damit höre ich schon auf, ich wollte es nur zum Kollegen Wille gesagt haben.

Es hat der Kollege Löffler ein bißchen kürzer geredet, damit ich ein bißchen länger reden kann, weil ich ja gewußt habe, daß ich die Aufgabe hatte zu antworten. Es wäre noch etliches dazu zu sagen, ich möchte aber aufhören, weil ich nicht zu viel überziehen möchte.

Meine Damen und Herren! Was wir Ihnen hier sagen möchten, ist eines. Der Bundeskanzler hat zum Schluß als Floskel gesagt, ja, er wird jeden Vorschlag annehmen. Wir haben eine ganze Reihe von Vorschlägen zur Wirtschaftspolitik gemacht. Wir haben sogar gesagt, wir sind bereit, darüber zu reden. Aber wir drängen uns nicht auf.

Wenn wir nicht in kurzer Zeit versuchen, die Kurve zu kriegen, von dieser undynamischen Phase nicht zumindest versuchen, in eine dynamische zu kommen, dann wird das Land auf die Dauer hinten bleiben. Wir sind in der Produktivitätsentwicklung hinten geblieben, wir sind in der Ertragsentwicklung hinten geblieben, und wir haben die Beschäftigung nicht halten können.

Daher sagen wir: Ändern wir die Linie, probieren wir es anders! Etwas anderes haben wir nie verlangt.

Sie sind in der Regierung, Sie können es auch allein machen. Wir werden natürlich das eine oder andere kritisieren, das ist logisch bei der Opposition. Aber Sie haben uns immer als diejenigen gefunden, die in entscheidenden Momenten mitgehalten haben. Überlegen Sie sich das. Und glauben Sie mir: Versuchen Sie eine Strategie nach vorn.

Mit diesem Budget, so sehr Sie sich bemüht haben — wir haben ja gesagt, es ist realistisch in der Annahme —, ist dieser Wechsel

— nennen Sie es, wie Sie wollen: Änderung, Änderung der Linie, Korrektur der Linie, Ergänzung der Linie, damit es noch schöner und eleganter wird — nicht zu vollziehen. Was wir für notwendig halten, ist die Ergänzung und Korrektur der Linie, mehr gar nicht.

Wenn Sie sie machen, wird es uns als Opposition sicherlich freuen. Wir werden uns vielleicht eher still nach innen freuen als zu sehr nach außen, aber ändern Sie es im Interesse des Landes. Mit uns werden Sie darüber immer reden können. (Beifall der ÖVP.) 13.34

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Mag. Kabas. Ich erteile es ihm.

13.34

Abgeordneter Mag. Kabas (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mein Vorredner, der Herr Abgeordnete Dr. Taus, hat hier sichtlich große Sorge zur Schau getragen. Ein bißchen ist es mir auch so vorgekommen, daß einige Krokodilstränen dabei waren. Er hat gemeint, daß man die ÖVP immer in entscheidenden Momenten zur Stelle gefunden hat. Es ist nur die Frage, an welcher Stelle. Seit der Regierungsbildung sicher immer an der falschen Stelle.

Er hat hier bei seiner Rede — und das ist so typisch — keinen einzigen positiven Vorschlag gemacht, sondern alles nur kritisiert. Er hat alles nur schlechtgemacht.

Er hat etwa gesagt, es gibt keine fünf Betriebe in Österreich, die in den letzten Jahren etwas geleistet haben, die groß geworden sind. Ich kann Ihnen jetzt aus dem Stand heraus sofort jedenfalls wesentlich mehr als fünf Betriebe aufzählen, etwa Rosenbauer, Plasser & Theurer, Egger-Bier, BMW-Steyr, General Motors, die ganze Elektronik, elektronische Industrie, Gritzky in Timelkam, Greiner in Kremsmünster und so weiter.

Ich wollte ihm nur sagen, wie unglaublich diese ÖVP-Politik ist. Das ist ja das ganz Typische derzeit an der ÖVP: Sie kritisiert, sie macht alles schlecht und glaubt, man soll ihr das abnehmen. Das werden wir sicher nicht tun. (Beifall bei der FPÖ.)

Die Bundesregierung hat mit dem Maßnahmenpaket und im Budget 1984 die ersten notwendigen Schritte zur Budgetsanierung und zur Wirtschaftsbelebung gesetzt. Wir stehen vor dem großen Problem, daß auf der einen Seite ein riesiges Budgetdefizit abgebaut wer-

1826

Nationalrat XVI. GP — 22. Sitzung — 30. November 1983

Mag. Kabas

den muß — der erste Schritt ist eben die Stabilisierung —, und andererseits müssen wirtschaftsbelebende Maßnahmen gesetzt werden. Wir können feststellen, daß es tatsächlich gelungen ist, diese beiden Bereiche zu lösen.

Die Stabilisierung des Budgetdefizits ist gelungen. Es bleibt dieses Budgetdefizit auf der heurigen Höhe, und das Nettodefizit wird sogar gesenkt, und zwar um 7 Milliarden Schilling oder, prozentuell ausgedrückt, gemessen am Bruttoinlandsprodukt, von 6 auf 5 Prozent.

Ebenso ist es gelungen, wirtschaftsbelebende Maßnahmen zu setzen. Ich möchte, weil man das der ÖVP nie oft genug sagen kann, weil sie es einfach nicht zur Kenntnis nehmen will, den ganzen Katalog noch einmal kurz rekapitulieren.

Es findet nächstes Jahr eine Stärkung der Eigenkapitalbasis der Betriebe statt durch die Erhöhung des Freibetrages bei der Gewerbeertragsteuer. Die Begünstigung für die Hinzurechnung der Dauerschuldzinsen ist unbefristet verlängert worden. Die Reduktion der Vermögensteuer von Unternehmungen findet statt. Die steuerliche Verbesserung für nicht entnommene Gewinne wird durchgeführt.

Weiters werden durch die Gründung des Umweltfonds in den nächsten fünf Jahren rund 15 bis 20 Milliarden Schilling für Investitionen für die österreichische Wirtschaft und für unsere Umwelt mobilisiert.

Dem Wasserwirtschaftsfonds werden für die Aktion saubere Flüsse für 1984 3,5 Milliarden Schilling, das sind um 110 Millionen Schilling mehr als im vergangenen Jahr, zur Verfügung gestellt. Ebenso wird das Fernwärmenetz ausgebaut.

In den nächsten Jahren werden an die 6 Milliarden Schilling Förderung und Stützungsaktionen mobilisiert werden. Die Bundesmittel für die Forschungsförderung werden 1984 um 40 Millionen Schilling erhöht. Zusätzlich wird die Oesterreichische Nationalbank 100 Millionen Schilling für die wirtschaftsnahe Forschung zur Verfügung stellen.

Zur Belebung der industriell-gewerblichen Investitionstätigkeit wird die Finanzierung von strukturell relevanten Investitionsvorhaben durch Zinsenzuschüsse im Rahmen einer neuen, zusätzlichen Top-2-Aktion gefördert. Diese TOP-2-Aktion soll ab 1984 ein Kreditvolumen von 2 Milliarden Schilling fördern.

Im Rahmen der Förderungsaktion des Bundesministeriums für Handel, Gewerbe und Industrie werden 1984 zusätzliche Budgetmittel in der Höhe von 205 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt werden. Die Textil-Bekleidungs-Leder-Aktion wird verbessert und auf das Gewerbe ausgedehnt werden. Dem Fremdenverkehr stehen im kommenden Jahr um 90 Millionen Schilling mehr zur Verfügung.

Der Bundesbeitrag für gemeinsame Kleingewerbe-Aktion wird verdoppelt. Im Rahmen der BÜRGES wird eine eigene TOP-Aktion für Klein- und Mittelbetriebe eingeführt werden.

Zur Förderung regionaler strukturpolitischer Investitionsvorhaben ist die verstärkte Förderung von Betriebsansiedlungen geplant. Zu diesem Zweck sind im Bundeshaushalt 1984 zusätzlich 250 Millionen Schilling vorgesehen.

Ebenso im Bereich des Wohnbaues. Mit dem Sonderprogramm sollen zusätzlich 10 000 Wohnungen gefördert werden, und zwar durch eine Zwischenkreditfinanzierung bei den Bausparkassen und durch eine Verlängerungsprämie bei den Bausparverträgen. Damit wird den Bausparkassen in den Jahren 1983 bis 1985 ein Finanzierungsvolumen von insgesamt mehr als 36 Milliarden Schilling zur Verfügung stehen. Das ist beinahe eine Verdoppelung dessen, was ohne diese Förderungsmaßnahmen zur Verfügung gestanden wäre.

Es wird die Bildung von Exportgemeinschaften und die Errichtung von Betriebseinrichtungen im Ausland ebenso gefördert wie die Einrichtung und Durchführung spezieller Ausbildungskurse für Exportfachleute. Für Kredite des Exportfonds soll der Zinssatz von 6,5 auf 6 Prozent gesenkt werden.

Meine Damen und Herren! Da kann man sicher nicht von einer statischen Politik, sondern muß von einer sehr dynamischen Wirtschaftspolitik sprechen. *(Beifall bei der FPÖ und bei Abgeordneten der SPÖ.)*

Ich habe das deshalb jetzt noch einmal und wieder aufgezählt, weil die Opposition all das nicht zur Kenntnis nehmen will. Der Vorredner Taus hat gesagt: Da geschieht nichts. — Bitte: Wenn man sich das ansieht, kann man nicht sagen: Da geschieht nichts.

Die Arbeit der Bundesregierung, die eben für die Realisierung dieser Maßnahmen und

Mag. Kabas

dieses Budgets verantwortlich ist, hebt sich wohlthuend von den Phrasen der Opposition ab. Denn die Opposition hat, bitte sehr, jetzt in der gesamten Diskussion keine wirklich konkreten Vorschläge für irgend etwas gemacht. Die ÖVP träumt immer nur laut vor sich hin und sagt: Wir wollen den Österreichern gern goldene Nockerln geben. — Sie sagt aber nicht, wie sie zu diesen goldenen Nockerln, die sie verteilen will, kommen wird. Sie versprechen immer nur. Sie versprechen. Sie versprechen jedem alles.

Das ist sicher etwas, was eben keine glaubwürdige Politik darstellt! *(Beifall bei der FPÖ und bei Abgeordneten der SPÖ.)*

Die ÖVP hat bis jetzt — vielleicht kommt es noch — nichts Konkretes für die Budgetsanierung und nichts für die Wirtschaftsbelebung vorgeschlagen. Sie hat kein einziges Konzept und keinen einzigen konzeptiven Blickpunkt miteingebracht.

O ja! Ich habe nachgelesen die Reden zum Beispiel vom Kollegen Dr. Schüssel. Der hat gesagt: Wir haben ein Sparkonzept. — Das ist das Konzept, das die ÖVP vor den Wahlen vorgestellt hat. — Wenn man sich das aber jetzt ansieht, dann kommt man darauf, daß dieses angebliche Sparkonzept doch kein Konzept ist. Die ÖVP sagte damals — Jänner/Februar dieses Jahres —, daß sie 60 Milliarden Schilling bis 80 Milliarden Schilling einsparen will. *(Abg. Dr. Zittmayr: In vier Jahren!)* Ja, ja, in den nächsten vier Jahren, 60 Milliarden Schilling bis 80 Milliarden Schilling will sie einsparen, hat sie gesagt. Wie sie jedoch und wo sie wirklich einsparen will, das hat sie nicht gesagt. *(Abg. Dr. Zittmayr: Hat sie genau gesagt!)* Warten Sie nur, Herr Abgeordneter Zittmayr. Sie werden schon sehen: Sie hat es nicht gesagt. Sie hat den Versuch gemacht, das zu konkretisieren, und in dem Moment brach bei der ÖVP das Chaos aus. Es hat nämlich Dr. Busek, der das Sparkonzept vorgestellt hat, ganz etwas anderes gesagt als der Wirtschaftssprecher Graf. Ich möchte Ihnen da nur ein paar Beispiele sagen:

Busek hat gesagt: Bei den ÖBB muß man 8 Milliarden Schilling einsparen. Der Wirtschaftssprecher Graf hat gesagt: Nein, 18 Milliarden Schilling muß man einsparen. Oder: Busek hat gesagt, man muß 1 Milliarde Schilling bei den Beamten einsparen. Dann ist der Wirtschaftssprecher Graf gekommen und hat gesagt: Nein, 2 Milliarden Schilling muß man einsparen. *(Zwischenruf bei der ÖVP.)* Bei den Straßenbauten hat Busek gesagt: Man muß 15 Milliarden Schilling einsparen. Der

Wirtschaftssprecher Graf hat gesagt: Nein, 6 Milliarden Schilling muß man einsparen.

Als sich in der ÖVP herumgesprochen hat, daß da ja vollkommen divergierende Zahlen genannt wurden, hat dann der Wirtschaftssprecher Graf gesagt: Die ÖVP wird die Einsparungsvorschläge nicht mehr genauer detaillieren.

So warten wir heute noch darauf und werden es wohl nie erfahren, wo die ÖVP 60 Milliarden Schilling bis 80 Milliarden Schilling einsparen will. *(Beifall bei der FPÖ und bei Abgeordneten der SPÖ.)*

Diese Beispiele könnte man beliebig fortsetzen.

Ich möchte ein Wort zur verstaatlichten Industrie sagen: Die ÖVP hat gestern zum dritten Mal gegen die verstaatlichte Industrie gestimmt, obwohl sie im Management 50 Prozent der Verantwortung trägt, weil sie ja im Management mit dieser Stärke vertreten ist. Trotzdem drücken Sie sich jetzt vor der Verantwortung. Jetzt stimmen sie dagegen, obwohl jetzt ein Struktur- und Sanierungskonzept der ÖIAG vorliegt und die Erklärung der Bundesregierung, die gesagt hat, daß sie dieses Konzept realisieren will und daß sie die Betriebe anhalten wird, diese Konzepte zu realisieren.

Jetzt ist tatsächlich ein Konzept auf dem Tisch mit der Erklärung, daß dieses Konzept realisiert werden soll, wobei die Manager, die auch der ÖVP nahestehen, mitgearbeitet haben. Jetzt sagt die ÖVP: Nein, jetzt stimmen wir gegen die verstaatlichte Industrie.

Das ist neben allem anderem, was da so bedenklich ist, auch eine Desavouierung des ÖVP-Managements. Dementsprechend groß ist — wenn man hinaus in die Betriebe geht, kann man das hören — natürlich auch die Frustration der ÖVP-Mitarbeiter im Management. — Aber das ist sicher jetzt das Problem der ÖVP. — Nur: Wenn sie so verantwortungslos dagegenstimmt, meldet sie sich eigentlich auch von der Verantwortung für die verstaatlichte Industrie ab. Aber dann soll sie es auch konsequent tun. *(Abg. Dr. Zittmayr: Sie haben ja unseren Antrag abgelehnt!)* Ihr Antrag hat nur aus Schlagworten bestanden. Daraus ist ja nicht wirklich eine Sanierung zu ersehen gewesen. *(Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Die ÖVP lehnt ab, sie nörgelt, sie malt

Mag. Kabas

schwarz, und sie sagt zu allen positiven Maßnahmen immer nur nein, nein, nein.

Man kann, meine sehr geehrten Damen und Herren von der ÖVP, auch so schwer diskutieren, weil Sie eben nicht wirklich Konzepte vorlegen, Vorschläge machen, worüber man sich unterhalten könnte. Die Alternativvorschläge zur Budgetsanierung und zur Wirtschaftsbelebung fehlen einfach. Sie haben hier keinen einzigen Budgetantrag gestellt. Man kann also wirklich mit Fug und Recht behaupten, daß die ÖVP eine Partei ohne Alternativen ist. *(Beifall bei der FPÖ und bei Abgeordneten der SPÖ — Zwischenrufe bei der ÖVP.)*

Statt dessen bekommen wir von Ihrem Parteiboss auf die naheliegende Frage nach seinen Alternativen immer nur die stereotype Antwort, er möchte eine andere Art von Politik machen. Und wenn man fragt, welche andere Art von Politik denn das sein soll, dann hört man immer nur: Na ja, ein Kurswechsel. Aber man hört nie, Herr Kollege Höchtel, was die Inhalte dieser Schlagworte sein sollen. Wenn man ergründen will, wie die ÖVP anstelle der Bundesregierung mit ihrem Maßnahmenpaket handeln würde, dann kann man zwei Methoden anwenden, und diese will ich jetzt kurz nachvollziehen:

Wie hat es die ÖVP seinerzeit gemacht, als sie noch an der Regierung war und Verantwortung getragen hat? — Lang, lang ist es her. Als 1967 der Rechnungsabschluß vom Voranschlag — bitte, das müssen Sie sich noch einmal vor Augen halten — um 253 Prozent abzuweichen drohte — also so gut hatten Sie budgetiert 1967 —, hat der Herr Finanzminister Schmitz *(Zwischenruf des Abg. Dr. Höchtel)* — ja, da kommen wir noch hin zu den Zahlen, Herr Dr. Höchtel — folgende Steuern erhöht: Die Umsatzsteuer, die Tarife und Gebühren, die Körperschaftsteuer, die Gewerbesteuer, die Vermögensteuer, die Beförderungsteuer, die Versicherungssteuer und die Tabaksteuer. *(Abg. Dr. Zittmayr: Um wieviel Prozent?)* Das werde ich Ihnen gleich sagen.

Danach zeichnete sich aber nochmals — mit dem allein war das ja nicht genug, sondern es ist noch einmal und noch einmal eine Explosion gekommen — eine Verdoppelung des Defizites ab, und es kam zu einer weiteren Erhöhung am 1. 9. 1968, also ein dreiviertel Jahr später. Den nächsten Paukenschlag hat man das genannt, und es war für wahr einer, und zwar wurden damals eingeführt die Autosondersteuer sowie der zehnprozentige

Zuschlag auf die Verkaufspreise von Bier, Wein und Spirituosen.

Ein Vierteljahr später kam der nächste Paukenschlag. Es war also schon ein Dröhnen. Mit 1. 1. 1969 wurde eingeführt die lineare Steuererhöhung um 10 Prozent bei der Lohn- und Einkommensteuer sowie bei der Körperschaftsteuer, und die Vermögensteuer ist neuerlich um 50 Prozent erhöht worden. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Höchtel.)*

Hochgerechnet, hochgerechnet, Herr Dr. Höchtel, hat dieses damalige Paket 21,2 Milliarden Schilling ausgemacht. Oder in Prozentsätzen ausgedrückt: Das waren Mehreinnahmen im Ausmaß von 8,1 Prozent der Abgaben. 1984 beträgt die entsprechende Verhältniszahl immerhin nur 5,1 Prozent, also um 3 Prozent weniger als 1968/1969.

Das war bitte sehr Ihre andere Politik in einer Zeit, die man als kleine Rezession bezeichnen kann und die sicherlich keinen Vergleich zur jetzigen weltweiten Situation darstellt, die ja doch als ökonomische Strukturkrise zu bezeichnen ist. Das ist die eine Methode.

Die zweite Methode ist, daß man ergründen will: Wie hätte denn die ÖVP reagiert, wie würde sie vorgehen, nachdem sie selber nichts sagt, weil sie es nicht weiß? Wenn sie ohne Konzepte und Programme vorgehen will, so muß man davon ausgehen — und diese Unterstellung kann man zweifellos machen —, daß sie ähnlich handeln würde wie befreundete Parteien. Ich schaue auf den importierten Star Ihres Parteitages, was er in seinem Land macht, nämlich auf den Bundesminister für Finanzen Dr. Stoltenberg.

In der Bundesrepublik hat es nämlich im Jahre 1983 einschneidende Kürzungen sozialer Leistungen gegeben. Dort hat es beziehungsweise wird es drastische Erhöhungen der Sozialversicherungsabgaben geben, und die Steuerbelastungen finden in der Bundesrepublik ebenfalls statt bis hin zur Nullrunde der öffentlichen Bediensteten. Das führte natürlich auch zu einer sehr heftigen Kritik der Opposition; dort allerdings mit den Sozialdemokraten, Herr Dr. Schwimmer. Daraufhin gab Minister Stoltenberg bei der Ersten Lesung des Haushaltes den Sozialisten den Rat, sich die Maßnahmen anzusehen, die die österreichische Bundesregierung getroffen hat. Sie würden dann nämlich zu einem Ergebnis kommen, das gar nicht so weit entfernt ist von dem, was die CDU/FDP-Koali-

Mag. Kabas

tionsregierung jetzt im Deutschen Bundestag vorschlägt.

Nehmen Sie bitte doch nicht den Mund gar so voll bei der Kritik unserer österreichischen Maßnahmen. Halten Sie sich doch vor Augen: Inhaltsleere Reden halten, Herr Dr. Höchtl, kann man natürlich bald, bla, bla, bla kann man bald, aber tatsächlich etwas vorzuschlagen und dann danach zu handeln, ist natürlich ganz etwas anderes. Aber das ist Ihnen natürlich abhanden gekommen.

Ich würde vorschlagen: Werden Sie etwas ehrlicher, sowohl in der Bewertung der Maßnahmen insgesamt als auch in der Bewertung der Freiheitlichen Partei. Da möchte ich Ihnen gerne drei Hilfen an die Hand geben. Die erste Hilfe ist ein Artikel des Dr. Horwitz in der „Presse“. Er charakterisiert das Paket als „den in Österreich seit jeher gegangenen goldenen Mittelweg“. Und er sagt: Es ist mit allen Einschränkungen, die Steuererhöhungen nun einmal grundsätzlich bedeuten, eher wirtschaftsfreundlich.

Und der Generalsekretär der Industriellenvereinigung sagte in seiner Pressestunde — er ist sicher nicht FPÖ-nahe — folgendes: Jetzt haben wir die kleine Koalition. Die funktioniert, glaube ich, gar nicht so schlecht, und man muß sehr fair und offen sagen, daß manches in diesem Sanierungsprogramm — er sagt „Sanierungsprogramm“, schreiben Sie sich das bitte auf! — auch auf den zähen Einfluß des kleinen Koalitionspartners zurückzuführen ist. *(Beifall bei der FPÖ.)* Wenn ich das sagen kann: Zur Entlastung der produzierenden Wirtschaft ist ein Stück der Tür aufgemacht worden.

Die dritte Stimme, die ich hier zitieren will, ist die von Professor Horst Knapp, der sagt: ...ist die Zusammensetzung des Maßnahmenpakets nur mit einem unproportional starken Einfluß des kleinen Koalitionspartners zu erklären. Bitte halten Sie sich das vor Augen, damit Sie sich nicht hier auch ständig in Pauschalbeurteilungen ergehen.

Sie überdrehen in den letzten Monaten so sehr, daß Sie unglaublich werden durch dieses Überdrehen, dadurch wie Sie vorgehen. Daher glaube ich, daß das, weil Sie hier das Stichwort „Niederösterreich“ nennen, was Sie derzeit mit dem Instrument der Immunität aufführen, wirklich unerträglich ist. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Die Immunität, meine sehr geehrten Damen und Herren, wurde nicht geschaffen,

um einen einer kriminellen Tat Verdächtigen zu schützen. Das blieb erstmalig in dieser Zweiten Republik der ÖVP vorbehalten. Wahrscheinlich ganz im Sinne eines Kurswechsels, einer anderen Art von Politik wollen Sie jetzt mit dem Instrument der Immunität einen Beschuldigten schützen. Und das ist ja der Unterschied, Herr Dr. Taus — der momentan nicht im Saal ist —, daß nämlich sehr wohl im Stadium, in dem sich das Verfahren gegen Landeshauptmann Ludwig derzeit befindet, in der Voruntersuchung, natürlich der Untersuchungsrichter bereits der Dominus litis in dem Verfahren ist und nicht, wie er gesagt hat, der Staatsanwalt. Aber Sie gehen ja damit auch auf die unabhängigen Gerichte los.

Und wo bleibt da, frage ich mich, Ihr Bundesparteiohmann Mock, um hier Ordnung zu schaffen *(Zwischenrufe des Abg. Dr. Höchtl)*, um hier Ordnung zu machen? Er macht nicht Ordnung in der ÖVP, sondern er deckt diese Vorgangsweise der ÖVP. Und er ist daher mitschuldig an diesem Politskandal, den sich die ÖVP jetzt in Niederösterreich leistet. *(Zustimmung bei FPÖ und SPÖ.)*

Das Ganze ist jetzt wochenlang von der ÖVP mit einer Diffamierungskampagne sondergleichen gegen die Justiz und gegen die unabhängigen Gerichte aufgebaut worden, inszeniert von Ihrem Parteiohmann Dr. Mock, flankiert von Graff und Bergmann. *(Abg. Dr. Höchtl: Die Bevölkerung hat Ihnen die richtige Antwort gegeben!)* Nein! Damals hat die Bevölkerung noch nicht gewußt, was Sie sich leisten werden, daß Sie die Immunität so mißbrauchen werden, meine sehr geehrten Damen und Herren! *(Beifall bei FPÖ und SPÖ.)* Ihr Ziel war von vornherein, Ludwig die Mauer zu machen vor einem unabhängigen Gericht. Denn Sie trauen sich nicht, ihn in dieses Verfahren zu entlassen *(Abg. Dr. Höchtl: ...die bessere Politik gemacht!)*, weil Sie genau wissen, was los ist, was da nämlich wahrscheinlich käme. Sie wissen es ja besser als wir. Sie werden schon wissen, warum Sie das nicht machen. *(Zwischenruf bei der ÖVP.)* Aber wir werden das sicher morgen beim Budgetkapitel Justiz noch viel ausführlicher besprechen. *(Ruf bei der ÖVP: Wo hat denn der Ofner die Belege? — Zwischenrufe.)*

Aber eines möchte ich Ihnen jetzt noch sagen. Sie haben wirklich alle nur möglichen üblen Methoden angewendet, und daher führt das alles zu einer Unglaubwürdigkeit, zu Ihrer Unglaubwürdigkeit. Sie betreiben derzeit auf allen Ebenen eine Politik der ver-

1830

Nationalrat XVI. GP — 22. Sitzung — 30. November 1983

Mag. Kabas

brannten Erde. (*Zustimmung bei der FPÖ. — Abg. Dr. Höchtl: Kein Vertrauen mehr in die Justiz!*) Ich fordere Sie auf, meine Damen und Herren von der Opposition, bevor zuviel zerschlagen ist (*Abg. Dr. Zittmayr: Wer ist das?*) — Sie zum Beispiel, Herr Kollege Zittmayr! —: Machen Sie tatsächlich einen Kurswechsel und hören Sie auf mit Ihrer unehrlichen und unredlichen Politik! (*Beifall bei FPÖ und SPÖ. — Ruf bei der ÖVP: Das war wieder eine schöne Rede! — Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.*) 14.02

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Wimmersberger. Ich erteile es ihm.

14.02

Abgeordneter Wimmersberger (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Nur ganz kurz, denn ich glaube, es kommt heute noch Kollege Bergmann, der sicherlich Gelegenheit hat, näher auf die Ausführungen vom Herrn Abgeordneten Kabas einzugehen. Nur eines möchte ich feststellen.

Erstens einmal muß nach seinen Äußerungen der Kontakt zum Herrn Justizminister sehr, sehr schlecht sein, und ich möchte ihn nur fragen: Wo sind denn die angekündigten Belege (*Ruf bei der ÖVP: Jawohl!*), die bis heute nicht auf den Tisch gelegt worden sind, und was ist denn letzten Endes mit dem Prozeß? (*Beifall bei der ÖVP.*)

Aber auch noch ganz kurz eine andere Bemerkung. Wenn Herr Abgeordneter Kabas feststellt, die Bundesregierung will, daß das sogenannte ÖIAG-Konzept realisiert werde, dann muß ich doch eindeutig feststellen, daß mir der Staatssekretär Lacina im Ausschuß wortwörtlich erklärt hat, die Bundesregierung identifiziere sich nicht mit diesem Papier. Also bitte schön: Was stimmt da? Ich weiß nur von Aussprüchen des Herrn Vizekanzlers, der ganz einfach locker gesagt hat, das Konzept gehört durchgezogen. Aber da werden wir Betriebsräte vielleicht doch nicht ganz der Meinung des Herrn Vizekanzlers sein. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Der Herr Abgeordnete Kabas hat auch festgestellt, die Österreichische Volkspartei habe dreimal dagegen gestimmt. Nun, ich könnte dasselbe behaupten: Dreimal hat die Koalitionsregierung gegen unsere Anträge auf Zuführung der 16,6 Milliarden gestimmt.

Im Gegensatz dazu aber haben wir gestern zum Beispiel — ich darf das noch einmal in

Erinnerung rufen — dem Entschließungsantrag der Kollegen Rechberger, Ruhaltinger und Fauland sehr wohl die Zustimmung gegeben. Wir sind immer bereit, dann, wenn es zu konstruktiven Vorschlägen oder wenn es zu Erklärungen kommt wie in diesem Entschließungsantrag, wenn er den Tatsachen entspricht, wenn er realistisch ist und wenn er zielführend ist, einem solchen Entschließungsantrag unsere Zustimmung zu geben.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Um in der Zukunft konkurrenzfähig zu bleiben, müssen die Kosten der Produkte und der Verwaltung gesenkt werden. Unsere Produkte müssen verbessert werden, neue Produkte müssen in unser Vertriebsprogramm aufgenommen werden, und wir müssen uns teilweise von Produkten, mit denen wir langfristig nicht mehr konkurrenzfähig sind, trennen.

Das ist eine Situation, mit der nicht nur die VOEST-Alpine konfrontiert ist, sondern die meisten Unternehmen in den Industrienationen.

Eine wichtige Rolle kommt in dem Zusammenhang den neuen Mikroprozessoren und den Datenverarbeitungstechnologien zu. Auch das sind Dinge, die in dem erwähnten Entschließungsantrag enthalten waren.

Die VOEST-Alpine hat frühzeitig Initiativen in dieser Richtung gesetzt. Die VOEST-Alpine nutzt diese Technologien in erfolgreichem Maß innerhalb des Unternehmens, und sie ist bereits in der Lage, Automatisierungsleistungen und Elektronikprodukte auf dem Weltmarkt zu verkaufen.

Ich darf hier ganz kurz zitieren. Eine Studiengruppe des Massachusetts-Instituts für Technologie stellte kürzlich fest, daß es weniger fehlgeleitete Geld- und fiskalpolitische Maßnahmen oder die Verzehnfachung der Ölpreise sind, die die Industrienationen in die gegenwärtig schwierige wirtschaftliche Lage manövriert haben, sondern die Beschleunigung der technologischen Innovation. Ich begrüße es daher, daß gerade die VOEST-Alpine in dieser Hinsicht erste Schritte getan hat.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Im Zusammenhang mit der Diskussion um die Mittelzuführung — ich will da nicht mehr näher darauf eingehen — ist es meines Erachtens aber leider auch zu Aussagen gekommen, die ich nicht gutheißen kann

Wimmersberger

beziehungsweise die, wie ich glaube, nur zur Verunsicherung der Belegschaft führen.

In einer Aussendung heißt es zum Beispiel, daß die verstaatlichte Industrie schaden und die Arbeitnehmer verunsichern wolle, und weiter, daß die Ablehnung der Kapitalzufuhr für die verstaatlichte Industrie mindestens 20 000, wahrscheinlich sogar 30 000 Arbeitsplätze kosten würde. — Das war leider von den sozialistischen Betriebsräten der VOEST-Alpine in Linz. Und wenn dann gestern der Kollege Ruhaltner gleich auf 40 000 steigert, bitte schön, dann muß ich sagen, das dient wirklich der Verunsicherung der Kollegen-schaft.

Da ist halt ein Herr ÖIAG-Generaldirektor Grünwald anderer Meinung. Der sagt: Ich habe solche Zahlen nie gesagt und habe damit schon etliche Dienstjahre gut überstanden. Und das denke ich auch weiter so zu tun.

Interessant ist aber nur, daß in allen Zeitungen bezüglich des so geheimgehaltenen ÖIAG-Konzepts überall, überall für die einzelnen Standorte bereits Zahlen von Kollegen der Belegschaft aufgezählt wurden, die dort entlassen werden sollten.

Meine Damen und Herren! Eines steht fest: daß das eine sehr, sehr bedauerliche Situation ist, wenn heute eine Zeitung feststellen kann: Private Arbeitsplätze sicherer als in der Verstaatlichten! Und hier wird Generaldirektor Grünwald mit seinen Aussagen zitiert.

Hier ist also eine alte Utopie betroffen, und vor allem möchte ich sagen: Eine den Kolleginnen und Kollegen in unseren Betrieben immer vorgespiegelte heile Welt bricht dann echt zusammen.

Ich darf aber im Zusammenhang mit den momentanen Zuständen im Bereich der verstaatlichten Industrie aus der Zeitschrift „Industrie“ zitieren: Die Verstaatlichte täte gut daran, in der gegenwärtigen Situation zu einer Informationsoffensive überzugehen. Nicht alle Produktlinien sind defizitär, nicht alle Standorte obsolet. In der milliarden-schweren Kapitalintensität stecken modernste Produktionsanlagen, die, gäbe es nicht weltweit einen Subventionswettlauf — der auch schon sehr oft hier zitiert wurde — in der Grundstoff- und Stahlindustrie, durchaus wettbewerbsfähig anbieten könnten.

Meine Damen und Herren! In der Situation der Industrie in Österreich, und hier natürlich vielleicht unter Umständen manchmal sogar

verstärkt in der verstaatlichten Industrie, zeichnet sich nun folgendes ab: Österreichs Industrie hat sicher Zukunft, aber wir müssen uns auch die Fehler vor Augen halten und müssen aufzählen, was eben hier noch geändert werden müßte.

Österreichs Industrie produziert im Vergleich zur westlichen Welt immer noch zuviel Grundstoffe und Vorprodukte, wie etwa Eisen oder Dünger. Viele Sparten, etwa die Textilindustrie, die Ledererzeugung, werden von Produzenten aus den Entwicklungsländern verdrängt. Die Industrie importiert mehr, als sie exportiert. Es werden höherwertige Maschinen eingeführt als ausgeführt. Das läßt sich einfach mit der Division Grenzwert durch Kilo beweisen.

Weiters: Forschungs- und Entwicklungsausgaben liegen unter westlichem Niveau. Die Produktivität beträgt nur 85 bis 87 Prozent des EG-Durchschnitts. Erschütternd sei der Vergleich mit der Bundesrepublik. Trotz annähernd gleicher Kapitalausstattung hinkte Österreichs Produktivität noch weit hinter der des EG-Durchschnitts nach.

Die Gründe hierfür — und ich glaube, wenn wir die Gründe hier aufzeigen, dann können wir sicherlich auch darangehen, diese Dinge zu verbessern —: die schlechte Organisation und zuviel Verwaltung.

Ein weiterer Punkt: Falsche Investitionen in der Vergangenheit. So wurde zuviel Geld in Bauten gesteckt. Es ist besser, Maschinen zu kaufen und sie in ein Zelt zu stellen, denn damit verdient man Geld: das hat ein Vorstandsmitglied der ÖIAG festgestellt.

Er hat auch festgestellt: Manche dieser Fakten gelten besonders verstärkt für die verstaatlichte Industrie.

Und nun, meine Damen und Herren, zu dem so sagenumwobenen ÖIAG-Konzept, das Grünwald zitierte, indem er sagte: Einen Teil — und das ist uns erstaunlicherweise gelungen — haben wir versucht, vertraulich zu behandeln.

Von diesem vertraulichen ÖIAG-Konzept, das die Grundlage für die Mittelzuführung war, distanzieren sich die Regierung oder identifizieren sich nicht damit, hat Staatssekretär Lacina eindeutig erklärt. Und Bundeskanzler Sinowatz hat in einem Interview erklärt: Generell möchte ich sagen, daß natürlich auch das gesamte Strukturkonzept der ÖIAG noch diskutiert werden muß und keineswegs

Wimmersberger

davon ausgegangen werden kann, daß die Regierung ohne Debatte zu allem ja sagt. Ich nehme an, daß auch die staatliche Wirtschaftskommission angerufen wird.

Nun, zur Wirtschaftskommission könnte ich den ehemaligen Bundeskanzler zitieren, der davon überhaupt nichts hält.

Aber wenn sich die Bundesregierung, der Eigentümer, damit nicht identifiziert, meine sehr geschätzten Damen und Herren, dann frage ich mich: Was für eine Grundlage soll denn dann dieses Konzept sein? *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ganz bedauerlich ist es aber, wenn es jetzt im Zusammenhang mit dem von mir schon mehrmals hier kritisierten Kontrollrecht dazu kommt, daß die ÖIAG die Vorstände unter dem Hinweis auf die Grundstoffindustrie mehr oder weniger verpflichtet, etwas zu tun, daß man also die Vorstände der einzelnen ÖIAG-Betriebe auffordert, aktiv zu werden, wenn sich die Regierung aber zu diesem Gesamt-ÖIAG-Konzept nicht bekennt und wenn man noch dazu feststellen muß, daß — von allen akzeptiert — von der Bundesregierung ein Gegenkonzept der Gewerkschaft erstellt wird, das erst im nächsten Jahr zur Verfügung stehen wird, und daß jetzt Monate hindurch durch diese Verschleppung pro Monat 200 Millionen Schilling Schaden entstehen.

Aber die Vorstände der ÖIAG setzen die Einzelbetriebe unter Druck.

Meine Damen und Herren! Das ist etwas, wovor ich gewarnt habe. Das ist dieses Kontrollrecht, das in der Form, wie Sie die 16,6 Milliarden zugeführt haben, enthalten ist, und daran sind Sie schuld. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Es ist doch unmöglich, daß jetzt der VOEST-Vorstand vom ÖIAG-Vorstand dazu gedrängt wird, das dritte Strukturkonzept endlich anzugehen. Und alle anderen Verantwortlichen, vor allem der Eigentümer, die Regierung, schieben das hinaus. *(Neuerliche Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich kann ja diesbezüglich noch weitere Dinge zitieren; da war ein sehr interessanter Artikel in der „Wochenpresse“, in dem unter anderem festgestellt wird: „Die Finanzspritze in Höhe von 16,6 Milliarden Schilling, die den notleidenden Unternehmen der verstaatlichten Industrie aus der Grube, in die sie gefallen sind, helfen soll, ist nach Ansicht der

Manager nämlich das geeignete Druckmittel, den betriebswirtschaftlichen Vorstellungen des Holding-Vorstands durchzuverhelfen.“ — „Druckmittel“!, das wird hier zugegeben.

Ich habe es schon einmal hier gesagt, daß zwei Betriebe anlässlich der Kapitalzuführung, nämlich die Chemie Linz und VEW Ranshofen, echt erpreßt wurden und dieses Kontrollrecht mittels Briefwechsels eingeführt wurde.

Weiters heißt es hier: „Wer das Unternehmenskonzept nicht durchführt, wird die Mittel nicht bekommen. Es ist keineswegs ausgemacht, daß alle das vorgesehene Geld kriegen“, legt sich Grünwald daher auf eine in Zukunft straff geführte ÖIAG fest.“

Ja, meine Damen und Herren, das ist diese widersprüchliche und zwiespältige Haltung: Auf der einen Seite von den Vorständen der VOEST-Alpine zu verlangen, das dritte Strukturkonzept der VEW durchzuführen, und auf der anderen Seite die Nichtidentifizierung der Regierung damit, also des Eigentümers.

Meine Damen und Herren! Es ist klar, daß in diesem Strukturkonzept oder überhaupt in den Konzepten, die die ÖIAG auf Grund der verschiedenen Unternehmenskonzepte erstellt oder zusammengetragen hat, Dinge drinnen sind, die eben der Eigentümer letzten Endes entscheiden und zustellen muß.

Wenn der Herr Generaldirektor Grünwald feststellt: Jeder Standort möchte seinen Platz haben in der Arche Noah, dann verstehe ich die Kollegen der Standorte. Aber der Eigentümer muß entscheiden. Der Eigentümer muß so entscheiden — und das war ja immer unsere Forderung —, daß eben hier regionalpolitisch etwas getan wird, daß hier entsprechend Arbeitsplätze, Ersatzarbeitsplätze geschaffen werden.

Ich darf nochmals ganz kurz auf verschiedene Dinge in diesem sogenannten ÖIAG-Konzept, Strukturkonzept, Finanzmemorandum oder wie immer man es nennt, eingehen.

Meine Damen und Herren! Im Finanz- und Budgetausschuß habe ich verschiedene Fragen an den Herrn Bundeskanzler gerichtet. Ich habe lediglich auf eine Frage, die sich darum gedreht hat, daß in diesem Konzept vorgesehen sei, daß Ranshofen-Berndorf eine Strompreisermäßigung von 100 Millionen Schilling bekommen sollte, eine Antwort erhalten. Die Antwort des Bundeskanzlers

Wimmersberger

lautete — wortwörtlich —: „Es wäre schön, es wird weiter verhandelt.“

Meine Damen und Herren! Hier tritt leider Gottes Bundeskanzler Sinowatz in die Fußstapfen seines Vorgängers, der ebenfalls immer solche Sprüche gemacht hat. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wesentliche Punkte aus diesen sogenannten Programmen sind unter anderen: Weitere Reduktion von Kapazitäten und weitere Konzentration der Produktionen.

Hier muß der Eigentümer, nachdem so viele regionale Probleme heranstehen, eine Entscheidung treffen, das kann man dem Management allein gar nicht überlassen, denn hier ist es ja überfordert. Abgesehen davon würde ja dann sowieso wieder interveniert.

Es ist zum Beispiel die Forderung drinnen gewesen — sie ist ja nicht mehr aktuell —: Aussetzung einer Ist-Lohn-Runde.

Nun, Gott sei Dank, die Aussetzung ist nicht geschehen, weil sonst wäre das eingetreten, was der Kollege Ruhaltinger schon gestern erwähnt hat, nämlich die Differenzierung zwischen den einzelnen Arbeitnehmern in den verschiedenen Betrieben. Aber das ist ein Betrag von 1 Milliarde in etwa, der hier zu Buche steht. Daher die Frage überhaupt, ob die 16,6 Milliarden noch stimmen.

Weiters: Umfassende Prüfung der Möglichkeiten der Unternehmen, Leistungen für die Altersvorsorge der Beschäftigten zu erbringen.

Meine Damen und Herren, mehrmals von hier aus schon erklärt: Diese Altersvorsorge wurde seinerzeit erstens einmal geschaffen, aber dann in Zeiten der Hochkonjunktur auch dazu verwendet, Arbeitskräfte zu ködern. Die Belegschaft hat hier schon 25prozentige Abstriche in Kauf genommen. Ich darf erinnern, im Zusammenhang mit diesen sogenannten Sozialleistungen hat die Belegschaft bereits auf 900 Millionen Schilling verzichtet.

Weiters: Die Frage des Strompreises, die mir vom Bundeskanzler nicht beantwortet wurde, allein 100 Millionen Schilling im Zusammenhang mit Ranshofen-Berndorf.

Aber noch etwas anderes: Eine Rohstoffpreissenkung im Zusammenhang mit der Chemie Linz. Und das ist das Paradoxe der Energieplanung in Österreich, daß in Ost-

österreich und in der Steiermark Erdgas für Hausbrandzwecke billig verwendet wird und die chemische Produktion in Linz teures Erdgas zahlen muß. Auch hier muß die Regierung entscheiden. Die Regierung muß hier sagen, was zu geschehen hat.

Und weiters — immer wieder —: „Anpassung der Personalkosten und freiwilligen Sozialleistungen“ — was heißt das? — „in einem im Bereich der Finalindustrie üblichen und die Konkurrenzfähigkeit sichernden Ausmaß.“ — Heißt das wieder Ausgliederung, heißt das Änderungskündigungen? Was heißt das alles?

Des weiteren: „Schmiedevertrieb von Wien nach Kapfenberg.“ Lauter Dinge, meine sehr geschätzten Damen und Herren, wofür sich da wie dort ja letzten Endes Regionalpolitiker auf die Schienen legen.

Ich darf nur daran erinnern, daß im Zusammenhang zum Beispiel mit der Verlegung der Generaldirektion der VEW nach Kapfenberg im Zusammenhang mit dem Staatsvertrag zwischen der Steiermark und der Bundesregierung zum Beispiel der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Gross verlangt hat, daß das hineinkommt, und auf der anderen Seite in Wien — sicherlich von allen Fraktionen gewünscht — der Herr Stadtrat Mayr der Belegschaft anbot, daß er ihr helfen werde.

Also bitte: Da kann doch nur die Bundesregierung, da kann doch nur der Eigentümer, und das ist letzten Endes die Bundesregierung, entscheiden.

Meine Damen und Herren! Es gäbe noch verschiedene Punkte, die ich hier aufzählen könnte, für die eindeutig der Eigentümer zu entscheiden hätte. Ich will mich aber nicht weiter darüber verbreiten, sondern abschließend nur noch ganz kurz ein sehr, sehr aktuelles Problem streifen.

Der Kollege Ruhaltinger hat gestern schon im Zusammenhang mit der Null-Lohnrunde und im Zusammenhang mit der Aussetzung des Urlaubs über die Ungleichheit, die zwischen den Arbeitnehmern entstehen würde, gesprochen. Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Ich erinnere mich noch sehr gut daran, als ich seinerzeit sicherlich als einer der ersten für die Aktion 57/52 eingetreten bin, wie mir der Herr Bundeskanzler von seinem Sitz aus entgegengerufen hat: Das geht nicht, das sei unmöglich, da müßten die Betriebe zusperren. — Am nächsten Tag

1834

Nationalrat XVI. GP — 22. Sitzung — 30. November 1983

Wimmersberger

konnte man den Herrn Bundeskanzler schon aufklären, daß dem nicht so sei.

Nun wurde im Zusammenhang mit der Reduzierung der Kollegenschaft diese Aktion 57/52 im Einvernehmen mit dem Sozialministerium durchgeführt.

Meine Damen und Herren! Ich stehe zu dieser Aktion, sie hat sicherlich sehr viel Positives gebracht. Wenn aber nun die Diskussion weitergeht und schon in der Diskussion von einer Verlängerung gesprochen wird, wenn es dann weiter heißt, man wolle auf 55 und auf 50 heruntergehen, dann, meine sehr geschätzten Damen und Herren, wird das problematisch. Dann wird das nämlich insofern problematisch, als klarerweise ein Hochofenarbeiter, von der Kokerei im Alter von 55 Lebensjahren in Pension gehen kann. Er ist ausgeschunden. Ganz in Ordnung. Aber wenn Angestellte betroffen sind und wenn Frauen im Alter von 50 Lebensjahren bereits zum alten Eisen geworfen werden, was das menschlich bedeutet und welche Probleme das ergibt, das kann ich Ihnen, meine Damen und Herren, gar nicht schildern. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wenn sich die Sache mit den Pensionierungen so fortsetzt, kann man nur feststellen: Das ist volkswirtschaftlich dann nicht mehr finanzierbar, das bedeutet betriebswirtschaftlich sicherlich eine negative Auslese, und das ist persönlich mit sehr großen Ungerechtigkeiten verbunden.

Meine Damen und Herren! Ich wollte Sie nur ganz kurz auch mit diesem sehr, sehr schwierigen Problem konfrontieren und darauf aufmerksam machen. Im übrigen darf ich feststellen, daß wir natürlich dem Kapitel unsere Zustimmung nicht geben. *(Beifall bei der ÖVP.)* 14.24

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Strache. Ich erteile es ihm.

14.25

Abgeordneter Strache (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Einige Worte zu den Ausführungen des Abgeordneten Wimmersberger. Er hat jetzt ein paarmal erklärt: Die Regierung muß entscheiden.

Herr Abgeordneter! Das Parlament hat gestern entschieden. Das Parlament hat entschieden, daß es diesen Zuschuß gibt, und Sie waren sicher, daß die Mehrheit in diesem Par-

lament für diesen Zuschuß stimmt. Dieses Parlament hat diesem Zuschuß die Genehmigung gegeben. Sie waren also sicher, daß die Regierungsmehrheit dafür stimmen wird. Damit ist die Konkurrenzfähigkeit dieser VOEST-Alpine, in der Sie beschäftigt sind, wesentlich besser gegeben. *(Abg. Dr. Zittmayr: Hätten Sie unserem Antrag auch zugestimmt, dann wäre es genauso!)*

Sie wissen, daß es ein Konzept gibt, und Sie wissen, daß diese VOEST-Alpine draußen konkurrenzfähig ist. Ich kann ein bißchen mitreden, weil ich zehn Jahre Betriebsrat in dieser VOEST-Alpine war und weiß, wie es dort vor sich geht, wie gut man dort beschäftigt ist und wie brav man dort seinen Einsatz leistet.

Meine Damen und Herren! Auch zwei Sätze – weil es immer wieder angeklungen ist – über den Herrn Landeshauptmann Ludwig. Wenn der Herr Landeshauptmann Ludwig diesem Auslieferungsbegehren seine Zustimmung gäbe, dann würde er dem Rechtsstaat, glaube ich, einen guten Dienst erweisen. Denn er selbst hat erklärt, daß hinter all diesen Dingen nichts sei, daß das nur ein Wahlgag sei. Daher glaube ich, daß der Landeshauptmann das wahr machen kann und sich ausliefern läßt. Damit wäre die Diskussion zu Ende und dem Rechtsstaat ein guter Dienst erwiesen.

Meine Damen und Herren! Ich möchte aber nun noch einiges zum Budget sagen. Die Koalitionsregierung hat mit der Vorlage dieses Budgets eine uneingeschränkte Arbeitsfähigkeit bewiesen; entgegen den Behauptungen der ÖVP, daß diese Regierung kein langes Leben habe. Ich glaube, das war ein Wunschenken. Das Budget zeigt, daß es in dieser schwierigen Situation möglich war, einen Kompromiß zu finden, den Kompromiß, der den Leitgedanken dieses Bundesfinanzgesetzes – wie schon in der Regierungserklärung zum Ausdruck gebracht wurde – zur Grundlage hat.

Nach dem Bekenntnis der Bundesregierung zu einer aktiven Budgetpolitik, das bereits in der Regierungserklärung im Mai abgelegt wurde, wurde ein Budget erstellt, mit dem der Staat ganz bewußt seiner enormen gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Verantwortung gerecht wird. Die Sicherung eines möglichst hohen Beschäftigungsniveaus, die Stärkung der Wirtschaft ohne Gefährdung der sozialen Sicherheit sind ebenso Grundlagen des Budgets für 1984 wie die Lösung der umweltpolitischen Aufgaben.

Strache

Mit der Forderung – wie heute schon einmal angeklungen ist – nach mehr Mut zu weniger Staat, wie es der Abgeordnete Dittich in der ersten Lesung vertreten hat, kann ich in diesem Zusammenhang sicherlich nichts anfangen. Vielleicht verbirgt sich hinter dieser Forderung eine „andere Politik“, wie sie die ÖVP haben will, die aber inzwischen schon wieder von einigen Rednern widerlegt wurde. Denn weniger Staat, meine Damen und Herren, bedeutet weniger arbeitsplatzsichernde Maßnahmen, weniger Wirtschaftsförderung, weniger soziale Sicherheit und weniger aktive Umweltpolitik. Wir sehen darin keine Lösung der ökonomischen und der ökologischen Probleme, vor denen wir weltweit stehen.

Wir sehen hinter dieser Forderung nur ein billiges Schlagwort, nämlich das Schlagwort einer „anderen Politik“, hinter der nichts steht. Damit will man versuchen, uns die negativen Auswirkungen dieser Krise umzuhängen.

Die schwierige wirtschaftliche Situation erfordert in besonders hohem Maß eine aktive und gestaltende Budgetpolitik, in der sich der Staat nicht darauf beschränkt, nur Rahmenbedingungen zu schaffen. Das Bundesbudget für 1984 muß neben den genannten Zielen einer aktiven Beschäftigungspolitik, einer Wirtschaftsförderungspolitik, einer Politik der Absicherung sozialer Errungenschaften und einer Umweltpolitik Maßnahmen setzen, die der Konsolidierung des Staatshaushaltes dienen.

Mit einem Nettodefizit von 62 Milliarden Schilling bringt der Haushaltsentwurf für 1984 eine Verringerung des Defizits gegenüber 1983 von 11 Milliarden Schilling. Mit 62 Milliarden Schilling beträgt das Nettodefizit 4,9 Prozent des für das nächste Jahr prognostizierten Brutto-Inlandsprodukts. Damit ist es dem Finanzminister gelungen, sein Ziel, nämlich die Senkung des Nettodefizits auf unter 5 Prozent des Brutto-Inlandsprodukts, zu erreichen. Daß dies unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen Bedingungen gelungen ist, zeigt, wie konstruktiv und sachbezogen die Zusammenarbeit der Koalitionspartner ist.

Hohes Haus! Eine mehrjährige Rezession, die an keiner Volkswirtschaft der Welt vorbeigegangen ist, und nicht etwa, wie die Volkspartei behauptet, die angebliche Verschwendungspolitik der früheren SPÖ-Regierung in den siebziger Jahren, hat zu jenen Belastungen des Staatshaushaltes geführt, denen wir

jetzt mit einer Reihe von Maßnahmen entgegenwirken werden. Bei den Maßnahmen, die die Bundesregierung zur Einleitung einer mittelfristigen Konsolidierung des Staatshaushaltes ergreift, handelt es sich keineswegs, wie der Abgeordnete Schüssel ebenfalls in der ersten Lesung gemeint hat, um einen brutalen Tritt auf die Notbremse.

Gerade ein Wirtschaftsfachmann müßte eigentlich wissen – und auch Herr Minister Stoltenberg müßte Ihnen das ja auf Ihrem Parteitag gesagt haben –, daß Österreich im internationalen Vergleich noch immer über einen ausreichenden budgetären Spielraum verfügt. Dies bescheinigen uns sowohl die OECD als auch jene internationalen Institutionen, die die Länder auch auf ihre Kreditwürdigkeit prüfen. Wir haben es also nicht notwendig, brutal auf die Notbremse zu steigen.

Wir ergreifen aber die im Rahmen des Budgets 1984 vorgesehenen Maßnahmen, um unserem Land einen Paukenschlag wie 1969 zu ersparen. Unsere äußerst günstige Position in praktisch allen internationalen Vergleichsstatistiken, die Ihnen ja auch vorliegen, ist für den sozialistischen Finanzminister kein Grund, auf vorbeugende Maßnahmen zu verzichten. Wir brauchen den zusätzlichen Budgetspielraum, um diese Position halten zu können.

Der Budgetentwurf mit dem Maßnahmenpaket zeigt aber auch, daß es der Bundesregierung nicht genügt, sich mit den schmeichehaften internationalen Vergleichsstatistiken über die auch bei uns real spürbaren Probleme hinwegzutrusten. Eine Arbeitslosigkeit von 4,5 Prozent im Durchschnitt des Jahres 1983 ist auch dann zu hoch, wenn dieser Wert infolge unserer aktiven Beschäftigungspolitik nicht einmal halb so hoch als im Durchschnitt der europäischen OECD-Staaten ist.

Meine Damen und Herren! Dies gilt auch für unsere Inflationsrate: Mit 3,2 Prozent im Jahr 1983 liegt Österreich weit unter den Raten der Länder von OECD-Europa; dort beträgt diese nämlich 8 Prozent. Diese Zahlen zeigen nur, daß wir mit noch größeren Anstrengungen und unter vorsorglicher Bedachtnahme auf den Staatshaushalt die bisherige erfolgreiche Politik fortsetzen müssen.

Aber auch unsere Leistungsbilanz, die bekanntlich seit 1982 aktiv ist, straft jene Lügen, die davon reden, wir müssen auf die Notbremse treten oder das Wasser stehe uns

Strache

bis zum Hals oder wie sonst die inhaltsleeren Schlagworte auch heißen mögen, mit denen diese „andere Politik“ der ÖVP garniert ist.

Wie weitverbreitet die Anerkennung unserer internationalen Stellung auch in den Kreisen der ÖVP ist, zeigt vor allem die Bemerkung Ihres Wirtschaftssprechers, des Abgeordneten Graf, der meint, daß Österreich von der Überholspur auf die Kriechspur gekommen sei. Wie aber Österreich auf diese Überholspur gekommen ist, kann ich dem Abgeordneten Graf sagen: Eben durch eine sozialistische Bundesregierung, denn sonst wäre das ja nicht möglich gewesen; und wir freuen uns natürlich über das Lob eines ÖVP-Wirtschaftssprechers. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Unser Ziel ist es, in der gegenwärtig schwierigen wirtschaftlichen Situation nach vier Jahren internationaler Rezession und nach fast 10 Jahren stagnierenden Wirtschaftswachstums die enormen sozialen Errungenschaften der letzten 13 Jahre abzusichern. Einen anderen Weg als diesen sehen wir nicht als sinnvoll an.

Hohes Haus! Diese Regierung baut ihre Vorsorge für die wirtschaftliche Zukunft Österreichs nicht auf der trügerischen Hoffnung auf einen baldigen Wirtschaftsaufschwung, wie wir das von der konservativen Regierung der Bundesrepublik vom Herbst 1982 wissen. Keine verantwortungsbewußte Regierung kann die Augen vor der Tatsache verschließen, daß sich das Wachstumstempo der Wirtschaft weltweit verlangsamt hat. Keine verantwortungsbewußte Regierung kann daran vorbeisehen, daß die durch die Entwicklung neuer Technologien ermöglichte Rationalisierung in vielen Bereichen der Produktion, der Verteilung und der Verwaltung in zunehmendem Maß zu enormen Einbußen an Arbeitsplätzen führt. Als Sozialdemokraten stellen wir uns diesen Problemen, wir ringen nach Lösungen, auch wenn wir uns damit dem Sperrfeuer konservativer Demagogie aussetzen.

Mit dem Bundesfinanzgesetz 1984 hat die Bundesregierung gezeigt, daß sie bereit ist, in diesem Ringen gegen die negativen Auswirkungen der weltweiten ökonomischen Entwicklung konkrete Schritte auch dann zu setzen, wenn dies zu kurzfristigen Popularitätseinbußen führt. Wer die Verantwortung trägt, kann sich nicht mit jenen trügerischen Hoffnungen auf einen neuen Konjunkturaufschwung begnügen, der sich in Europa seit Jahren ankündigt, aber tatsächlich nicht eingetreten ist.

Die „andere Politik“ ist keine Alternative, sondern eine Phrase, deren konkreter Gehalt leicht am Beispiel der Bundesrepublik Deutschland studiert werden kann. Wir sehen dort, daß der Abbau des Sozialstaates, die Senkung der Unternehmersteuern und die Reprivatisierung öffentlicher Aufgaben keine Antwort auf die Beschäftigungsprobleme und die Strukturprobleme der achtziger Jahre sind. Mit unserem Maßnahmenpaket der Bundesregierung wollen wir der Tatsache Rechnung tragen, daß eine Senkung des Budgetdefizits ohne zusätzliche Maßnahmen nicht allein aus der konjunkturellen Dynamik getragen werden kann, die wir mit äußerster Vorsicht einschätzen.

Der Bundesvoranschlag rechnet, wie Sie wissen, mit einem realen Wachstum von 0,5 Prozent und einer Arbeitslosenrate von 5,5 Prozent. Um diese Situation bewältigen zu können, müssen dem Staatshaushalt neue Mittel zugeführt werden.

Die Steuerquote liegt auf Grund ihrer Rückläufigkeit in den letzten Jahren unter dem Wert des Jahres 1981, so daß von 1975 bis 1984 die Quote nur um 0,7 Prozent gestiegen ist, von 14,3 auf 15 Prozent. *(Abg. Dr. Zittmayr: Auf 15,9 Prozent!)* Ich ersuche Sie, dies mit dem Paukenschlag... *(Abg. Dr. Zittmayr: Der Minister hat gesagt, sie liegt auf der gleichen Höhe wie 1981, Sie sagen, sie liegt drunter!)* Wenn man sich die Statistik genau ansieht: Von 14,3 auf 15 Prozent. *(Abg. Dr. Zittmayr: Daß nur der Minister nicht etwas anderes sagt als der Abgeordnete!)* Nein, nein, sicher nicht. Ich ersuche Sie, dies mit dem Paukenschlag in der ÖVP-Bundesregierung im Jahr 1969 zu vergleichen, wie es heute schon erklärt wurde. *(Abg. Dr. Zittmayr: Das ist eine alte Walze!)* Aber so war es. Der Paukenschlag Ihres Finanzministers hat steuerliche Maßnahmen mit Mehreinnahmen im Ausmaß von über 8 Prozent der Abgaben gebracht.

Ich möchte die ÖVP aber auch daran erinnern, daß die jetzt getroffenen Maßnahmen der Bundesregierung nicht nur Steuererhöhungen beinhalten, sondern — wie der Bundeskanzler heute schon erwähnt hat — auch die Stärkung des betrieblichen Eigenkapitals umfassen. Nämlich: Die schrittweise Abschaffung der Gewerbesteuer, die Erhöhung von Freibeträgen im Rahmen der Gewerbesteuer, die Reduzierung der Vermögensteuer für Betriebe sind hier zu nennen. All diese Maßnahmen dienen ja der Verbesserung der finanziellen Situation auch der Privatbetriebe.

Strache

Weil vorher auch die Frage der Verstaatlichten angezogen wurde: Die Regierung ist sicher auch für die verstaatlichte Industrie verantwortlich, nämlich für jenen großen und wichtigen Teil der Industrie, den die Österreicher in der Zweiten Republik aufgebaut haben. Auch in diesem Bereich der Wirtschaft, vor allem in den benachteiligten Regionen, ist es notwendig, von staatlicher Seite helfend einzugreifen. Daher ist im Bundesbudget 1984 auch ein Betrag von 250 Millionen Schilling zusätzlich enthalten.

Hohes Haus! Wer heute mit offenen Augen durch Österreich fährt, kann selbst unmittelbar sehen, daß die sozialistischen Regierungen der siebziger Jahre das Geld, das ihnen die Österreicher anvertraut haben, nicht verpulvert haben. Das zeigt, daß dieses Österreich reicher geworden ist. Wenn wir im Westen beginnen mit dem Arlbergtunnel und weitergehen über die Verschiebebahnhöfe in Wolfurt und Kledering bis zur UNO-City, zum Hochwasserschutz und zur Wiener U-Bahn, so sind das unübersehbare Beweise dafür, daß Österreich durch den sozialistischen Weg reicher geworden ist.

Wir werden uns auch in Zukunft großen Aufgaben zu stellen haben. Allein für Niederösterreich gibt es eine Reihe großer Projekte, so vor allem das Jahrhundertprojekt des Marchfeldkanals. Die Bundesregierung wird sich an die Problematik der Nebenbahnen und an die Frage der Hochgeschwindigkeitsstrecken, aber auch an den Bau des Semmeringtunnels heranwagen.

Meine Damen und Herren! Wir werden uns diesen Herausforderungen ebenso stellen wie den durch das verlangsamte Wachstum und durch die Rationalisierung verschärften Problemen der Beschäftigung.

Das Bundesfinanzgesetz 1984 zeigt, daß sich die Koalitionsregierung diesen Aufgaben und dieser Verantwortung bewußt ist. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* ^{14.41}

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Resch. Ich erteile es ihm.

^{14.41}

Abgeordneter **Resch** (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ein paar Worte zum Kollegen Wimmersberger oder vielleicht besser gesagt überhaupt zur ÖVP-Seite gewandt. *(Abg. Gurtner: Wir werden es ihm ausrichten!)* Danke.

Er hat gesagt, daß Produktpreise und die Verwaltungskosten gesenkt werden müssen, und ich gebe ihm vollinhaltlich recht. Nur eines ist mir unverständlich, meine sehr verehrten Damen und Herren von der rechten Seite des Hauses: Warum machen Sie dann die Mittelzuführung für die VOEST-Alpine von der Installierung eines neunten Vorstandsdirektors, der Ihrer Partei zugerechnet werden sollte, abhängig? *(Abg. Schwarzenberger: Wer sagt das?)* Aber, Herr Kollege Schwarzenberger, man muß doch das wissen! Nicht der Herr Minister. *(Abg. Kraft: Das ist eine glatte Unterstellung! — Abg. Deutschmann: Das stimmt doch nicht!)* Passen Sie auf, Sie wissen es genau, Herr Kollege Deutschmann! *(Abg. Kraft: Herr Abgeordneter Resch! Das ist eine reine Unterstellung! Bleiben Sie bei der Wahrheit!)*

Zum Herrn Kollegen Flicker.— Ich sehe, er ist gerade nicht im Hause; er wird auf Grund seiner beruflichen Tätigkeit wahrscheinlich beim Schlägern von Weihnachtsbäumen sein.— Er hat davon gesprochen, daß die Regionalförderung durch diese Bundesregierung vernachlässigt wird. Aber er hat seine Äußerungen auf den Osten Österreichs beschränkt.

Ich darf Ihnen eines dazu sagen: Wir haben uns zum Beispiel gerade im Innviertel schon seit über zwei Jahren bemüht, einen Staatsvertrag zur Förderung dieser Grenzregion zu bekommen. Nur war es halt so, daß wir sehr wenig Gegenliebe und sehr wenig Unterstützung von seiten der ÖVP und des Landeshauptmannes von Oberösterreich bekommen haben, der bisher nicht bereit war, diesen Vertrag abzuschließen. Aber mittlerweile dürfte sich auch da schon einiges geändert haben.

Vielleicht doch noch einmal zum Kollegen Flicker. Seine Rede kann man in etwa so kommentieren: Was die Bundesregierung leistet, das kritisiert er, was die ÖVP-Landeshauptleute in diesem Zusammenhang versäumen, verschweigt er, und was diese Landeshauptleute und auch die ÖVP verhindern, will er nicht wissen. *(Abg. Kraft: Konkret!)* Gern, aber dazu ist meine Redezeit leider zu beschränkt, Herr Kollege Kraft. *(Abg. Kraft: Die Redezeit?)*

Wenn man sich heute im Rahmen der Generaldebatte — und das soll eigentlich mein Hauptthema sein — mit Energiefragen und Energiepolitik beschäftigen will, dann ist es leider nicht mehr möglich, dieses Thema nur sachlich zu betrachten. Die Energiepolitik

Resch

droht immer mehr zum beliebten Seitenfüller von nach Erhöhung der Auflagen gierenden Boulevardzeitungen zu werden. Denn dort werden in gekonnt journalistischer Weise Emotionen geweckt, ohne auf die Auswirkungen auf die gesamte Volkswirtschaft Rücksicht nehmen zu wollen. Wobei die Bedachtnahme auf ökologische Erfordernisse nicht immer im krassen Widerspruch zu ökonomischen Überlegungen zu sehen ist; eine sachliche Politik könnte beides berücksichtigen.

Ich möchte heute bewußt nicht auf das unterschiedliche Verhalten der ÖVP zu Zwentendorf eingehen. Es ist, glaube ich, auch müßig, heute darüber zu reden, daß ÖVP-Landeshauptleute in ihrer Funktion als Aufsichtsratsvorsitzende verschiedener am Kernkraftwerk Zwentendorf beteiligter EVUs einen Maulkorberlaß vor der Abstimmung über Zwentendorf gegeben haben, und zu sagen, das war und ist eine Schädigung der Firmeninteressen, zu sagen, das war reine Parteipolitik und hat das Ergebnis der Volksabstimmung mit beeinflußt. (*Abg. Kraft: Wen meinen Sie denn damit?*)

Aber Sie kennen sie doch besser als ich, Herr Kollege! Ihre Freunde! Das Ergebnis einer Volksabstimmung, meine sehr verehrten Damen und Herren, hat in der Demokratie respektiert zu werden. Dazu bekenne ich mich. Ich bin jedoch überzeugt, eine neuerliche Abstimmung würde ein anderes Ergebnis bringen. (*Abg. Dr. Zittmayr: Könnt ihr ohnehin einleiten!*) Das Nein zu Zwentendorf kostet den österreichischen Steuerzahler und Strombezieher Milliarden, die er durch einen erhöhten Strompreis aufbringen muß. Das ist für mich ein zu hoher Preis für parteitaktische Überlegungen, ich sage dazu: egal welcher Partei. (*Beifall bei der SPÖ und FPÖ.*)

Der CDU-Bürgermeister von Stuttgart — Sie wissen ja, das ist ein Mann Ihres Couleurs (*Abg. Kraft: Dort ist die ÖVP aber noch nicht!*) —, Manfred Rommel, meinte einmal — ich darf ihn zitieren und gebe ihm recht —: „Der größte anzunehmende Unfall im ökonomischen und sozialen Bereich würde dann eintreten, wenn wir auf die Kernenergie verzichten würden.“ Ende des Zitats.

Man muß der Bevölkerung vor Augen führen, daß Strom aus Kernkraftwerken billiger käme als aus einem Donaukraftwerk.

Wie angespannt die Lage für die Versorgung mit elektrischer Energie ist, zeigte sich am ersten kalten Herbsttag, am 16. November. Der Ausfall eines Donaukraftwerkes

allein hätte genügt, um die Stromversorgung in Österreich ernsthaft zu gefährden. Die EVUs mußten um 30 Prozent mehr importieren. Das sind die Zeichen, die wir als verantwortliche Politiker nicht übersehen können, aber auch nicht übersehen dürfen.

Der weitere Ausbau der Wasserkräfte, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist die wichtigste Basis unserer Stromversorgung. Diese Bundesregierung wird ihn unter Wahrung des Natur- und des Umweltschutzes fortsetzen.

Unter Beachtung dieses Grundsatzes soll auch der Ausbau der Donau durch die Inangriffnahme des Kraftwerkes im Raum Hainburg fortgesetzt werden. Das Donaukraftwerk Hainburg kann als eine Mehrzweckanlage bezeichnet werden. Nach Fertigstellung dieser Staustufe werden auf der Donau 320 km Länge den Fahrbahnverhältnissen nach den Empfehlungen der Donaukommission entsprechen; zu deren Einhaltung hat sich ja Österreich vertraglich verpflichtet. Im Hinblick auf die Fertigstellung des Rhein-Main-Donau-Kanals ist das von entscheidender Bedeutung.

In diesem Bereich kann der Hochwasserschutz ebenso verbessert werden wie die Grundwasserverhältnisse, was wiederum der Erhaltung der Auwälder zugute kommt, und dem eigentlichen Zweck der Stromerzeugung dienend wird die Leistung dieses Kraftwerkes 360 Megawatt betragen.

Mit dem Bau werden entscheidende Impulse für die österreichische Wirtschaft erreicht und eine jahrelange Beschäftigung von bis zu 9 000 Menschen ermöglicht. Darum verdient dieses Projekt unsere Unterstützung. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Aber ich bin auch überzeugt, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß das Kraftwerk Dorfertal errichtet werden wird, wobei der Bau unter Berücksichtigung vernünftiger Vorschläge des Natur- und Umweltschutzes zu erfolgen hat.

Das steigende Umweltbewußtsein stellt eine neue Herausforderung an die Planung und den Betrieb von Kraftwerken dar. Die früher oftmals gezeigte Überheblichkeit der E-Wirtschaft, man könnte es fast auf gut wienersich sagen: eine „Mir san mir“-Mentalität, hat einer Aufklärungsbereitschaft Platz gemacht und auch Platz machen müssen.

Mit der Errichtung von sauber arbeitenden

Resch

Wasserkraftwerken wird der Rückzug aus dem Öl, um den wir uns wie die anderen Mitgliedsländer der Internationalen Energieagentur bemühen, erleichtert. Die Einsparungsmaßnahmen auf dem Energiesektor in Österreich werden international anerkannt — ein Erfolg der österreichischen Energiepolitik und der Vernunft aller Österreicherinnen und Österreicher.

In den Bemühungen der Internationalen Energieagentur um einen Rückzug aus dem Öl steht alternativ die Verstromung von Kohle im Vordergrund.

Dazu möchte ich zu bedenken geben, daß Kohle überwiegend importiert werden muß und trotz beträchtlicher Erfolge auf dem Gebiet der Rauchgasentschwefelung die Erzeugung von Strom aus Kohle die Umwelt mehr belastet als die Erzeugung aus Wasserkraft.

Deshalb muß im Zusammenhang mit kalorischen Kraftwerken noch ein weiterer Schritt gesetzt werden: die Herabsetzung der Umweltbelastung durch Auskoppelung von Fernwärme. Experten sind zum Beispiel der Ansicht, daß in Österreich eine Abdeckung von 20 Prozent des gesamten Niedertemperaturverbrauches durch die energiesparende, umweltfreundliche, arbeitsplatzsichernde Fernwärmeversorgung möglich ist.

Wir Sozialisten waren es, die es als Gebot der Stunde erkannt haben, daß nur eine gezielte Förderung von Anbietern und Konsumenten den Ausbau von Fernwärmeversorgungs- und Verteilanlagen zum frühesten Zeitpunkt möglich macht. Durch diese Förderungsmaßnahmen wird die bisher bestehende Lücke zwischen betriebs- und volkswirtschaftlicher Rentabilität geschlossen werden können.

Die vorliegenden Gesetze setzen die im 2. Beschäftigungsprogramm vorgesehenen Förderungsmaßnahmen in die Tat um. Allein das Fernwärmeförderungsgesetz wird für den Zeitraum 1983 bis 1986 Gesamtinvestitionen in der Höhe von 8,3 Milliarden Schilling ermöglichen, das heißt gegenüber dem Investitionsplan der Fernwärmewirtschaft um über 5 Milliarden Schilling mehr. Dadurch wird eine wesentliche Entlastung der Energieimporte in der Größenordnung von 800 Millionen Schilling erreicht, werden jährlich zwischen 1983 und 1986 über 4 000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen und konstant über 1 300 Arbeitsplätze gesichert. Die Energieeinsparung beträgt 4,7 Prozent. Bei den Emissio-

nen ist eine Reduktion bis zu 25 Prozent zu erwarten.

Ich fordere deshalb die E-Wirtschaft und die Industrie, aber vor allem die Länder und Gemeinden auf, von den Förderungsmöglichkeiten, die diese Bundesregierung für den Ausbau der Fernwärmeversorgung geschaffen hat, mehr Gebrauch zu machen. Geldmittel dazu sind vorhanden.

Die Inbetriebnahme der Gleichstromkurzkupplung in Dürnröhr am 1. September dieses Jahres und der Beginn des innerösterreichischen Stromtransportes auf der Spannungsebene von 380 000 Volt sind Meilensteine auf dem Weg, damit Österreich als eine Stromdrehscheibe Europas fungieren kann. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* Zum Unterschied von den Belastungen aus dem Transitverkehr auf der Straße verbleiben uns dabei noch beträchtliche Gewinne.

Erlauben Sie mir aber als Nebensatz zu den aufgezeigten Energiefragen folgende Bemerkung: Die Beschäftigten in den EVUs sind nicht sehr glücklich, wenn in Vorstandsetagen Auswüchse an Privilegien entstehen, wie der Rechnungshof in seinen Berichten aufzeigt, weil damit die großen Arbeitsleistungen der Arbeiter und Angestellten im Dienste der österreichischen Stromversorgung zu Unrecht in Zweifel gezogen werden.

Eine Bemerkung zur Erhöhung der Mehrwertsteuer, die auch der Kollege Dr. Taus angeführt hat, gerade die Erhöhung der Mehrwertsteuer für Energie. Wir werden nichts unversucht lassen, meine sehr verehrten Damen und Herren — und mein Kollege Dr. Heindl hat es ja auch bei den Beratungen im Finanz- und Budgetausschuß wiederum gesagt —, um eine andere Form, eine gerechtere Form der Besteuerung zu finden, eine einheitliche Energieabgabe.

Die Regierungsparteien sehen es als wichtigste Aufgabe an, bis Mitte nächsten Jahres entsprechend der derzeitigen Energiesituation ein aktualisiertes Energiekonzept, das erstmalig auf der Basis eines international anerkannten und von der Internationalen Energieagentur entwickelten Modells erarbeitet wird, vorzulegen.

Bedenken wir dabei aber auch: Viele Menschen in dieser Welt hungern, und wir befassen uns ernsthaft mit der Biosprit-erzeugung — fürwahr eine makabre Situation. Im Sinne der wichtigen Versorgung mit Energie und Rohstoffen, die für die Wirtschaft und die

1840

Nationalrat XVI. GP — 22. Sitzung — 30. November 1983

Resch

Erhaltung eines hohen Beschäftigungs-niveaus unerlässlich ist, dürfen wir uns nicht mit dem Hin- und Herschieben der Verantwortung und dem Mit-dem-Finger-auf-den-andere-zeigen begnügen. Die gemeinsame Verantwortung aller Politiker hat parteipolitischen Überlegungen gegenüber Vorrang. Denn ich sagte es bereits von dieser Stelle aus mit den Worten des österreichischen Physikers Ludwig Boltzmann aus dem Jahre 1887, und sie sind aktueller denn je: „Der Kampf ums Dasein ist vor allem und wird in immer stärkerem Maße ein Kampf um die Beherrschung und Erzeugung von Energie.“ (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*) 14.56

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Tychtl. Ich erteile es ihm.

14.56

Abgeordneter Ing. Tychtl (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn heute hier im Hohen Hause die Generaldebatte zum Budget 1984 abgeführt wird, dann möchte ich die Gelegenheit dazu benützen, zur Lage der österreichischen Wirtschaft und im speziellen zur Situation in der verstaatlichten Industrie Stellung zu nehmen. Dies vor allem deshalb und im Hinblick darauf, weil es gestern bei der Debatte über die Mittelzuführung an die verstaatlichte Industrie zumindest von einem Teil der Debattenredner in einigen Punkten auch Übereinstimmung bei der Beurteilung der Probleme gegeben hat. Ich will daher versuchen, die Lage der Wirtschaft, insbesondere die der verstaatlichten Industrie, aber vor dem Hintergrund der weltwirtschaftlichen Entwicklung, zu betrachten und so die Zusammenhänge wieder sichtbarer zu machen.

Wir wissen, daß sich in den Industriestaaten die Wirtschaft in den letzten Jahren grundlegend geändert hat, wobei als herausragendes Merkmal dieser Veränderung stagnierende Einnahmen und vor allem eine permanente Schrumpfung des gesamten Welt-handels festgestellt werden mußte.

Ende der siebziger Jahre kam es in der Grundstoffindustrie international zu gewaltigen Branchenkrisen, welche die Volkswirtschaften und die Arbeitsmärkte sowohl der Vereinigten Staaten als auch die der europäischen Industrieländer schwerstens trafen.

Als Folge dieser Entwicklung kam es in den genannten Ländern, aber auch darüber hinaus zu einem rapiden Anstieg der Arbeitslosenzahlen, welche Größenordnungen erreich-

ten, die an die Zeit der großen Weltwirtschaftskrise erinnerten. Allein in den OECD-Staaten stieg die Zahl der Arbeitslosen auf 31 Millionen, während in den Staaten der Europäischen Gemeinschaft 11 Millionen Menschen ihren Job verloren haben oder keinen neuen finden konnten.

Für diese Entwicklung, meine sehr geehrten Damen und Herren, waren nicht zuletzt extrem gestiegene Energiepreise verantwortlich, die mit allen ihren unangenehmen Erscheinungen zu einer Verlangsamung des Wachstums im Weltwirtschaftssystem der Industrieländer und in weiterer Folge — und heute immer deutlicher spürbar — besonders in den Entwicklungsländern führten. Die Verlangsamung des Wirtschaftswachstums bewirkte aber auch einen raschen Anstieg der Überkapazitäten, welche ihrerseits den rapiden Verfall der noch bestehenden Absatzmärkte beschleunigte.

Aber, meine sehr geehrten Damen und Herren, damit nicht genug: In vielen Industriestaaten wurden die geschilderten Entwicklungen und Probleme noch dadurch verschärft, daß durch einen zunehmenden Protektionismus die Chancen einer Erholung der Wirtschaft weiter vermindert wurden.

Eine Tatsache konnte man dabei sehr deutlich sehen, nämlich jene, daß die größten Auswirkungen zuerst in jenen Industrieländern zu spüren waren, welche sich mit Stahl oder mit der Produktion von Stahl beschäftigten. Die Größe der Firmen spielte dabei nur eine untergeordnete Rolle, denn es traf große und größte Industrieunternehmen gleichermaßen wie kleine Firmen.

Die Regierungen vieler Staaten versuchten daher, als erste Maßnahme sozusagen, den auftretenden Problemen und Schwierigkeiten dieser Wirtschaftszweige durch Subventionen zu begegnen, und begannen, diese Industriezweige mit Subventionen zu stützen.

Ich darf hierzu einige Beispiele bringen.

Der belgische Staat subventionierte seine Stahlindustrie allein im Zeitraum von 1980 bis 1982 mit 30 Milliarden Schilling, der französische Staat seine Stahlindustrie im gleichen Zeitraum mit 70 Milliarden, und Großbritannien mußte seiner Stahlindustrie ebenfalls mit 35 Milliarden unter die Arme greifen.

Für den gesamten Bereich der Staaten der Europäischen Gemeinschaft ergeben sich so nach vorsichtigen Schätzungen für den Zeit-

Ing. Tychtl

raum von 1975 bis 1983 Subventionen mit einer Gesamtsumme von zirka 600 Milliarden Schilling.

Die Schwierigkeiten blieben allerdings nicht nur auf den Sektor der Stahlerzeugung beschränkt, sondern erfaßten in der Folge praktisch alle Wirtschaftszweige. Zumindest wurden die Auswirkungen dieser internationalen Krise überall spürbar.

Daß sich Österreich und die, mit internationalen Maßstäben gemessen, kleine österreichische Industrie diesen Entwicklungen nicht entziehen kann, bekamen vor allem jene Firmen und Produktionszweige zu spüren, die sich auf ihren traditionellen Absatzmärkten mit immer kleiner werdenden Marktchancen konfrontiert sahen. Um diese Märkte erhalten zu können, mußten daher von den Unternehmen alle Anstrengungen unternommen werden und jede Marktlücke bearbeitet werden.

Trotz dieser Schwierigkeiten und dem rapid zunehmenden Protektionismus gelang es der verstaatlichten Industrie, die Exportquote von 33 Prozent im Jahre 1981 auf rund 36,5 Prozent im Jahre 1982 zu erhöhen.

Einen nicht unwesentlichen Anteil an diesem beachtlichen Ergebnis hatte die österreichische Elektroindustrie, der es gelang, trotz der auch in dieser Sparte weltweit vorhandenen Schwierigkeiten, ihre Exporte im Jahre 1982 um 17 Prozent zu erhöhen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch solch erfreuliche Tatsachen können aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die erzielten Erlöse diese Entwicklung nicht mitmachen und man dieser veränderten Situation der Weltwirtschaft im eigenen Lande durch geeignete Umstrukturierungen entgegengetreten muß.

Umstrukturierungen und Investitionen kosten und erfordern jedoch von den Unternehmen hohe finanzielle Aufwendungen, welche bei geringeren Erlösen von den Betrieben selbst nicht in der erforderlichen Größenordnung erwirtschaftet werden können. Dies bedeutet aber, daß diesen Unternehmen vom Eigentümer, im Falle der verstaatlichten Industrie vom Staat, Unterstützungsmittel zugeführt werden müssen.

Ich meine, es ist an dieser Stelle auch notwendig, darauf hinzuweisen, daß der Regierung die Förderung der Wirtschaft schon immer ein besonderes Anliegen war.

Denn wie wäre es sonst wohl zu erklären, daß es seit dem Jahre 1970 allein 42 verschiedene Förderungsarten für Klein- und Mittelbetriebe gibt und daß auf diesem Wege 70 Milliarden Schilling den betreffenden Betrieben zugeführt werden konnten. Natürlich kann und darf eine finanzielle Unterstützung nicht grundlos und unbegrenzt erfolgen. Ziel und Absicht solcher Zuführungen von Kapital muß es sein, ein Strukturverbesserungsprogramm weiter zu führen und damit die Ausgangslage der Betriebe den Erfordernissen auf dem Weltmarkt anzupassen.

Man muß aber in diesem Zusammenhang eines, das immer übersehen wird, auch sehr offen sagen, nämlich, daß für Strukturpolitik, das zeigt sich immer wieder, wohl nie der richtige Zeitpunkt gefunden werden kann. Denn in Zeiten einer Hochkonjunktur, wenn der Betrieb oder die Sparte gut läuft, hat wohl kaum jemand Verständnis dafür, die bestehenden und funktionierenden Strukturen zu verändern.

Dazu kommt noch der Umstand, daß es niemanden gibt, der glaubwürdig eine Garantie dafür abgeben kann, daß Strukturverbesserungen, die ja mit sehr vielen Investitionen verbunden sind, auch wirklich bringen, was man sich von ihnen erwartet.

Außerdem darf auch die Problematik solcher Strukturverbesserungsmaßnahmen auf die Veränderungen am Arbeitsplatzsektor nicht übersehen werden; diese erfordern daher ein hohes Maß an Verantwortung sowohl für den wirtschaftlichen Bereich als auch auf dem Sektor der Beschäftigungspolitik.

Gerade die verstaatlichte Industrie war es auch, die immer wieder und in vielen Fällen erfolgreich versucht hat, für die durch Strukturveränderungen freigewordenen Arbeitsplätze neue beziehungsweise Ersatzarbeitsplätze zu schaffen. Es hat sich aber auch gezeigt, daß die Hauptprobleme der betroffenen Betriebe sehr wohl erkannt und rechtzeitig dementsprechende Konzepte zur Sanierung vorgelegt wurden. Aber man hat nicht nur Konzepte vorgelegt, man hat auch frühzeitig erkannt, daß die Betriebe auf mehreren Säulen stehen müssen, und ist deshalb sehr bald sowohl in den Finalbereich als auch in das Anlagengeschäft eingestiegen.

Heute zeigt sich, daß vor allem auf dem Sektor der Industrieanlagen nur mehr begrenzte Möglichkeiten vorhanden sind und Großprojekte, wie etwa der Bau von komplet-

Ing. Tychtl

ten Stahlwerken und so weiter, in den nächsten Jahren kaum mehr zu realisieren sein werden.

Man hat aber auch gelernt, daß es allein mit der Errichtung von Anlagen nicht mehr getan ist, sondern daß man dem Kunden auch das technische Wissen vermitteln muß, damit er in die Lage versetzt wird, solche Projekte und Anlagen auch sinnvoll zu betreiben.

In neuen Konzepten wurde daher nicht nur diesen geänderten Anforderungen Rechnung getragen, sondern auch darauf Rücksicht genommen, wie man weiter rationalisiert und modernisiert und gleichzeitig besonderes Augenmerk darauf legt, auch weiter in die Finalindustrie einzudringen.

Die ÖIAG als Dachorganisation der ihr zugehörigen Unternehmungen hat dabei die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß die betroffenen Betriebe entsprechende Konzepte laufend vorlegen und die erforderlichen Umstrukturierungen durchgeführt werden.

Die Bundesregierung hat sich in der Frage der verstaatlichten Industrie immer dazu bekannt, daß soziale Härten, welche durch Reduzierung von Kapazitäten entstehen, soweit als möglich gemildert werden und daß im Sinne einer regionalpolitischen Verantwortung den betroffenen Regionen eine entsprechende Hilfestellung gewährt wird.

Als Beispiel eines bereits erfolgreich durchgeführten Konzeptes darf ich hier den Neubau des Werkes Weiz Süd der ELIN in Weiz nennen; dort ist es nun möglich, die für die Fertigung im Werk Weiz Nord benötigten Stahlbauteile in einer den modernen Erfordernissen angepaßten Fertigungsstätte rascher, sicherer und kostengünstiger zu fertigen.

Anhand dieses Beispiels wurde auch sichtbar, daß die Bundesregierung stets bemüht ist, gerade in wirtschaftlichen Notstandsgebieten, wie die Oststeiermark eines ist, durch derartige Projekte sowohl den dort Beschäftigten als auch der gesamten Infrastruktur dieses Gebietes neue lebensnotwendige Impulse zu geben.

Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren! Die Bundesregierung hat darüber hinaus im September 1983 weitere wirtschaftsfördernde Maßnahmen gesetzt, welchen die Überlegung zugrunde liegt, daß die Budgetkonsolidierung mittelfristig nur dann erfolgreich sein wird, wenn es gelingt, die Moderni-

sierung und Strukturanpassung der österreichischen Wirtschaft fortzusetzen.

Durch die im Bundesvoranschlag für 1984 vorgesehenen wirtschaftsfördernden Maßnahmen kann dieser Weg der Modernisierung und Anpassung der Wirtschaft an die Erfordernisse des Marktes weiter fortgesetzt werden und darüber hinaus die Arbeitsplätze für Hunderttausende Österreicherinnen und Österreicher gesichert werden.

Wir werden daher dem Bundesvoranschlag 1984 gerne unsere Zustimmung geben. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* 15.09

Präsident: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Gossi.

15.09

Abgeordneter Gossi (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Nach Phasen budgetärer Expansion liegt dem Hohen Haus ein Konsolidierungsbudget vor. Einsparungen und Einnahmenerhöhungen kennzeichnen dieses Budget für 1984. Wenn auch von der konservativen Seite dieses Hauses die Budgetpolitik der vergangenen Jahre immer wieder bekrittelt und abgelehnt wird, so können wir trotzdem feststellen, daß gerade diese Budgetpolitik bewirkte, daß Österreich, gemessen an anderen vergleichbaren Staaten, bisher die wirtschaftliche Krise wesentlich besser gemeistert hat. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Es ist doch erwiesen, daß die weltweite wirtschaftliche Krise nicht von dieser Regierung herbeigeführt wurde, sondern auf die enorme Verteuerung der Energie durch die sogenannten Ölschocks, auf das Überangebot der Grundstoffindustrie auf dem Weltmarkt, auf die Einführung neuer Technologien und letztlich auf die Hochzinspolitik der USA zurückzuführen ist.

Bei vielen Insolvenzen von Firmen in der letzten Zeit war eben diese Hochzinspolitik, die Verteuerung des Geldes maßgeblich beteiligt. Und diese Hochzinspolitik ist sicherlich nicht von unserer Regierung erfunden und durchgeführt worden. Schwer trifft unseren Staat jedoch die durch die von mir bereits erwähnten Sachverhalte herbeigeführte Arbeitslosigkeit. Doch gerade bei der Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen hat die Regierung Beispielhaftes geleistet. Sie hat sich praktisch für jeden einzelnen Arbeitsplatz eingesetzt. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Was haben Sie, meine Damen und Herren von der ÖVP, zum Beispiel gegen die Maßnah-

Gossi

men der Regierung zum Bau der General Motors-Werke geschrieben und geredet. Heute steht fest, daß wir um Tausende Arbeitslose mehr hätten, wenn die Menschen unseres Landes dort keine Arbeit fänden. Die ÖVP und die ihr nahestehenden Medien verfeuern die Maßnahmen im Zusammenhang mit der Budgetkonsolidierung; Sie sprechen und schreiben vom „Mallorca-Paket“ mit „Steger-Zuschlag“, vom „Belastungspaket“ und ähnlichem.

Man muß Ihnen schon lassen, daß sie in der Erfindung drastischer Ausdrücke groß sind und daß Sie diese Ausdrücke, wenn Sie sie einmal erfunden haben, konsequent, bis zur Lächerlichkeit, benützen. *(Ruf bei der ÖVP: Danke!)* Bitte, gerne geschehen. *(Heiterkeit und Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* Ich denke da zum Beispiel an das Wort „Konferenzpalast“ oder an die Bezeichnung der Regierung als „sozialistische Koalitionsregierung“. Mich wundert es, daß Sie die Nutzlosigkeit dieses Ihres Unterfangens noch nicht eingesehen haben.

Die SPÖ hat vor den Nationalratswahlen der Bevölkerung gesagt, daß Belastungen auf Sie zukommen würden, und hat die Art der Belastungen auch in großen Zügen dargelegt. Die ÖVP hat von Einsparungen in der Höhe von 60 Milliarden Schilling gesprochen, aber bis heute nicht nachweisen können, wie sie dies bewerkstelligen würde.

Im Budget 1984 sind Sparmaßnahmen enthalten. Diejenigen, die Einsparungen verlangen, sind nur für Einsparungen, die andere betreffen, sie sind aber höchst empfindlich, wenn diese Einsparungen sie selbst treffen. Ich darf da als Beispiel gerade unser Burgenland anführen, wo die ÖVP das Budget ablehnt, weil auch in ihrem Ressort Einsparungen getroffen werden sollen.

Für die ÖVP wird jede Einsparung, wenn diese von der Koalitionsregierung vorgeschlagen wird, wie dies im Budget für 1984 der Fall ist, als falsch bezeichnet.

Hohes Haus! Mit den Einsparungsvorschlägen der ÖVP, sofern solche erfolgen, ist nicht viel anzufangen. Die gemachten Vorschläge — Dienstaufgaben, Repräsentationskosten, Familienministerium und ähnliches — sind im Budget wenig wirksam. Aber was soll man sich denken, wenn zum Beispiel ein burgenländischer Landtagsabgeordneter, der zugleich Bürgermeister ist, sowohl die burgenländische Regierung als auch die Bundesregierung zum Sparen auffordert und wenn

dieser Bürgermeister einer Gemeinde vorsteht, die zu den meistverschuldetsten Gemeinden des Burgenlandes gehört, wenn dieser nicht einmal über sein Budget verfügen kann. Das sind Sparmaßnahmen, die wir uns nicht gefallen lassen müssen. *(Zustimmung bei SPÖ und FPÖ.)*

Ihre Forderungen bezüglich Sparmaßnahmen sind eigentlich nichts anderes, als daß Sie den Wählern vorgaukeln wollen, in der Regierung werde verschwendet.

Für mich sehr interessant und aufschlußreich ist das Mitarbeitermagazin „MIMAG“ der ÖVP, weil es die Doppelzüngigkeit der ÖVP so richtig aufzeigt. Hier wird in Fettdruck angekündigt: „Mallorca-Paket“ mit „Steger-Zuschlag“: 25 Milliarden; am härtesten betroffen sind Rentner und kinderreiche Familien.

Und als Drittes steht hier: ÖVP-Sparen, dann geht es auch ohne neue Belastungen! — Man liest auf den vier Seiten des genannten Magazins sehr viel zu den ersten zwei Themen. Man kann aber das Blatt viele Male durchlesen und hin und her wenden, man findet keine Zeile über Sparvorschläge der ÖVP. Statt dessen wird fettgedruckt verkündet: Der Anschlag auf die Taschen der Steuerzahler sei das wohl unsozialste Belastungspaket, das es gab, seitdem Sozialisten an der Macht sind.

Es muß dann aber auch, wenn man das ganz genau liest, ein noch unsozialeres Belastungspaket gegeben haben, wo aber keine Sozialisten an der Macht waren, und das war sicherlich beim berühmten berüchtigten „Paukenschlag“ in der Zeit der ÖVP-Alleinregierung der Fall, wo Belastungen und neue Steuern aus dem Schoß der ÖVP-Alleinregierung gekommen sind.

Das Bild dieses „MIMAG“, dieses Mitarbeitermagazins, wird noch durch markige Ausdrücke des Generalsekretärs Dr. Graff abgerundet. Eine Tageszeitung gebrauchte für seine Sprechweise einen anderen Ausdruck und wurde deswegen von Dr. Graff geklagt. Dr. Graff teilte in diesem Magazin der „lieben Kollegin“ und dem „lieben Freund“ mit, daß das Belastungspaket brutal sei und die Politik der ÖVP nun „kantiger“ werde. Diese markige Ausdrucksweise scheint in der ÖVP modern zu werden, denn ein hoher ÖVP-Politiker des Burgenlandes hat im Zusammenhang mit der Erstellung des Landesbudgets den Ausdruck gebraucht: „der SPÖ mit dem Stellwagen ins Gesicht fahren“.

Gossi

Hohes Haus, nach den sogenannten Volksaktien, von denen man nicht genau weiß, ob sie noch immer beim Volk sind, wird nun in zunehmendem Ausmaß von der Reprivatisierung von Kommunaleinrichtungen und vom Verkauf von Betrieben der verstaatlichten Industrie gesprochen. Abgesehen von redlichen und erfolgreichen Bemühungen der Gemeinden, für die dort lebenden Menschen da zu sein, kann die kommunale Wirtschaft auch bei Leistungsvergleichen ohne weiteres mitziehen.

Darf ich Ihnen in diesem Zusammenhang wieder ein Beispiel aus dem Burgenland bringen: Der Burgenländische Müllverband erhält für die Abfuhr einer 110-Liter-Tonne Hausmüll und für die Verwertung dieses Mülls jährlich einen Betrag von 600 S. Für diese 600 S fährt ein Müllwagen, der fast 2 Millionen Schilling kostet, jeden Haushalt des Burgenlandes 26mal im Rahmen der Hausmüllabfuhr und zusätzlich zweimal jährlich im Rahmen der Sperrmüllabfuhr an und holt den bereitgestellten Müll ab. Dem möchte ich gegenüberstellen, daß für die Kehrung eines Rauchfanges jährlich ebenfalls rund 600 S zu bezahlen sind, wobei die Kehrung höchstens sechsmal jährlich erfolgt und Investitionen von rund 200 000 S, wenn man diese hoch einschätzt, erforderlich sind. Ich glaube, daß dieser kommunale Verband einen Leistungs- und Preisvergleich mit der Privatwirtschaft nicht zu scheuen braucht. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Es wird auch immer wieder vom Verkauf verstaatlichter Betriebe und Einrichtungen gesprochen, allerdings nicht präzisiert, welche Betriebe und Einrichtungen das sein sollten. Die älteren Kollegen der ÖVP werden sich sicher daran erinnern, das in den fünfziger Jahren bei den vielen Lohn- und Preisabkommen immer wieder die verstaatlichte Grundstoffindustrie zu billigen Preisen liefern mußte, damit diese Spirale nicht zu sehr überdreht wird.

Sie werden sich auch sicher noch daran erinnern, daß es gerade die ÖVP war, die sich immer vehement gegen eine Ausweitung der verstaatlichten Industrie in die Finalindustrie aussprach. Da kann man nun nicht heute einfach hergehen und diese verstaatlichte Industrie, wie dies in einem Flugblatt des Wirtschaftsbundes geschehen ist, als „Faß ohne Boden“ bezeichnen.

Bei einem Verkauf von Staatsbetrieben würden ja wahrscheinlich nur diejenigen Betriebe zum Verkauf gelangen, die auch

jetzt schon einen Gewinn abwerfen, die von der Krise betroffenen Betriebe würden wieder dem Staat verbleiben.

Hier ist es auch interessant, daß man bei uns im Burgenland so gerne von ÖVP-Seite von niedrigen Stundenlöhnen spricht. Die Stundenlöhne bestimmen doch nicht wir, sondern die Stundenlöhne bestimmen die Unternehmer des Burgenlandes, und es steht den Unternehmern, die zu 90 Prozent der ÖVP nahe stehen, frei, diese Stundenlöhne durchaus kräftig zu erhöhen.

Ich bin mir schon bewußt, daß eine Oppositionspartei nicht dazu da ist, die Regierung zu loben, aber es ist mir unverständlich, daß man von der verstaatlichten Industrie in einer solchen Weise spricht und schreibt und damit vielen Tausenden Arbeitern und Angestellten in diesen Betrieben so quasi vorwirft, sie hätten versagt, ihre Betriebe seien ein „Faß ohne Boden“. Es wäre doch fair, wenn die ÖVP auch von den Leistungen dieser Betriebe und Einrichtungen des Staates und der dort beschäftigten Menschen sprechen würde. Man könnte zum Beispiel sehr viel über die Leistungen der Post sprechen und in diesem Licht die Tarifierhöhungen auf dem Sektor der Post sehen. Es ist doch gerade die Post, die so viel für den ländlichen Raum, wovon Sie ja so viel, meine Damen und Herren von der ÖVP, sprechen, leistet.

Denken Sie doch an die kostengünstige Erbringung von Eigenleistungen durch die Telephonanschlußwerber, wie zum Beispiel Grabungsarbeiten der Telephongemeinschaften! Denken Sie daran, daß seit Dezember 1982 Bergbauernfunktelefone in einer besonderen Aktion eingesetzt werden! Hier soll insbesondere kinderreichen Bergbauernfamilien mit Höfen in Extremlage geholfen werden. Es sind sicherlich keine kostendekenden Gebühren, die bei der Erschließung dieses Raumes verrechnet werden.

Denken Sie auch daran, daß von rund tausend jährlich zusätzlichen Telephonzellen der Großteil im ländlichen Bereich aufgestellt wird! Vergessen Sie nicht, daß die Telephongebührenermäßigungen für bedürftige Menschen enorme Einnahmehausfälle für die Post bedeuten, aber eine sehr große soziale Tat sind! Auch bringt die neue Zoneneinteilung gerade für den ländlichen Raum wesentliche Verbilligungen, da die erste Fernzone Ortszone wird. Und so könnte ich noch vieles, was aber sicherlich in der Spezialdebatte zur Sprache kommen wird, sagen. Aber Sie, meine Damen und Herren von der ÖVP,

Gossi

haben sich gegen Tarifierung ausgesprochen und dagegen gestimmt.

Hohes Haus! Noch nie hat sich die Doppelseitigkeit der ÖVP so gezeigt wie gerade jetzt. Die ÖVP ist für die Finanzhilfe für die staatlichen Betriebe, aber sie stimmt dagegen. Mit diesem Vorgang sind nicht alle einverstanden, und es werden ÖVP-Bundesräte ganz plötzlich krank. Die ÖVP ist für den Vertrag mit Kärnten, für Niederösterreich, lehnt aber das Budget 1984 ab, in dem die finanziellen Mittel für Kärnten gesichert werden sollen. Die ÖVP ist gegen die Versteuerung von Einkommen der Vereine, wettet aber in ihren Fachzeitschriften gegen Zeltfeste, wo ein Großteil dieser Einnahmen herkommt. Die ÖVP lehnt im Burgenland das Nachtragsbudget ab, obwohl gerade dort die Millionen drinnen sind, die sie für den Weinbau verlangt hat.

Es steht fest, meine Damen und Herren, daß die ÖVP keine realen Vorstellungen für die Lösung der anstehenden Probleme hat; sie will dies durch ein Herummanövrieren verschleiern und andererseits durch harte Worte ihres Generalsekretärs Stärke vortäuschen. Demgegenüber aber mahnt Dr. Mock vor der Verschärfung des innerpolitischen Klimas.

Was ist aber von dieser Mahnung zu halten, wenn zum Beispiel bei der Schulung burgenländischer ÖVP-Gemeindefunktionäre die totale Konfrontation gelehrt wird. Diese gelehrte und angekündigte „totale Konfrontation“ durch die ÖVP, 50 Jahre nach 1934, rundet das derzeitige Bild der ÖVP-Politik ab. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Meine Damen und Herren! Wir Sozialdemokraten nehmen diese totale Konfrontation auf, aber nicht mit Ihnen, meine Damen und Herren von der ÖVP, sondern mit den Problemen unserer Heimat und unserer Zeit. Und Sie können sicher sein, daß diese Regierung und dieses Budget das Ihre zur Lösung dieser Probleme beitragen wird. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)* 15.25

Präsident: Nächster Redner ist der Abgeordnete Bergmann.

15.25

Abgeordneter **Bergmann** (ÖVP): Hohes Haus! Mein Vorredner hat so im Stil der Verallgemeinerung gemeint: Wenn General Motors heute nicht dastünde, dann gäbe es um soundso viele Tausende Arbeitsplätze weniger. Ich gehe deshalb auf diesen Satz ein,

weil er so ein Symptom dafür ist, daß das alles in Wahrheit nicht passiert, was uns der Herr Bundeskanzler versprochen hat, daß nämlich in der Diskussion hier zugehört wird. Ich glaube, daß das ganz einfach darzustellen ist: Hätte die mittelständische österreichische Wirtschaft dieselben Chancen und dieselben Bedingungen wie General Motors, dann bräuchten wir uns um die Arbeitslosigkeit und um die Rückeroberung der Vollbeschäftigung viel weniger Sorgen zu machen, als wir das heute tun. *(Zustimmung bei der ÖVP.)*

Ich sage das nur zum Kapitel Zuhören, weil der Bundeskanzler heute so eindringlich darzustellen versucht hat, die Regierung sei bereit zuzuhören, wenn nur irgendwas Gescheites irgendwo, vor allem hier im Parlament gesagt wird. *(Ruf bei der SPÖ: Das ist ja bei Ihnen nicht der Fall!)*

Das ist ein Urteil, das Sie sich durchaus erlauben können, wenn Sie hier sitzen. Der Herr Bundeskanzler war heute den ganzen Tag nicht da, ist einmal gekommen und hat gesagt, er ist bereit, zuzuhören. Wer soll denn das ernst nehmen? *(Abg. Weinberger: Sie haben nicht zugehört, wie der Bundeskanzler gesprochen hat!)*

Ich werde Ihnen jetzt eine ganze Reihe aus der Rede des Bundeskanzlers zitieren — Sie werden keine Freude damit haben.

Der Bundeskanzler hat heute — ich nehme an, Sie alle, die Sie hier waren, haben aufmerksam zugehört — einen optimistischen Satz gesagt, wie schon lange nicht. Man ist das von ihm fast nicht gewohnt. Der Bundeskanzler hat mit einem superoptimistischen Satz geschlossen, nämlich mit der Hoffnung, daß die Österreicher sehr wohl bald merken werden — und jetzt hören Sie genau zu! —, „daß sie sich auf uns“, die sozialistische Regierung, „verlassen können“. Bitte, nach 13 Jahren sozialistischer Regierung in diesem Land spricht ein Bundeskanzler die Prophezeiung aus, daß die Bürger „allmählich merken“ werden, daß sie sich auf die Regierung verlassen können. *(Beifall bei der ÖVP.)* Nur damit Sie sehen, daß wir Ihnen zuhören.

Aber es scheint ja der Stil des Bundeskanzlers zu sein, statt Taten und Handlungen zu setzen, Ankündigungen zu machen. Vor allem seine PR-Truppe ist ununterbrochen unterwegs und sagt: Demnächst — wartet nur! — wird es soweit sein — alle Monate wird dieser Termin verlängert —, endlich wird Sinowatz durchgreifen, endlich wird er zeigen, was er

Bergmann

kann, ihr werdet schon sehen. Alle Termine sind bisher verlängert worden, auch der heutige. Es wäre hier eine Chance gewesen. Und ich habe fast das Gefühl, daß der nächste derzeit geheimgehandelte Termin die Neujahrsansprache des Bundeskanzlers ist, bei der wir dann mit Staunen all das hören werden, auf was wir seit fast einem halben Jahr warten.

Der Bundeskanzler hat in seinen Reden hier im Parlament — zumindest ist mir das so aufgefallen — eine Art Sprechblasentechnik entwickelt. Er stellt allgemeine Kurzformeln auf.

Darf ich Ihnen die Sprechblase Nummer 1 zitieren, heute aus dieser Sitzung: „Es stimmt, wir haben schwierige Zeiten zu regieren.“ — Ich frage: Wieviel Arbeitsplätze schafft diese Erkenntnis allgemeiner Art? (*Ruf bei der SPÖ: Haben Sie ein Sprechblasenleiden?*)

Sprechblase Nummer 2 — Sie können das alles im Protokoll nachlesen... (*Abg. Probst: Sie haben zu viel Micky Mouse gelesen! — Heiterkeit.*) Das hat Dr. Sinowatz nicht verdient, daß Sie sagen, ich lese zu viel Micky Mouse vor, wo ich doch ununterbrochen ihn zitiere. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Sprechblase Nummer 2: „Wir werden uns nicht abfinden mit einem Weg, der hin zu mehr Arbeitslosigkeit führt.“

Herrlicher Satz, nur was kommt hinter diesem Satz? Das Konzept, auf das wir die ganze Zeit warten, oder kommt eine neue Sprechblase? Im Originalton natürlich eine neue Sprechblase. Das Konzept zur Lösung der Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt heißt: „daher werden wir den speziellen österreichischen Weg fortsetzen.“ — Sprechblase geschlossen. Dabei beruft sich jeder Redner hier auf den herrlichen Stand der österreichischen Wirtschaft im Vergleich mit dem Ausland. Und ein bißchen — Herr Klubobmann Wille, wenn Sie mir das gestatten — kommt mir das vor, wie wenn ein Arzt durch einen Krankensaal geht, überall den heutigen Gradstand des Fiebers mißt, aber nie fragt, ob das Fieber sinkt oder steigt bei diesen Patienten.

Denn wenn Sie sich die großflächigen Vergleiche von OECD-Europa — Sie haben es heute zitiert — hernehmen und die Prognose für 1984 für OECD-Europa gegenüber Österreich analysieren und durchschauen, dann werden Sie feststellen, daß bei drei wichtigen Wirtschaftspunktenindikatoren Österreich sich von der internationalen Aufwärtsentwicklung abkoppelt oder zumindest, wenn ich

es vorsichtig ausdrücke, im Begriff ist, sich abzukoppeln. Beim realen Wachstum wird die doppelte Zunahme in der OECD prognostiziert wie für Österreich, bei den Verbraucherpreisen steigen wir höher und bei den Arbeitslosenraten ebenso. Nehmen Sie die Juni-Prognose und vergleichen Sie die Entwicklung mit Österreich. (*Abg. Dr. Veselsky: Das ist doch nicht wahr!*)

Sprechblase Nummer 3, eine gefährliche Sprechblase: Weniger Staat ist gleich weniger Möglichkeiten zur Arbeitsplatzsicherung. Das haben mehrere Redner heute gesagt, und ich glaube, wenn ich mich nicht irre, Herr Klubobmann, Sie haben auch in dieser Richtung argumentiert. Das heißt doch in der Konsequenz: Nur Staat ist gleich Vollbeschäftigung. Jetzt ist es schon möglich, daß Sie das wollen. Aber warum die freiheitliche Fraktion zu diesem Zielsatz den ganzen Tag applaudiert hat, habe ich eigentlich nicht verstanden. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Da gibt es die Sprechblase, daß die Politik der Regierung durch nichts ersetzt werden kann, ein Spruch aus der Butter-Werbung.

Da gibt es die Sprechblase, daß die Konsolidierung des Budgets Opfer verlangt. Ja, das ist ja außer Streit gestellt, und ich glaube sogar, daß es in der österreichischen Bevölkerung ein hohes Maß an Opferbereitschaft gegeben hätte, wenn Sie diese Opfer, die Sie verlangen — 30 Milliarden; 9 000 S pro Erwerbstätigen —, auch sinnvoll verwenden würden, wenn dem Bürger einsichtig wäre, daß damit neue Arbeitsplätze zum Beispiel geschaffen werden.

Aber Sie können es drehen und wenden, wie Sie wollen, diese 30 Milliarden oder das, was dem Bund davon übrigbleibt, gehen auf Heller und Pfennig in neue Defizite und in die Bezahlung von neuen Schulden. Und das empfindet der Bürger dann nicht als ein sinnvolles Opfer. (*Ruf bei der SPÖ: Da haben Sie aber nicht zugehört heute!*) Ich kann Ihnen die ganze Zeit zitieren aus Ihren Reden, und Sie sind so unzufrieden mit mir.

Dann hat sich der Bundeskanzler längere Zeit mit dem Begriff „Populismus“ beschäftigt und hat dann gemeint: „Populismus ist es, wenn man bei einem Paket, das eine Einheit bildet, im Hinblick auf die Finanzierung und auf das, was damit vorgesehen ist, nur von einem Belastungspaket spricht“.

Und da frage ich mich: Was haben Sie sich alle gedacht, als Sie heute in der Früh diese

Bergmann

Zeitung gelesen haben (den „Kurier“ vorweisend), diese Zeitung gelesen haben? (Abg. Dr. Veselsky: Parteizeitung! — Abg. Hobl: Daß Sie die Headline gemacht haben!) Herr Staatssekretär! Ich finde es eine originelle Bemerkung, daß das eine Parteizeitung ist. Offensichtlich gibt es bei Ihnen rote oder schwarze Preiserhöhungen; die, die in schwarzen Zeitungen stehen, sind schwarze, und die, die in roten Zeitungen stehen, sind rote. Die, die in schwarzen Zeitungen stehen, gelten nicht. Ich weiß es nicht, was für eine Qualifikation Sie für Preiserhöhungen haben.

„Kohle teurer, Holz teurer, Koks teurer, Benzin teurer.“ — „Das wird der teuerste Winter aller Zeiten.“ — Was heißt denn das, Herr Hobl? Herr Hobl, erinnern Sie sich, wie Sie sich gefreut haben, als die sozialistische Partei die Alleinregierung gebildet hat. Und Sie haben damals durchaus mitgelacht, als so quer durch das Land der Witz gegangen ist, Herr Hobl: Was passiert, wenn die Wüste sozialistisch wird. Und der Witz — ein alter Witz — hat damals gelaute: Zuerst gar nichts, und dann wird der Sand teurer.

Freunde! Der Sand wird teurer. Essen, Heizen, Wohnen wird teurer. Und Sie sind angetreten, die Armut zu beseitigen! Da stimmt doch irgend etwas nicht zusammen. (Beifall bei der ÖVP.)

Und es geht mit den einfachen Formeln der Sprechblasen nicht.

Und zum letzten, meine Damen und Herren, weil Sie das auch ärgert und weil ich glaube, daß es dazu gehört, daß man es auch ausdiskutiert. Der Bundeskanzler beklagt sich in Anfragebeantwortungen hier im Plenum und schriftlich — Sie monieren das übrigens viel mehr als die Freiheitliche Partei —, daß wir den Begriff sozialistische Koalitionsregierung verwenden; auch der Präsident des Hauses ist damit nicht ganz einverstanden.

Wo kommt denn dieser Begriff her? Er kommt aus zwei Quellen. (Rufe bei der SPÖ: Vom Bergmann!) Das ist viel zuviel der Ehre. Wenn das drin wäre, daß Sie einen Begriff, der in der österreichischen Politik so paßt, mir attestieren, dann danke ich Ihnen ehrlich, denn dann bin ich ein Genie. (Beifall bei der ÖVP.)

Er kommt aus zwei Quellen: Aus der Beurteilung Ihrer Politik — das heißt, Sie machen all das, was eine Fortsetzung der sozialistischen Alleinregierung ist —, aus dem Zugeständnis gleichzeitig der Freiheitlichen Par-

tei, diesen Weg mitzugehen, sowie aus den Erklärungen Ihrer eigenen Spitzenfunktionäre. Bundeskanzler Dr. Sinowatz am 28. November 1983, jüngsten Datums, in der „SK“: „Der Kurs“ — und da bitte ich die Freiheitliche Partei jetzt aufzupassen — „des Reformsozialismus werde in den nächsten Jahren mit dem österreichischen Weg fortgesetzt.“ Ja bitte schön, eine Regierung, die den Reformsozialismus auf ihrem Weg fortsetzt und keine Alleinregierung ist, ist eine sozialistische Koalitionsregierung, deklariert vom Bundeskanzler. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Schranz: Wo kommt in dem Zitat das Wort „Regierung“ vor?)

Zum Schluß, meine Damen und Herren: Das Budget 1984 ist, wenn Sie so wollen und wie es immer heißt, ein in Zahlen gegossener Beweis der Regierungspolitik. Wenn man es umdreht: Heute ist es auch eine als Drohung beim Bürger empfundene Politik des In-die-Tasche-Greifens. Nun, diese Analysen sollten wir uns gegenseitig wenigstens nicht ausreden wollen.

Wenn der Herr Klubobmann Wille heute sehr versöhnlich über lange Strecken geredet hat und wenn der Bundeskanzler das zumindest in einer seiner Sprechblasen auch getan hat, dann, glaube ich, sollten wir bei der weiteren Behandlung des Budgets und auch hier im Haus — und nehmen Sie das durchaus als eine Bemerkung eines Abgeordneten, der sich nicht scheut, gelegentlich auch ein härteres Wort zu verwenden — doch letztlich aufpassen (Zwischenrufe bei der SPÖ) — Herr Gradenegger, das gilt besonders für Sie (Abg. Dr. Gradenegger: Sie sind so gut zu mir! Wie ein Vater zu seinem Sohn!) —, aufpassen, daß Sie nicht dazu beitragen, hier in diesem Haus weiter Gräben aufzureißen, wie es heute von einer ganzen Reihe von Rednern gemacht worden ist und auf die ich nicht eingehe, um hier nicht mit ein Handlanger zu sein. — Ich danke. (Beifall bei der ÖVP.) 15.38

Präsident: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Wünscht einer der Herren Spezialberichterstatter ein Schlußwort? — Das ist nicht der Fall.

Wir gelangen zur Abstimmung.

Ich lasse zunächst über die in der Beratungsgruppe I zusammengefaßten Kapitel des Bundesvoranschlages 1984 abstimmen. Es sind dies die Kapitel 01 bis 06 in 70 der Beila-

1848

Nationalrat XVI. GP — 22. Sitzung — 30. November 1983

Präsident

gen in der Fassung des Spezialberichtes 116 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig angenommen.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über die Beratungsgruppe II des Bundesvoranschlages 1984.

Diese umfaßt das Kapitel 10 in 70 der Beilagen in der Fassung des Spezialberichtes 160 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist mit Mehrheit angenommen.

Gemäß § 55 Absatz 5 der Geschäftsordnung schlage ich vor, die Abstimmung über den einen der beiden zur Beratungsgruppe II eingebrachten Entschließungsanträge, und zwar über den der Abgeordneten Diplomkaufmann Löffler und Genossen betreffend Maßnahmen zur Lösung regionaler Arbeitsplatzprobleme, sogleich vorzunehmen. Werden dagegen Einwendungen erhoben? — Das ist nicht der Fall.

Ich bringe daher diesen Entschließungsantrag der Abgeordneten Diplomkaufmann Löffler und Genossen zur Abstimmung und bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre

Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Minderheit. Abgelehnt.

Die Abstimmung über den ebenfalls zur Beratungsgruppe II eingebrachten Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Kohlmaier, Graf, Dr. Taus und Genossen betreffend die Initiative „Arbeit schaffen“ der Österreichischen Volkspartei wird einvernehmlich nach der dritten Lesung vorgenommen werden.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Ich gebe bekannt, daß in der heutigen Sitzung die Selbständigen Anträge 69/A und 70/A eingebracht worden sind.

Ferner sind die Anträge 320/J und 321/J eingelangt.

Die nächste Sitzung des Nationalrates berufe ich für morgen, Donnerstag, den 1. Dezember, um 9 Uhr mit folgender Tagesordnung ein: Bundesfinanzgesetz für das Jahr 1984 samt Anlagen (70, Zu 70 und 160 der Beilagen):

Beratungsgruppe V Justiz, Beratungsgruppe IV Inneres und Beratungsgruppe XII Landesverteidigung.

Die heutige Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 15 Uhr 40 Minuten